

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 111. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode. Ich begrüÙe auch unsere Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 18 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4500 - Neudruck

Erste Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/4660

Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/4860

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 13/4800 bis 13/4806, 13/4808,
13/4810 bis 13/4816

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 13/5000

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2003 bis 2007

Unterrichtung
durch die Landesregierung
zur Beratung
Drucksache 13/4501

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/5001

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/4502, 13/4582 und 13/4614

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 13/4817

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 13/5002

dritte Lesung

Es liegen neun **Entschließungsanträge** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor. Das sind die **Drucksachen 13/4952, 13/4965 bis 13/4970, 13/4972 und 13/4973.**

Außerdem liegen zwei Entschließungsanträge der Fraktion der CDU vor, und zwar die **Drucksachen 13/4928 und 13/4959.**

Von der Fraktion der FDP liegen die beiden Entschließungsanträge **Drucksachen 13/4954 und 13/4955** vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hierüber wird nach Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 2004/2005 zu einem späteren Zeitpunkt abzustimmen sein.

Ich eröffne die Beratung. Zunächst erteile ich dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Dr. Rüttgers, das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie alle heute Morgen freundlich begrüßen.

Der Landtag berät heute in dritter Lesung über den Doppelhaushalt 2004/2005. Die dritte Lesung ist traditionell die Generalabrechnung mit der Poli-

tik der Regierung. Ich will die Landesregierung jetzt nicht beschimpfen, aber ich will einige Feststellungen treffen.

- Die rot-grüne Regierung und die rot-grüne Koalition können insgesamt nicht überzeugen. Immer weniger Bürgerinnen und Bürger trauen der rot-grünen Regierungskoalition in dieser Aufstellung zu, die tief greifenden Probleme des Landes zu lösen.
- Unser Wachstum ist im westdeutschen Ländervergleich gesehen unterdurchschnittlich. Wir haben eine beklagenswert hohe, auch überdurchschnittliche Anzahl von Arbeitslosen. Wir haben auch nach wie vor Defizite, um den jungen Menschen Ausbildungsplätze bereitzustellen.
- Wir haben uns kritisch zu fragen, ob wir es mit Rahmenbedingungen zu tun haben, unter denen sich Unternehmer nicht wettbewerbsfähig entfalten können, weil sie sich behindert fühlen.
- Unser Bildungssystem muss besser werden. Es geht um die Zukunftschancen unserer Kinder. Bildung, Wissen, Können - das sind die wahren Schätze, denen wir unseren Wohlstand verdanken. Darum müssen wir diese Schätze sorgfältiger pflegen.
- Wir müssen erkennen, dass die Integration der Menschen, die zu uns kommen, in der Vergangenheit nicht immer so gelungen ist, wie es wünschenswert wäre.
- Wir haben es mit einer Haushaltssituation zu tun, die so dramatisch ist wie nie zuvor. Es geht schlicht nicht mehr weiter wie gehabt.
- Was wir in Nordrhein-Westfalen dringend brauchen, ist ein Politikwechsel.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bin ziemlich sicher, dass gleich Herr Kollege Moron an dieses Rednerpult treten und sagen wird, ich redete das Land schlecht.

(Frank Baranowski [SPD]: Tun Sie ja auch!)

Aber Herr Moron, werte Kolleginnen und Kollegen von der rot-grünen Koalition, das, was ich bisher gesagt habe, war gar nicht von mir. Es waren ausnahmslos Feststellungen des Ministerpräsidenten. Ich habe sie wörtlich zitiert. Und ich gebe ihm Recht.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe auch gar keine Lust, jetzt über die Frage zu streiten, wer das Land gut oder schlecht redet.

Ich bin ziemlich sicher, die Leute haben solche Streitereien auch satt. Sie wollen ordentlich regiert werden, und sie wollen geradlinig regiert werden.

Wer aber wie der Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, so etwas sagt, der muss sich natürlich fragen lassen, was seine Regierung eigentlich tut, um das Land aus der von ihm selber diagnostizierten und beschriebenen Stagnation und Rezession herauszubringen.

(Beifall bei der CDU)

Eines ist für mich jedenfalls klar: Wir brauchen eine Politik, die die Wirklichkeit verändert, nicht aber neue Imagekampagnen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Steinbrück, Sie haben erklärt, Ihr Koalitionsstreit im vergangenen Jahr sei notwendig gewesen, damit die Regierung die Kraft für die schwierigen Haushaltsberatungen habe. Nun ist seit dem Streit mehr als ein halbes Jahr vergangen. Ich frage Sie: Hat es denn inzwischen einen Politikwechsel in diesem Land gegeben? Haben Sie Konsequenzen aus Ihrer Einsicht gezogen, dass es schlicht nicht mehr so weiter geht wie bisher?

Der Landtag soll heute den Doppelhaushalt 2004/2005 verabschieden. Nach meiner Auffassung, nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion, zeigt dieser Doppelhaushalt aber: Die Landesregierung macht weiter wie gehabt. Der Ministerpräsident macht weiter, wo er als Finanzminister aufgehört hat.

(Beifall bei der CDU)

Er macht Schulden - diesmal in Höhe von fast 9 Milliarden €. Der Haushalt ist verfassungswidrig - genauso wie die Haushalte 2001 und 2002. Also: eine Politik des "Weiter so".

Dabei sind die Menschen im Lande bereit, Veränderungen - auch harte Einschnitte - zu akzeptieren. Sie sind bereit zu sparen, und sie wollen sogar sofort mit dem Sparen beginnen. Aber es darf nicht willkürlich geschehen, und es muss gerecht zugehen. Das ist jedoch das Problem in diesem Lande, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das eigentlich Deprimierende an diesem Landeshaushalt ist, dass er finanzpolitisch unseriös, wirtschaftspolitisch kontraproduktiv und sozialpolitisch unfair und ungerecht ist. Wann hat es das in diesem Lande schon einmal gegeben, dass, während wir hier beraten, unten die Arbeiterwohlfahrt steht und gegen die SPD-geführte Regierung demonstriert, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Was ist der Grund? - Ich glaube, Sie haben einfach nicht mehr die Kraft zu einem neuen Aufbruch. Sie haben nicht mehr die Kraft, die Strukturen in diesem Lande zu verändern. Sie doktern immer weiter herum und liefern handwerklichen Pfusch ab. Damit verheddern Sie sich in Ihren eigenen Widersprüchen.

Im vergangenen Jahr gab es im Durchschnitt in Nordrhein-Westfalen 880.000 Arbeitslose. Damit wurde der Höchststand von 1997 nur ganz knapp verfehlt. Das geschah übrigens auch nur deshalb, weil durch neue Vorruhestandsmaßnahmen und durch Statistikbereinigungen die Zahlen manipuliert worden sind. Sonst hätten wir die Zahl 900.000 nämlich überschritten. Das haben die WestLB-Volkswirte so festgestellt.

Aber, Herr Steinbrück und Herr Schartau, Arbeitslosigkeit bekämpft man nicht mit Statistikbereinigungen. Sie wissen genau so gut wie wir: Dieses Land braucht den Aufschwung. Herr Steinbrück, Sie haben selber gesagt: Wir brauchen den Aufschwung dringend in der zweiten Jahreshälfte 2004. Als Sie das gesagt haben, haben Sie zwar nur die SPD gemeint - das kann man angesichts der Umfragen auch verstehen; da haben Sie Recht -, aber nicht nur die SPD, sondern vor allem dieses Land braucht einen Aufschwung.

Das gilt für diejenigen, die zu wenig Geld für ihre Kinder haben, für diejenigen, die Angst haben, zu investieren, für diejenigen, die Angst vor Altersarmut haben, für diejenigen, die etwas leisten wollen, damit sie sich selber etwas leisten können. Sie alle brauchen den Aufschwung.

Wenn Nordrhein-Westfalen aber den Aufschwung braucht, dann frage ich Sie: Warum kürzen Sie in dieser Situation mit diesem Haushalt die Investitionen weiter drastisch nach unten?

(Beifall bei der CDU)

Warum streichen Sie die Mittelstandsförderung um ein Viertel zusammen? Warum nehmen Sie die Forschungsförderung an den Hochschulen um 30 % herunter? - Wer so Politik macht, der gefährdet den Aufschwung. Auf jeden Fall zerstört er Vertrauen.

Die Landesregierung erklärt, dass die Wirtschaft angesichts der wirtschaftlichen Lage nicht weiter mit neuen Steuern und Abgaben belastet werden darf, damit wir wieder mehr Wachstum und Beschäftigung bekommen. Gleichzeitig führen Sie aber heute eine neue Wassersteuer ein. Das geschieht übrigens nicht für die Umwelt, sondern um die WestLB zu sanieren. 116 Millionen € sind es

in diesem Jahr, und 126 Millionen sind es im nächsten Jahr. So, liebe Kolleginnen und Kollegen, schafft man kein Vertrauen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Landesregierung sagt den Menschen, dass man beim Straßenbau unsere schöne Kulturlandschaft schützen muss. Mit dem Argument warten wir auf die A 33 nunmehr bereits seit 38 Jahren. Gleichzeitig wird dieselbe schöne Kulturlandschaft ohne Rücksicht auf Verluste mit Windrädern "verspargelt" und verunstaltet. Seit der industriellen Revolution hat es eine solche Zerstörung nicht mehr gegeben.

(Beifall bei CDU und FDP)

So schafft man kein Vertrauen. Der Ministerpräsident dieses Landes sagt den Menschen: Sozial gerecht ist die Politik, wenn sie sich um diejenigen kümmert, die Leistungen für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Zitat: "Um die - und nur um sie - muss sich die Politik kümmern."

Das ist zwar für sich genommen schon falsch, aber wenn der Finanzminister dann auch noch sagt - Zitat -: "Gerechtes Steuerrecht ist kompliziertes Steuerrecht; einfaches Steuerrecht ist ungerechtes Steuerrecht", dann fragen sich alle, und zwar die Leistungsfähigen und die Schwachen, was diese Regierung eigentlich unter Gerechtigkeit versteht. Mit solchen Widersprüchen schafft man jedenfalls kein Vertrauen, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung sagt, dass die Mittel für Kindergärten, für Ersatzschulen, für Weiterbildung, für Behinderte, für den Landesjugendplan, für die Übungsleiter, für die Kunst- und die Kulturszene gekürzt werden müssen, damit der Haushalt konsolidiert wird. 800 von 2.400 offenen Jugendzentren sind damit gefährdet. Kindergärten sind von der Schließung bedroht. Gleichzeitig verzocken unfähige Banker bei der West LB mehr als 3 Milliarden €. Für den größten Teil dieses Betrages muss das Land geradestehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Skandal muss auch noch strafrechtliche Folgen haben. Auf jeden Fall schafft man so kein Vertrauen. Bei den Kleinen sparen und das Geld in der Bank verzocken - das passt nicht zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen sich nicht wundern, dass eine solche Politik der Widersprüche ein verheerendes Echo findet. Die Konsequenz, Herr Steinbrück: Kaum jemand versteht noch Ihre Politik.

Da protestiert die Evangelische Kirche im Rheinland auf ihrer Synode gegen Ihren Haushalt. Ein schon bemerkenswerter Vorgang! In dem Beschluss heißt es - ich zitiere -:

„Eingespart wird insbesondere im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder, der Jugendarbeit, der Weiterbildung und der Ersatzschulen, also auch dort, wo informelle und autonome Formen des Lernens und Kompetenzerwerbes stattfinden, die Bestandteile des öffentlichen Bildungsauftrages sind - so die SPD in ihrer eigenen Erklärung. Diese stehen in unübersehbarem Widerspruch zu den vom Land NRW selbst festgelegten Schwerpunkten im Bildungsbereich.“

Das ist richtig, was das Parlament der Evangelischen Kirche im Rheinland beschlossen hat. Das sieht die Bevölkerung auch so. Diese Kürzungen sind bildungspolitisch falsch. Wer das immer noch nicht gewusst hat, muss nur die neue IGLU-Studie ansehen, die heute vorgestellt wird: NRW ist nur noch Mittelmaß. Und in dieser Situation zu kürzen ist bildungspolitisch falsch.

(Beifall bei der CDU)

Da protestieren die GEW und Ver.di gegen den Haushalt. In ihrer Stellungnahme heißt es - Zitat -:

„Angesichts der Ergebnisse der PISA-Studie, die ... nachweist, dass in Deutschland die soziale Ausgangslage eine dramatische Auswirkung auf die Bildungschancen hat und dass unser ... unterfinanziertes und strukturell unzureichendes Bildungswesen ‚Risikogruppen‘ gewaltigen Ausmaßes produziert ..., sind die beabsichtigten Kürzungen in der öffentlich geförderten Weiterbildung ... ein Schlag gegen den Anspruch auf soziale Verantwortung.“

Das ist richtig. Die Kürzungen sind ungerecht und unfair. Sie sind ein Armutszeugnis.

Wenn die Bildungsministerin heute als erste Reaktion auf die IGLU-Daten sagt: „Wir gestalten die Zeugnisse um; in Zukunft müssen Lehrerinnen und Lehrer besser begründen, wenn sie ein Mangelhaft geben“, dann sage ich Ihnen: Man sieht, Sie haben es noch immer nicht gelernt.

(Beifall bei der CDU)

Sorgen Sie dafür, dass der Unterricht nicht mehr ausfällt und die Klassen kleiner werden, und doktern Sie nicht an Nebensächlichkeiten herum! Dann haben die Kinder in diesem Land wieder soziale Aufstiegschancen und werden nicht von Ihnen davon abgehalten.

(Beifall bei der CDU)

Die Industrie protestiert gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch den Haushalt. Der Wirtschaftsverband der Papier erzeugenden Industrie in NRW sagt: Die Wassersteuer

„führt ... zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung, was insbesondere für den Bereich der gering qualifizierten Arbeitnehmer gilt.“

Auch das, werte Kolleginnen und Kollegen, ist richtig. Die Wassersteuer ist ökonomisch falsch.

Da protestieren die Theatermacher gegen den Haushalt. Im Protestschreiben an den Kultusminister heißt es:

„Mit diesem Haushaltsansatz wird die Kunst- und Theaterlandschaft NRW in überproportionalem Maße beschnitten und in eine untragbare, gar desolante Situation gebracht. ... Eine Streichliste ist noch kein Konzept.“

Jawohl, meine Damen und Herren: „Eine Streichliste ist noch kein Konzept.“ Besser kann man den Haushaltsentwurf nicht beschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Maßnahmen treffen; das ist wahr. Aber sie treffen ziellos und willkürlich. Die Folge ist: Die Leute gehen in die innere Emigration oder sie demonstrieren, und zwar gerade die, sich für andere in diesem Land einsetzen, gerade die, auf die man zugehen muss, gerade die, die man mitnehmen muss, wenn man einen Aufbruch in diesem Land will. Gerade die werden von Ihnen demotiviert - Ehrenamtstour im Sommer hin, Ehrenamtstour her, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Das Vertrauen in den Willen und die Kraft der Koalition zur Lösung der Probleme fehlt. Sie begeistert niemanden und sie weckt keine Lust am Aufbruch.

Ich habe Ihnen schon vor zwei Jahren, Herr Steinbrück, eine Sanierungscoalition angeboten. Sie haben das Angebot zurückgewiesen. Mir könnte das heute also eigentlich ziemlich egal sein. Aber mir ist es nicht egal, und zwar deshalb nicht, weil ich an die Menschen in diesem Land denke, weil ich an die Kinder denke, die Zukunft brauchen, weil ich an die Pendler denke, die hier jeden Tag im Stau stehen und nur die Wahl haben, ob sie auf der Straße oder bei der Eisenbahn im Stau stehen, weil ich an die vielen Menschen denke, die Ihre Politik als willkürlich und ungerecht empfinden, und weil das dazu führt, dass

die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Infrastruktur dieses Landes beschädigt wird.

Das ist auch der Grund, warum die CDU-Landtagsfraktion Ihnen mit ihrem Entschließungsantrag heute eine Alternative zu dieser willkürlichen, unfairen und ungerechten Politik vorlegt. Wir wollen, dass die Menschen in diesem Land Vertrauen in die Politik zurückgewinnen. Die Menschen in diesem Land, werte Kolleginnen und Kollegen, sollen wissen: Es geht auch anders. Es geht besser. Es gibt eine Alternative. Man muss sie nur wollen und man muss sie sich zutrauen.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Wir hätten es uns natürlich leicht machen können. Der Haushalt ist verfassungswidrig. Das hat das Gutachten von Prof. Birk bewiesen.

(Widerspruch von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Herr Steinbrück, natürlich stellt Herr Birk das nicht fest. Nur: Als wir das beim Haushalt 2001 und 2002 gesagt haben, als wir da die Gutachten vorgelegt haben, haben Sie mit der gleichen Überheblichkeit gesagt: Das interessiert mich alles nicht! - Und Sie haben die Quittung vom Verfassungsgericht bekommen. Genauso ist es hier auch.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Nicht nur die gigantische Neuverschuldung, die Sie machen, wobei Sie nicht gleichzeitig die Investitionen erhöhen, sondern kürzen, hätte Ihnen zu denken geben müssen, sondern auch, dass die Bundesregierung - siehe Jahreswirtschaftsbericht - heute davon absieht, zu sagen: Es gibt eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Wer soll das denn verstehen? Da prognostizieren Sie in Ihrem Haushalt selber Wachstum. Sie sagen, es wird besser, und gleichzeitig sagen Sie, die Lage ist so schlimm, dass wir die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes bekannt geben müssen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das passt alles nicht zusammen. Es sind die gleichen Widersprüche, die Ihre Politik von Anfang bis Ende auszeichnet.

(Beifall bei der CDU)

Da ich gerade einen Zwischenruf von den Grünen gehört habe: Sie werden sich intern fragen müs-

sen, was eigentlich eine solche Verschuldung mit nachhaltiger Politik zu tun hat, von der Sie immer reden. Die Frage wird man ja wohl auch einmal stellen dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin ziemlich sicher, dass meine Kinder und die vielen Kinder, die das irgendwann einmal zurückbezahlen müssen, sich dann nicht freuen, sondern sagen: Was haben die eigentlich damals gemeint, wenn sie von nachhaltiger Politik geredet haben?

Wir hätten es uns übrigens genauso leicht machen können angesichts der Art und Weise, wie die Haushaltsberatungen in diesem Jahr gelaufen sind. Wir könnten eigentlich jede Verantwortung ablehnen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Tun Sie doch!)

Es ist jetzt 14 Tage her, dass Sie dem Parlament die zweite Ergänzungslieferung übersandt haben, übrigens interessanterweise erst nach den Beratungen in den Fachausschüssen. Herr Moron, damals haben Sie kommentiert, die CDU-Fraktion hätte keine Anträge in den Fachausschüssen gestellt.

Wissen Sie - von anderen zu verlangen, Anträge zu einem Konvolut zu stellen, das bei Einbringung offensichtlich schon so überholt war, dass keine Zahl auf der anderen geblieben ist, ist nicht nur in der Sache nicht berechtigt. Vielmehr zeigt die Tatsache, dass Sie selber heute Anträge einbringen, dass man die gesamten Beratungen in den Fachausschüssen vergessen kann. Eigentlich ist es eine Zumutung einem Parlament gegenüber, solche Haushaltsplanberatungen überhaupt zu veranstalten.

(Beifall bei der CDU und von Marianne Thomann-Stahl [FDP])

Es ist natürlich völlig klar, dass Sie das alles nicht berührt. Sie wollen jetzt den Haushalt durchziehen - koste es, was es wolle. Nur Schluss mit den Haushaltsplanberatungen, weil Sie die Situation nicht mehr aushalten! Das ist genau der Grund, weshalb es jetzt durchgezogen werden muss. Egal, ob richtig oder falsch - durchziehen!

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Das muss man sich einmal vorstellen: Neun Anträge der SPD - die könnte man jetzt einzeln durchgehen -, da stehen zwar Kürzungen drin, aber es heißt auch: In der Sache sind sie gar nicht berechtigt. Macht sie auf jeden Fall nicht weiter

runter und macht irgendein neues Konzept, damit wir den Leuten erklären können: Eigentlich haben wir euch zur Kasse gebeten, aber gemeint haben wir es nicht. - Wenn Sie das so meinen wie in Ihren neun Anträgen, dann ändern Sie doch den Haushalt; dann sorgen Sie dafür, dass es vernünftig wird, und machen Sie nicht irgendwelche Rhetorik!

(Beifall bei der CDU)

Man muss sich das einmal vorstellen: neun Entschließungsanträge. Dann haben wir den Auftritt von Herrn Moron am Sonntag in "Westpol" erlebt. Er sagt: Jetzt führen wir die Abschaffung des 13. Schuljahres bis zum Abitur ein. - Frau Schäfer erklärt etwas völlig anderes: Geht nicht, wir haben Zeit, das müssen wir prüfen. - Herr Moron sagt: Nächstes Jahr fangen wir an.

Wie nennt man denn so etwas? Herr Moron, die SPD sagt: Wir vertrauen der Landesregierung nicht mehr bei der Durchsetzung der verschiedenen Punkte: von den Frauen über die Jugendlichen bis zur Schule. - Die eigene SPD-Fraktion, Herr Steinbrück, traut Ihrer Regierung nicht mehr. Das ist das, was wir eigentlich hier erleben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich dann noch höre, dass Ihr Staatskanzleiminister im Lande herumläuft und sagt: Mit der Verwaltungsreform und der Reduzierung von fünf auf drei Regierungspräsidenten habe ich eigentlich auch nichts zu tun; es ist eine Spielwiese des Ministerpräsidenten; macht Widerstand, damit wir das verhindern können!, dann frage ich mich: Wer hat eigentlich hier noch etwas zu sagen? Es geht bis hin zur Tatsache, dass - siehe "Rheinische Post" heute Morgen - anscheinend das Schwarze-Peter-Spiel losgeht: Wer hat Schuld? - Sie sagen: Die in Berlin. - Die in Berlin sagen: Die können es in Düsseldorf nicht. - Ich sage Ihnen: Beides stimmt. Die Politik in Berlin ist nicht in Ordnung, und Sie können es auch nicht. Genau das ist es.

(Beifall bei CDU und FDP)

Eines jedenfalls ist klar: Wir, die CDU-Landtagsfraktion, hätten das anders gemacht. Es geht auch. Das beweisen wir mit unserem Zukunftsprogramm Nordrhein-Westfalen, das wir Ihnen hier heute zur Abstimmung vorlegen.

Die Steinkohlesubventionen müssen auf ein vernünftiges Maß abgesenkt werden. Das ist übrigens auch noch ein Punkt: Es ist schon toll, wenn die Regierung etwas einbringt, und dann sagt die Regierungskoalition: Wir versehen das mit einer Haushaltssperre; so nicht! - Da haben Sie, Herr Priggen, übrigens Recht. Es war gut, dass Sie das

gemacht haben. Man muss aber sehen, was am Schluss dabei herauskommt. Man muss sagen, wohin man will, übrigens nicht nur im Interesse derjenigen, die gegen Steinkohlesubventionen sind, sondern gerade auch im Interesse derjenigen, die dort arbeiten, damit das Unternehmen sich darauf einstellen kann.

Das ist der Grund, weshalb wir ganz klar sagen: Wir von der CDU wollen die Steinkohlesubventionen bis 2012 halbieren. Das spart dann eine Milliarde Steinkohlesubventionen bis 2011, und die wollen wir in Wachstum und Innovation, sprich in neue Arbeitsplätze, investieren.

(Beifall bei der CDU)

Das Personal in der inneren Landesverwaltung muss endlich reduziert werden. Das diskutieren wir jetzt im fünften Jahr in dieser Legislaturperiode. Wir wiederholen unseren Vorschlag: Wir wollen 1,5 % in der inneren Landesverwaltung jährlich abbauen; damit können dann neue Lehrer und Polizisten eingestellt werden.

Das Dickicht von Landesbeteiligungen und Landesbetrieben, Landesanstalten und Landesinitiativen muss gelichtet werden. Wir sagen konkret, welche Aufgaben sich das Land in Zukunft noch leisten kann und welche nicht. Wir wollen weniger Staat, damit ein handlungsfähiger Staat mehr für Kinder, Bildung und Ausbildung tun kann. Dann können wir auch etwas für die Schulen tun. Die müssen - ich sprach davon - besser werden.

Das pauschale Kürzen und Streichen quer durch alle Haushaltstitel, das Sie hier veranstaltet haben, ist eine Politik der Schwäche. Es ist kein Weg aus der strukturellen Misere des Landeshaushaltes. Die Politik in diesem Land muss wieder Kraft haben, Ziele und Schwerpunkte zu setzen. Das tun wir mit unserem Antrag, und wir weisen nach, dass es geht.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin fest davon überzeugt: Die Menschen wollen einen neuen Aufbruch in Nordrhein-Westfalen. Der Grund ist ganz einfach. Es ist ihr Land, es ist ihre Heimat, es ist ihr Zuhause. Um diese Heimat kümmern sie sich. Das zeigen sie in vielen Vereinen, Initiativen und Institutionen.

Das zeigt übrigens auch die Volksinitiative "Jugend braucht Zukunft".

(Beifall bei der CDU)

Bis gestern haben 76.676 Menschen, vor allen Dingen junge Leute, mitgemacht. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt dieses Anliegen ausdrücklich. Die Kürzungen müssen deshalb auch

zurückgenommen werden. Wir werden Ihnen heute einen Antrag vorlegen, mit dem Sie das korrigieren können.

Denn auch dies geht nicht: Heute erst einmal die Kürzungen beschließen und dann im Rahmen der Behandlung der Volksinitiative demnächst sagen, wir werden noch irgendetwas tun. - Nein, Sie wissen alles, was man wissen muss, um eine Antwort auf das Anliegen der Volksinitiative zu geben. Also machen Sie es heute, warten Sie nicht noch sechs Monate ab, und sorgen Sie dafür, dass die Menschen nicht noch mehr Vertrauen verlieren!

(Beifall bei der CDU)

Nicht nur diese Initiative, sondern das vielfältige Engagement der Menschen, das wir in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, zeigt: Diese Menschen begreifen die öffentlichen Angelegenheiten als ihre eigenen. Sie sind nach meinem Wortverständnis "Patrioten". Dieser Patriotismus hat nichts mit Parteien zu tun und unterscheidet übrigens auch nicht zwischen Konservativen und Modernen, zwischen Linken und Rechten. Dieser Patriotismus hat etwas mit dem Willen zu tun, Zukunft zu gestalten, und der Lust, gemeinsam etwas Neues zu schaffen.

Wenn es uns gelingt, diese Menschen mitzunehmen, mit ihnen Ziele zu formulieren, dann bin ich mir ganz sicher, dass wir die Aufbruchstimmung in unserem Land erreichen, die wir benötigen.

Meine Damen und Herren, wir wollen ein Land, das in zehn Jahren das Wachstum der erfolgreichsten Bundesländer erreicht und in dem die strukturelle Arbeitslosigkeit kein Problem mehr ist.

Wir wollen ein Land, das in zehn Jahren das beste Bildungs- und Wissenschaftssystem Deutschlands hat.

Wir wollen ein Land, in dem sich die Menschen sicher fühlen und keine Angst vor Armut und Wohlstandsverlust haben.

Wir wollen ein Land, in dem sich Familien für Kinder entscheiden und unseren Kindern alle Chancen offen stehen.

Um das zu erreichen, müssen wir Strukturen heute ändern. Die CDU hat dafür ein konkretes und bezahlbares Konzept. Wir haben die Kraft und den Mut, das umzusetzen. Stimmen Sie unserem Antrag zu, aus Liebe zu Nordrhein-Westfalen!

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Dr. Rüttgers. - Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, der Abgeordnete Moron.

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin überrascht: Wir haben heute einen, wie ich fand, müden und in gewisser Weise auch lustlosen Vorsitzenden der CDU-Fraktion erlebt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Herr Dr. Rüttgers, in Ihrer Rede war doch nichts drin. Es ist nicht Ihre Aufgabe, die Landesregierung zu loben, sondern es ist Ihre Aufgabe, Schwächen in der Landespolitik - verantwortet durch die Mehrheit hier im Landtag und die Landesregierung - aufzudecken und Alternativen anzubieten.

Wer Ihnen aufmerksam zugehört hat, wird zu folgendem Schluss kommen: Ja, Angriffe und Vorwürfe gegenüber der Landesregierung hat er vorgebracht. Das kam alles ein wenig geschäftsmäßig herüber, ohne viel Engagement.

Meine Damen und Herren, was bietet - in einer der schwierigsten Haushaltslagen Nordrhein-Westfalens, die jemals hat bewältigt werden müssen - dieser Oppositionsführer, der als Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahl antreten will, diesen Menschen an? Welchen Zukunftsentwurf hat er?

(Beifall bei der SPD)

An der Stelle haben Sie weder uns hier noch den Menschen im Land etwas geboten. Sie verweisen auf ein Programm, das Sie hochgestochen "Zukunftsprogramm" nennen, obwohl es letztlich nichts anderes ist als ein Aufguss dessen, was Sie uns bei den letzten Haushaltsberatungen vorgeschlagen haben. Das ist wie ein Teebeutel, den man mehrmals in heißes Wasser tunkt und der immer schwächer wird. Das Bild passt auch zu Ihrem Programm, wenngleich es zugegebenermaßen ein bisschen flotter formuliert ist, ein bisschen eleganter. Aber von der Substanz her ist es genauso inhaltsleer, genauso widersprüchlich und wenig konkret, wie das schon im letzten Jahr der Fall gewesen ist. Und das bietet diese CDU dem Land angesichts dieser schwierigen Lage an! Das ist ein Armutszeugnis für die Opposition und nicht mehr!

(Beifall bei der SPD)

Die Kennzeichen Ihres Zukunftsprogramms, das Sie uns in der vergangenen Woche vorgelegt haben und heute zur Abstimmung stellen, hat keinem einzigen Fachausschuss zur Überprüfung vorgelegen. Nirgendwo im Parlament haben wir über dieses Zukunftsprogramm geredet. Es ist ausschließlich ein Scheinantrag für die Parlamentsdebatte hier und heute. Mit diesem Antrag wollen Sie in Nordrhein-Westfalen Politik machen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist lachhaft und für eine Opposition beschämend. Es tut mir herzlich Leid, Ihnen das in dieser Heftigkeit sagen zu müssen. Sie sehen: Ich bin engagierter im Thema als der Oppositionsführer und daher auch ein bisschen heftiger.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Oh-Rufe von der CDU)

Herr Dr. Rüttgers, Sie haben uns ein Programm vorgelegt - so haben Sie es im Übrigen auch heute wieder vorgetragen -, das allen Leuten alles verspricht. Sie sprechen davon, alle Kürzungen zurückzunehmen, weil alles falsch ist. Dafür finden Sie Zeugen und Zitate, von denen Sie einige hier benannt haben. Wenn Sie eine solche Politik vorbereiten, setzen Sie sich aber auch mit Ihren Leuten zusammen und versuchen, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie Sie diese Politik finanzieren wollen. Die Finanzierungsvorschläge, die Sie machen, tun in diesem Land niemandem weh. Sie machen allgemeine Versprechungen: Wir wollen den Umsatzsteuerbetrug stärker bekämpfen! Wir verkaufen Vermögen! Wir wollen Beamte, die man jedenfalls in der allgemeinen Verwaltung sowieso nicht braucht, entlassen! - Das tut niemandem weh. Sie wollen Menschen einen Gefallen tun, sind aber gleichzeitig dabei, niemandem weh zu tun. Das ist politisch verantwortungslos. So lösen Sie kein einziges Problem. Das können Sie im Übrigen auch gar nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auf Ihren Antrag, der im Übrigen vor lauter Fehlern nur so strotzt, will ich in aller Kürze eingehen: So fordern Sie beispielsweise, wir sollen ein Viertel der Anteile am Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW verkaufen. Dazu hat schon der Finanzminister Stellung genommen. Diese Position hätten Sie bis heute wenigstens korrigieren können.

Ihnen hat zu diesem Punkt doch schon der Finanzminister gesagt - das hätten Sie wenigstens bis heute korrigieren können -, dass dem Wert dieses BLB von 9,7 Milliarden € gleichzeitig Bilanzverbindlichkeiten in der Größenordnung von

8,7 Milliarden € gegenüberstehen. Wir reden also über 1 Milliarde €. Wo wollen Sie also die Mittel herholen, von denen Sie sprechen? - Das ist doch eine Luftbuchung. Da steckt doch nichts dahinter.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das hat Ihnen der Finanzminister doch schon letzte Woche gesagt. Sie tragen aber heute das Gleiche vor und stellen es dieses Parlament zur Abstimmung.

Dann fangen Sie wieder - das habe ich eben schon angesprochen - mit Personalabbau in der "engeren Landesverwaltung" an. Was ist das denn, Herr Dr. Rüttgers? - Sind das auch die Finanzämter? Sind das auch die Hochschulen?

(Ministerin Hannelore Kraft: Das würde ich auch gerne wissen!)

Denn bei Ihrer Definition haben Sie nur Polizei, Justiz und Schulen herausgenommen. Alles andere rechnen Sie offenbar zur engeren Landesverwaltung.

(Manfred Palmen [CDU]: Lesen!)

Dann sprechen Sie von 70.000 Stellen. Von denen könne man 1,5 % streichen. - Ich sage Ihnen: Wenn wir von der engeren Landesverwaltung sprechen, reden wir über 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Beamte können wir nicht kündigen, Herr Dr. Rüttgers. Oder wollen Sie dem Arbeitgeber das Recht einräumen, Beamte zu kündigen; das glaube ich nicht. Also reden wir davon, dass man Angestellte kündigen oder den Angestelltenstellenbestand abbauen soll. Das sind aber in der Regel lebensjüngere Personen. Denn die Älteren genießen aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit meistens Kündigungsschutz.

Ihr Ziel besteht also darin - wenn ich es richtig verstanden habe -, dass Sie 1,5 % aus der engeren Landesverwaltung - das sind jüngere Männer, jüngere Frauen, also auch die leistungsfähigen Mitarbeiter mit einer Zukunft - herauskündigen wollen. Sie wollen betriebsbedingte Kündigungen. Diese Personen wollen Sie aus der Verwaltung ausschmeißen, um an anderer Stelle etwas hineinzustecken. Nein, Herr Dr. Rüttgers, das funktioniert nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen muss man Folgendes anmerken: All das, was Herr Dr. Rüttgers hier für seine Partei vorschlägt, macht von seinen Parteifreunden in den anderen Bundesländern - von Hessen über Niedersachsen und Bayern bis hin zu Baden-Württemberg - nicht ein Einziger.

(Manfred Palmen [CDU]: Die haben auch andere Haushalte!)

Das schlägt nur Herr Rüttgers vor. Alle anderen gehen andere Wege. Da sage ich Ihnen, Herr Rüttgers: Wir glauben Ihnen auch nicht, dass das die von Ihnen gewollte Politik ist. Sie tragen das vielmehr nur vor. Das sind alles Scheinargumente.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann wird es ganz lustig bei Ihnen. Sie schlagen z. B. vor, dass wir die Grundstücks- und Finanzierungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen verkaufen sollen. Da fragen wir uns: Wie sollen wir das denn machen? - Schließlich existiert diese seit Mitte 2001 nicht mehr. Die gibt es doch überhaupt nicht mehr. Diese Forderung steht aber in Ihrem Papier. Haben Sie das übersehen, oder erzähle ich den Leuten Blödsinn?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist nur ein Beispiel. - Dann schlagen Sie, wir sollten die Landesentwicklungsgesellschaft veräußern. Im Haushalts- und Finanzausschuss hat die FDP einen entsprechenden Antrag gestellt. Dort hat die CDU gegen diesen Antrag gestimmt. Was soll das denn?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Was ist das denn für eine Oppositionsarbeit? - Ich könnte noch mehr Beispiele aufzeigen. Ich schenke es mir. Das bringt uns nicht weiter.

(Zurufe von der SPD: Mehr!)

- Nein, lassen wir es sein.

Ich möchte zum Schluss noch Folgendes zu diesem Zukunftsprogramm sagen: Wir reden über die Haushalte 2004 und 2005. Sie legen uns in der letzten Haushaltsdebatte ein Zukunftsprogramm vor, das über einen Zeitraum bis 2011, also über acht Haushaltsjahre, geht. Aber zu dem, was wir heute hier zu leisten haben, zu der Arbeit, die wir hier zu machen haben, und zu dem Problem, dass wir den Haushalt ausgleichen müssen - und bezüglich dessen Verfassungsmäßigkeit Sie Vorstellungen haben -, haben sie uns heute keinen Vorschlag gemacht, der Ihren eigenen Ansprüchen auf einen verfassungsmäßigen Haushalt gerecht geworden wäre.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Marc Jan Eumann [SPD]: Sehr gut!)

Sie haben nicht einen einzigen Vorschlag unterbreitet! Das soll es dann sein, meine Damen und Herren.

Wir werden heute trotz der Äußerungen des Oppositionsführers, trotz dramatischer Einnahmeausfälle, die wir zu verzeichnen haben, zwei Haushaltspläne verabschieden,

(Manfred Palmen [CDU]: Der letzte Haushalt, den Sie machen!)

die den Grundstein für eine langfristige Konsolidierung der Landesfinanzen legen

(Lachen bei der CDU)

und die uns den politischen Handlungsspielraum bewahren, und zwar durch konsequente Schwerpunktsetzung bei der Lösung der wichtigsten Zukunftsaufgaben unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Die Einnahmeausfälle, meine Damen und Herren, betreffen alle öffentlichen Haushalte bei Bund, Ländern und Kommunen, und diese Einnahmeausfälle hat uns kein Sachverständiger - und damit meine ich gar nicht die Politik, sondern diejenigen, die Politik begleiten und auch in der Presse ihren Niederschlag finden - vorausgesagt.

Die Steuereinnahmen des Jahres 2005 werden trotz wachsender Aufgaben und trotz wachsender Ausgaben - auch durch Tarifverträge bedingt - in vielen Bereichen unter denen des Jahres 2000 liegen. Wir können diese Situation nur durch Kürzungen in fast allen Bereichen des Landeshaushaltes meistern. Allerdings gilt eine Ausnahme: An der Schule, an der Zukunft unserer Kinder und damit an der Zukunft unseres Landes wird nicht gespart. Gespart wird in anderen Bereichen.

(Beifall bei der SPD - Oh-Rufe von der CDU)

Wir sind gezwungen, die Ausgaben 2004 und 2005 deutlich zurückzufahren. Von den Kürzungen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes durch Mehrarbeit und Gehaltsverzicht betroffen. Betroffen sind fast alle Förderprogramme des Landes, und zwar auch die - und das tut uns Sozialdemokraten besonders weh - im sozialen Bereich. Weitere Einschnitte sind sozialpolitisch und auch wirtschaftspolitisch nicht mehr zu verantworten.

Wir gehen davon aus - da stimme ich Herrn Dr. Rüttgers auch zu -, dass die deutsche Wirtschaft nach drei Jahren der Stagnation jetzt wieder in eine Aufschwungsphase hineinkommt. Das ist gut so.

Trotzdem, meine Damen und Herren, wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt auch in den nächsten Jahren noch sehr schwierig bleiben. Zumindest werden wir nicht schnell den vom Stabilitäts- und

Wachstumsgesetz geforderten hohen Beschäftigungsstand erreichen. Dieses Ziel können wir nur langfristig verwirklichen.

Aus all diesen Gründen erhöhen wir die Kreditaufnahme im Jahre 2004, also im nächsten Haushaltsjahr, um 1,5 Milliarden € und wirken damit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts entgegen.

Die Koalitionsfraktionen - das ist auch der Gegenstand öffentlicher Diskussionen gewesen - haben in einer großen Kraftanstrengung Korrekturen am Haushaltsentwurf der Landesregierung vorgenommen. Wir kürzen Ausgaben nur noch da, wo wir glauben, sie verantworten zu können, und manchmal ist da auch die Grenze erreicht. Aber wir zerschlagen keine Strukturen.

(Beifall bei der SPD - Marc Jan Eumann [SPD]: So ist das!)

Wir sichern die Strukturen eines Rechtsstaates, der dem Grundsatz der sozialen Verantwortung verpflichtet ist. Das ist unser Herzensanliegen, und dabei bleibt es auch in Zukunft.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir verhindern das weitere Ansteigen der Arbeitslosigkeit, und wir unterstützen den beginnenden wirtschaftlichen Abschwung - Aufschwung ---

(Heiterkeit und demonstrativer Beifall bei der CDU)

- Was wollen Sie denn? Warum jubeln Sie bei Abschwung? Wünschen Sie sich das?

(Zurufe von der CDU)

Ist das Ihre politische Forderung? Wollen Sie das? Wir wollen doch Aufschwung! Sie hoffentlich auch!

(Zurufe von der CDU)

Das passt nicht in Ihr politisches Konzept. Aber die Menschen wollen den Aufschwung. Und wir werden dazu beitragen, dass er kommt. Meine Damen und Herren, das ist das Ziel, um das es hier geht und um nichts anderes.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Messlatte unseres Handelns sind die Landesverfassung, das Stabilitäts- und das Wachstumsgesetz und selbstverständlich auch die Landeshaushaltsordnung. Wir orientieren uns an den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Daraus leitet sich für das laufende Jahr 2004 die Notwendigkeit ab, die Regelgrenze für die Neuverschuldung aus

Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung zu überschreiten.

Es gibt Anzeichen für ein Anspringen der Konjunktur, was offenbar die Oppositionsparteien irritiert und von Ihnen auch nicht so positiv gesehen wird wie von uns, wie man gerade gemerkt hat. Aber die Belebung des Arbeitsmarktes wird sich erst mit einer Verzögerung einstellen.

Damit bleibt einer der vier Eckpfeiler des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts instabil. Solange die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts besteht, solange müssen wir auch bereit sein, die Verschuldung über die Regelgrenze hinaus anzuheben. Alles andere wäre auch konjunkturpolitisch unverantwortlich, nämlich gegenüber den Menschen, denen wir verpflichtet sind, eine neue Erwerbsperspektive zu schaffen.

Das verstößt nicht gegen die Verfassung, sondern entspricht ihrem Geist und auch ihrem Wortlaut. Unsere Verfassung und unsere Gesetze sehen ausdrücklich vor, dass der Staat aktiv gegen Arbeitslosigkeit vorgeht.

(Zurufe von der CDU)

Das soll nicht heißen, meine Damen und Herren, dass wir die Regelgrenze der Verfassung infrage stellen - im Gegenteil. Wir sind uns bewusst, dass die Überschreitung eine wohl begründete Ausnahme bleiben muss. Wir sehen aber in diesem Jahr die Notwendigkeit, von dieser Ausnahme Gebrauch zu machen. Damit stehen wir im Übrigen nicht allein.

Nach dem heutigen Stand haben auch der Bund und die Länder Niedersachsen, CDU-regiert, Hessen, CDU-regiert, Mecklenburg-Vorpommern, SPD/PDS-regiert, und Schleswig-Holstein, Rot/Grün-regiert, eine Störungslage festgestellt. Wir leben eben nicht auf einer Insel in Nordrhein-Westfalen. Wir gehen hier auch keinen Sonderweg.

Für ganz Deutschland ist die Störung durch den Bund festgestellt. Wir haben vergleichbare Herausforderungen in mindestens vier der anderen Bundesländer zu bewältigen. Im dritten Jahr hintereinander gehen die Steuereinnahmen zurück. Das hinterlässt im Landeshaushalt seine Spuren.

Noch schärfere Sparmaßnahmen würden die Probleme auf dem Arbeitsmarkt noch größer machen. Das ist nach Auffassung des Finanzministers und auch nach unserer Auffassung richtig so. Wir schließen uns in dieser Frage der Meinung des Finanzministers ausdrücklich an.

An die Begründung für eine Überschreitung der Regelgrenze stellen die Gerichte wachsende Anforderungen. Denen kommen wir nach. Zu diesem Zweck hat die Koalition heute einen Entschließungsantrag eingebracht, der im Einzelnen darlegt, worin die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu sehen ist.

Dieser Entschließungsantrag zeigt auch, warum für dieses Jahr eine Überschreitung der Regelgrenze angezeigt ist und wie durch eine höhere Neuverschuldung der Arbeitslosigkeit entgegenwirkt wird. Auf den Inhalt dieser Entschließung nehme ich ausdrücklich Bezug. Wir bewegen uns in dem Korridor, den die Verfassung und das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorgeben.

Die höhere Neuverschuldung ist gerechtfertigt. Wir gehen einen Weg der Einsparungen ohne Strukturbrüche, der der Arbeitslosigkeit entgegenwirkt, ohne dass wir damit die Zukunft belasten.

Wir erfüllen mit unserem Landeshaushalt die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes. Das ist nicht nur unsere Meinung, meine Damen und Herren. Wir haben vergangene Woche von der CDU ein Gutachten von Prof. Birk aus Münster erhalten. Das war der Vertreter der CDU in dem Rechtsstreit über die Verfassungsmäßigkeit der beiden Haushalte, die er dann für verfassungswidrig erklärt hat.

(Bernhard Recker [CDU]: Er hatte Recht! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir haben in der Kürze der Zeit dieses Gutachten überprüfen lassen und uns selber ein Gutachten zu dieser Frage besorgt. Dieses Gutachten ist wegen der Kürze der Zeit leider erst in der heutigen Nacht, um 4:00 Uhr, in unserem Büro im Landtag eingegangen. Das Gutachten ist von Prof. Dr. Helmut Siekmann aus Bochum. Wir werden Ihnen dieses Gutachten zur Verfügung stellen. Es sagt eindeutig, dass der von der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen beschriebene Weg die gesetzlichen Vorgaben sowohl aus der Verfassung als auch aus dem Stabilitätsgesetz und der Landeshaushaltsordnung einhält.

Wir stellen Ihnen das Gutachten zur Verfügung. Wir bitten Sie, sich auch mit diesem Gutachten intensiv auseinander zu setzen und Ihre Position in dieser Frage noch einmal zu überprüfen.

(Helmut Diegel [CDU]: Das hat er für 2001 und 2002 auch schon gesagt!)

Meine Damen und Herren, mit gezielten Sparmaßnahmen schaffen wir aber auch finanzielle Spielräume, die wir brauchen, um künftig die

Staatsverschuldung zu verringern. Einnahmeverbesserungen ab dem Jahre 2006 werden in erster Linie zur Rückführung der Schulden des Landes genutzt. Das setzt aber voraus, dass wir wieder steigende Einnahmen für den Landeshaushalt haben. Diskussionen oder Vorschläge - die kommen vor allem von der CDU - für noch weitergehende Steuerkürzungen sind mit dieser Politik nicht zu verbinden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, vor wenigen Wochen hat sich die CDU an dem Steuerkonzept von Herrn Merz geradezu berauscht. Sie war euphorisch. Toller Vorschlag! Da hat man von Befreiungsschlag geredet, von einem Meilenstein in die richtige Richtung. Durchbruch zur Steuerwende! - Das waren die euphorischen Bewertungen der CDU und auch von Vertretern der CDU aus Nordrhein-Westfalen.

Und heute? Was ist daraus geworden? - Ich zitiere, meine Damen und Herren: "Was in den vergangenen Tagen aus der Partei" - damit war die CDU gemeint - "zu hören war, hat mit Klarheit, Richtung oder Berechenbarkeit nichts zu tun", so der Kommentar in der „Aachener Zeitung“ vor wenigen Tagen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das „Handelsblatt“ ging noch einen Schritt weiter. Auch der Finanzminister hat dieses Zitat schon einmal gebracht. Herr Finanzminister, es ist so schön, dass ich es hier noch einmal verwenden möchte. Das „Handelsblatt“ hat nämlich zu den Plänen der CDU zur Steuerreform gesagt, das sei Simsalabim-Politik. Wörtlich:

"Man schürt heftigste Erwartungen, die dann aber von anderen befriedigt werden sollen. Andere sollen bezahlen, was man selber verspricht."

Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Diese Bewertung trifft den Nagel auf den Kopf. Genau darum geht es.

Es ist für die CDU in Nordrhein-Westfalen eben typisch, dass sie die politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und finanziellen Rahmenbedingungen unseres Landes ignoriert und rein parteipolitisch handelt. Sie agiert ausschließlich mit dem Ziel der Landtagswahl im Mai 2005. Nichts anderes haben Sie im Auge, nur die Wahl - nicht das Wohl des Landes in diesem Jahr, nicht das Wohl im nächsten Jahr, nur Ihre Wahl im Jahre

2005. Das ist aber nicht im Interesse der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie sind gegen jede Kürzung. Jede Kürzung, die die Landesregierung oder die Koalitionsfraktionen vorgeschlagen haben, ist von Ihnen abgelehnt worden.

Sie reden jedem nach dem Mund. Jeder, der gegen die Sparpläne protestiert, kann sicher sein, dass sofort irgendjemand von der CDU Applaus heischend vor ihm steht.

Sie machen aber keine eigenen Kürzungsvorschläge. Sie stellen in den Fachausschüssen keine Änderungsanträge. Das kennzeichnet die Konzeptionslosigkeit Ihrer Politik, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Die paar Scheinanträge, die Sie kurz vor Toreschluss noch gestellt haben, ändern nichts an diesem Eindruck, den Sie bei diesen Haushaltsplanberatungen wieder einmal erweckt haben. Allen Fachberatungen haben Sie sich entzogen.

Herr Rüttgers, da können Sie heute doch nicht mit dem Hinweis kommen: Ihr habt uns ein paar Entschließungsanträge dazugegeben. - Entschließungsanträge erläutern Haushaltspositionen noch einmal und binden den Landesgesetzgeber; sie sind aber doch keine Haushaltsberatungen, sondern Ergänzungen dazu.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben sich allen Fachberatungen und allen Anhörungen entzogen.

(Widerspruch bei der CDU)

Dies ist ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren. Es ist übrigens auch eine Missachtung des Parlaments. Ich sage in aller Deutlichkeit: Das ist in der Tat eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen haben Sie durch die Tatsache, dass Sie sich dem Ganzen entzogen haben, allen Verbänden, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen auch nicht die Möglichkeit gegeben, sich bei den von den Fachausschüssen durchgeführten Anhörungen mit Ihren Vorschlägen auseinander zu setzen. Sie sind auf der ganzen Linie weggetaucht, mehr nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Marc Jan Eumann [SPD]: Abgetaucht!)

Wer politische Verantwortung wahrnehmen will, der muss sich eben auch in schwierigen Zeiten der Kritik offensiv stellen. Meine Damen und Herren, man kann nicht immer nur den Weg des geringsten Widerstands gehen. Sie müssen sich auch in schwierigen Zeiten der Kritik stellen.

Die Koalitionsfraktionen haben dies getan.

(Lachen von Manfred Palmen [CDU])

Nach Beratungen mit Verbänden, Gewerkschaften und Interessengruppen haben wir Korrekturen am Haushalt vorgenommen.

Deshalb stellen wir heute selbstbewusst fest: Auch in der schwierigsten Haushaltssituation, in der sich das Land je befunden hat, werden die Interessen Nordrhein-Westfalens gewahrt, hat unser Land eine handlungsfähige und stabile parlamentarische Mehrheit und stellen wir die Weichen für eine gute Zukunft unseres Landes.

(Beifall von Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

Wir haben nichts schöneredet, meine Damen und Herren. Wir haben auch nichts verschwiegen. Wir haben den Menschen in diesem Land offen und ehrlich die Wahrheit gesagt. Sie haben das nicht getan, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land gesagt, welche konjunkturellen Probleme wir lösen müssen, in welchem Umfang die Haushalte des Landes und seiner Kommunen belasten und welche strukturellen Probleme der Landeshaushalt aufweist. Wir haben auch nicht verschwiegen, was wir uns nicht mehr leisten können und wo wir sparen müssen, wie wir den Landeshaushalt langfristig konsolidieren wollen und wo wir Gestaltungsspielräume erhalten und langfristig sichern können.

Das alles haben wir offen miteinander diskutiert - in vielen Gesprächen mit allen Verbänden: von den Kirchen bis zu den Gewerkschaften, von den Jugendorganisationen bis zu den Wohlfahrtsorganisationen. Wir haben uns keiner kritischen Diskussion entzogen. Von Ihnen kann ich das nicht behaupten.

Insofern haben wir unseren klaren und berechenbaren Kurs beibehalten. Diesen Kurs haben wir im Übrigen mit dem "Düsseldorfer Signal" abgesteckt, und wir setzen ihn auch um.

Ja, meine Damen und Herren, es gibt harte und schmerzhaft Einschnitte. Sie sind aber notwen-

dig - und hier entzieht sich die CDU -, damit wir auch in Zeiten wegbrechender Steuereinnahmen das Wichtige tun können. Auch dafür setzen wir Schwerpunkte.

Wir sparen an anderer Stelle, damit wir unsere Schulen Schritt für Schritt besser machen können. Das ist auch dringend erforderlich. Wir sichern die Einführung des Englischunterrichts ab der dritten Grundschulklasse. Wir sichern die finanziellen Voraussetzungen für die Einführung der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir stellen mehr Mittel und mehr Lehrer zur Verfügung, um Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Wir sparen gezielt, damit es im Kinder- und Jugendbereich keine Strukturbrüche gibt. Wir sichern mit einer großen Kraftanstrengung die Zukunft des Landesjugendplans, der im Vergleich zum Entwurf der Landesregierung im Jahr 2004 um 12 Millionen € und im Jahr 2005 um 16 Millionen € erhöht wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir entlasten die Träger von Kindertagesstätten in angemieteten Räumen. Wir verstärken die Sprachförderung in den Kindertagesstätten. Wir sichern die Familienhilfe und die Erziehungsberatungsstellen.

Das ist alles seriös - und nicht wie bei der CDU durch Luftbuchungen finanziert.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zu keinem einzigen dieser Punkte haben Sie eigene Anträge gestellt, meine Damen und Herren. Zwar haben Sie vor dem Landtag protestiert; in den Ausschüssen haben Sie aber geschwiegen, weil Sie die Verantwortung für Kürzungen nicht übernehmen wollten.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Schönwetterpolitik!)

Das ist aber nicht verantwortbare Politik in einer schwierigen Haushaltszeit. Damit haben Sie sich der Verantwortung entzogen.

Wir setzen Schwerpunkte, damit schwache, alte, behinderte und langzeitarbeitslose Menschen in unserem Land nicht allein gelassen werden. Wir sorgen auch dafür, dass der Arbeitgeber Land genauso viele Ausbildungsstellen vorhält wie im Jahre 2003. Die entsprechenden Mehrkosten sind ebenfalls seriös finanziert.

Für die Integration behinderter Menschen haben wir in den Haushaltsplänen 2004 und 2005 gegenüber dem Regierungsentwurf 5 Millionen € umgeschichtet. Vorschläge der CDU dazu haben wir nicht gesehen.

Auch die Kürzungen im Landesaltenplan wurden teilweise korrigiert: 1,8 Millionen € in beiden Haushaltsjahren mehr. Für die Aids-Bekämpfung gibt es 1,9 Millionen € mehr und für die Bekämpfung von Suchtfahrten 6,3 Millionen € mehr.

Meine Damen und Herren, auch das Engagement des Landes in der Kulturpolitik ist gesichert. Die Träger von Orchestern, Musikschulen und Musikpflege, die Landestheater, das Bibliothekswesen und die kommunalen Orchester werden stärker mit Zuschüssen gefördert, als dies im Haushaltsentwurf der Landesregierung vorgesehen war.

Trotz allem - wir bekennen uns dazu und stellen uns hier auch der Kritik; wir hören dies nicht immer gern, halten es aber auch aus - sind die nächsten beiden Haushaltsjahre Jahre der Haushaltskürzungen. Wir wahren dabei aber die soziale Balance.

Meine Damen und Herren, vielen haben wir einen Solidarbeitrag abverlangt, der niemandem leicht fällt - auch den Trägern der Ersatzschulen. Auch sie werden zur Bewältigung der aktuellen Haushaltsprobleme herangezogen. Wir nehmen sie mit in die Pflicht. Bei einem Zuschuss von rund 1 Milliarde € ist ein einmaliger Solidarbeitrag von 15 Millionen € verantwortbar und für die Träger auch verkraftbar. Das muss man hier deutlich sagen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Alles deutet darauf hin: Die Konjunktur in Deutschland erholt sich. Das sagt nicht die Politik, das sagen unabhängige Institute, das signalisiert im Übrigen auch die Wirtschaft.

Der Wirtschaftsminister hat ebenfalls in seiner Pressekonferenz am Montag positive Signale vermittelt. Sogar Herr Rüttgers hat das in seiner ersten Pressekonferenz im neuen Jahr eingestanden und mitgeteilt:

"Die Experten sagen, dass es nach einer langen Stagnations- und Rezessionsperiode endlich wieder ein Jahr der konjunkturellen Belebung und des Aufschwungs geben wird."

Und Sie haben hinzugefügt:

"Die Politik darf die erwartete konjunkturelle Belebung nicht zum Anlass nehmen, ihre Reformanstrengungen ruhen zu lassen."

Wenn das richtig ist, wo waren dann die Reformvorschläge der CDU in den Haushaltsberatungen der letzten drei Monate? Warum kündigen Sie etwas an und handeln nicht nach diesen Ankündigungen? Warum entziehen Sie sich dem? Warum haben Sie mit Ihren politischen Freunden aus anderen CDU-geführten Bundesländern eine wirkliche Reform der Gewerbesteuer zugunsten der Kommunen blockiert?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Warum sagen Sie uns denn nicht und schieben es immer hin und her wie eine heiße Kartoffel, wer die von der Union geplanten Steuersenkungen von rund 10 Milliarden € bezahlen soll?

Da hat Herr Kauder, der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zum Hinweis der rot-grünen Koalition in Berlin, die CDU möge doch einen Gesetzentwurf zur Steuersenkung und Steuerreform vorlegen, gesagt: Die von der Regierung haben wohl einen an der Waffel. - Das ist unparlamentarischer, unfairer Ausdruck.

Aber Herr Rüttgers hat doch vor wenigen Tagen selber angekündigt, dass die CDU bis zum März einen Gesetzentwurf vorlegen wird. Ob Herr Kauder Sie dann auch mit seiner Einschätzung gemeint hat, diejenigen, die einen Gesetzentwurf forderten, hätten einen an der Waffel? Ich würde mir das nicht zu Eigen machen, Herr Rüttgers.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber so reden Ihre eigenen Leute, und zwar wohl indirekt dann auch über Sie.

(Manfred Palmén [CDU]: Das ist hier ja Karneval!)

Warum sagen Sie uns nicht, wer diese Steuersenkung bezahlen soll? - Da tauchen Sie auch wieder weg.

Sie haben einen Gesetzentwurf angekündigt, aber Ihre eigenen Parteifreunde nennen das eine dissonante Einzelprofilierung. Andere sagen: Das ist Tagespolitik; morgen ist das wieder vergessen. - Damit sind immer Sie, Herr Rüttgers, gemeint. Ein hohes Ansehen genießen Sie mit Ihren Vorschlägen bei Ihren Freunden in Berlin offenbar nicht.

Ihre Parteifreunde raten Ihnen außerdem, erst einmal Wahlen in NRW zu gewinnen, dann könnten Sie eigene Gesetzentwürfe im Bundesrat einbringen. Ich prophezeie Ihnen: Diese Chance werden Sie nie bekommen.

(Beifall bei der SPD - Vereinzelt Lachen bei der CDU)

Deshalb wird es bei der Schwäche der CDU in Nordrhein-Westfalen bleiben.

Im Ankündigen sind Sie groß, im Handeln sind Sie schwach. Ich will dafür ein Beispiel nennen:

Der „Westfalenpost“ haben Sie am 19. Dezember 2003 gesagt:

„Wer Steuerschlupflöcher bedenkenlos nutzt oder ins Ausland zieht, um Steuern zu sparen, muss wissen, dass er seine Vorbildfunktion verliert. Es gibt Dinge, die tut man nicht.“

Das ist völlig richtig, Herr Rüttgers.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir sind da mit Ihnen einer Meinung. Aber, lieber Herr Rüttgers, Herr Landesvorsitzender der CDU, warum haben Sie sich nicht in diesem Sinne geäußert, als kürzlich bekannt wurde, dass einer Ihrer Parteifreunde, der ein hohes politisches Amt hier in Düsseldorf inne hat, 3 Millionen € auf ein Luxemburger Bankkonto geschafft hat?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Drei Millionen, die möglicherweise nicht versteuert wurden - zumindest haben die zuständigen Behörden diesen Verdacht! Warum haben Sie stattdessen die Steuerfahndung und die Staatsanwaltschaften kritisiert, beschimpft und in den Verdacht gestellt, unschuldige Bürger rechtswidrig zu verfolgen?

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Es war richtig, was Sie der „Westfalenpost“ gesagt haben, Herr Rüttgers: Es gibt Dinge, die tut man nicht. Das gilt für jede Bürgerin und für jeden Bürger. Das gilt für jeden kleinen Steuerzahler. Das gilt erst recht für diejenigen, die im Staat eine herausgehobene Funktion haben.

Sie verkünden, Herr Rüttgers, hohe moralische und politische Ansprüche. Die Menschen und wir erwarten daher von Ihnen auch, dass Sie den selbst gestellten Ansprüchen gerecht werden. Beschimpfen Sie also nicht die Steuerbeamten! Tun Sie Ihre Pflicht und sorgen Sie dafür, dass die Vorgänge um Ihren Parteifreund Erwin endgültig aufgeklärt werden und nicht im Dunkeln bleiben!

(Beifall bei der SPD - Manfred Palmén [CDU]: Unverschämtheit! Was ist denn mit Herrn Eumann? - Gegenrufe von der SPD)

Schaffen Sie Klarheit, Herr Rüttgers, und tauchen Sie auch hier nicht wieder weg! Die SPD hat das in Köln getan. Tun Sie das auch in Ihrer Partei, Herr Rüttgers!

Meine Damen und Herren, mit den beiden Haushalten, die wir heute verabschieden, verlangen wir - ich sagte es schon - von vielen einen Konsolidierungsbeitrag. Dies ist - so sehr wir das auch bedauern - alternativlos. Einen besonders schmerzhaften Konsolidierungsbeitrag fordern wir den Angehörigen des öffentlichen Dienstes ab. Wir gehen zwar nicht so weit wie die CDU/CSU-geführten Länder Hessen und Bayern, aber wir sind uns bewusst, dass wir an der Grenze der Belastbarkeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst angelangt sind.

Unsere Polizeibeamten, unsere Lehrer und alle anderen im öffentlichen Dienst leisten hervorragende Arbeit für unser Gemeinwesen, und dafür danken wir ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade deshalb müssen wir alles tun, um den öffentlichen Dienst leistungsfähig zu erhalten und seine Leistungsfähigkeit auszubauen. Deshalb brauchen wir Veränderungen, die wir mit dem Deutschen Beamtenbund und mit den Gewerkschaften gemeinsam auf den Weg bringen wollen. Mit einem neuen Leistungssystem, mit an Leistung orientierten Aufstiegschancen wollen wir dem öffentlichen Dienst neue Perspektiven eröffnen.

Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Wochenarbeitszeit diskutiert die SPD-Fraktion zurzeit über die Möglichkeit, Lebensarbeitszeitkonten einzuführen. Wir laden die Gewerkschaften und die Berufsverbände ein, diese Diskussion mit uns gemeinsam zu führen. Das ist möglicherweise ein richtiger und wichtiger Weg.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Auch die Kürzungen bei den Förderprogrammen des Landes waren alternativlos angesichts der aktuellen finanziellen Probleme. Wir wollen aber Entlastung an anderer Stelle schaffen. Deshalb werden wir zusammen mit der Landesregierung die Förderrichtlinien von verzichtbaren Vorschriften und Standards entfrachten. Das schafft Spielräume und ermöglicht kostengünstigere Strukturen bei den Trägern.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Das hören wir jedes Jahr!)

Meine Damen und Herren, Bürokratieabbau, zeitgemäße bundesstaatliche Ordnung und Innovation sind wichtige Stichworte der aktuellen politischen Diskussion. Beim Bürokratieabbau geht die Landesregierung mutig voran. Alle Achtung, was da auf den Weg gebracht wurde!

Noch in dieser Plenarwoche wird der Landtag über einen Gesetzentwurf der Landesregierung zum Bürokratieabbau diskutieren, zur Reduzierung von Gesetzen, zur zeitlichen Befristung von Gesetzen. Und wir werden uns auch über die Streichung von Erlassen, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen austauschen.

Über die bundesstaatliche Ordnung und über ihre Reform wird zurzeit in der Föderalismuskommission auf Bundesebene diskutiert. Die Debatte wird der Landtag engagiert und aufmerksam begleiten und verfolgen und sich an der Diskussion beteiligen.

Innovative Ansätze braucht die Politik nicht nur bei der Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes, beim Abbau von Bürokratie oder bei der Verwaltungsmodernisierung.

Wir brauchen die Erneuerung auch und ganz besonders in der Wissenschaftspolitik. Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen sind in der Breite und in der Vielfalt ihres Angebotes gut aufgestellt. Wir wollen die Stärken unserer Hochschulen weiter stärken und durch gezielte Förderung Spitzenleistungen auf definierten Feldern ermöglichen. Wir stehen zum Qualitätspakt Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben ihn auch bei diesen Haushaltsberatungen sorgsam gewahrt. Allen Ambitionen, vielleicht doch noch etwas zu kürzen, haben wir nicht nachgegeben. Wir steigern die Landesausgaben im Wissenschaftsetat sogar. Wir geben unseren Universitäten und Forschungseinrichtungen Schritt für Schritt mehr Autonomie.

Wir diskutieren in Nordrhein-Westfalen nicht über Elitehochschulen. Dieser Begriff ist missverständlich. Wer meint, einzelne Hochschulen als ganze zu Elitehochschulen machen zu können, verkennt, dass es in Deutschland nicht eine einzige Hochschule gibt, an der dies über alle Fachbereiche hinweg möglich wäre.

Es gibt aber sehr wohl Fächer und Forschungsfelder, die an bestimmten Standorten Hervorragendes leisten. Da haben wir in Nordrhein-Westfalen eine Menge zu bieten. Es kommt uns darauf an, dies gezielt zu fördern, international wettbewerbsfähig zu halten und zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen, meine Damen und Herren, auf Exzellenz. Wir müssen die Begabungsreserven unserer Gesellschaft noch besser mobilisieren. Wir brauchen Rahmenbedingungen dafür, dass diejeni-

gen, die befähigt sind, Herausragendes zu leisten, auch Herausragendes leisten können.

Die Weimarer Beschlüsse der SPD haben die Frage des Engagements für Bildung und Forschung dahin gestellt, wo sie hingehören - in die Mitte des gesellschaftlichen Diskussionsprozesses. Wenn der Bund mithilft, die Exzellenzen und Stärken unserer Hochschulen in Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken, dann begrüßen wir dies ausdrücklich.

Die von der SPD in Weimar beschlossenen Leitlinien sind richtig. Den Zugang zu unseren Universitäten offen zu halten und für mehr und besser ausgebildete Hochschulabsolventen zu sorgen, ist richtig. Spitzenforschern mehr Anreize zu bieten, damit sie an unseren Universitäten bleiben, zu uns kommen und wieder zu uns zurückkehren, ist richtig. Spitzenleistungen stärker zu fördern, ist richtig.

Das NRW-Hochschulkonzept 2010, das unsere Wissenschaftsministerin Frau Kraft Ende 2003 vorgestellt hat, setzt auf Autonomie, auf Eigenverantwortung der Hochschulen, auf Profilbildung und auf Erfolgs- und Leistungsorientierung. Dort unterstützen wir Sie, Frau Ministerin, aus innerster Überzeugung heraus.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Personalchefs der 250 größten deutschen Unternehmen zählen die nordrhein-westfälischen Hochschulen zu den Spitzenuniversitäten in Deutschland. Köln und Aachen rechnen sie zu den fünf Top-Universitäten. Köln und Bonn belegen Spitzenplätze in der Volkswirtschaftslehre, Köln und Münster bundesweit den zweiten und dritten Platz im Fach Betriebswirtschaftslehre. Münster ist im Fach Jura auf den zweiten Platz vorgerückt und hat damit Heidelberg verdrängt. Aachen belegt den Spitzenplatz bei den Ingenieurwissenschaften und den dritten Platz in der Informatik.

Wir haben in der Wissenschaftspolitik den richtigen Weg eingeschlagen; das kann man an solchen Dingen ablesen. Wir werden ihn konsequent weitergehen, meine Damen und Herren. Wenn uns der Bund dabei hilft, ist er herzlich eingeladen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen aber auch in der Schul- und Bildungspolitik mehr innovative Ansätze. Wir müssen unsere Schulen so gestalten, dass sie den individuellen Lernbedürfnissen der Kinder entsprechen. Es wird viel zu viel über quantitative Vorgaben und viel zu wenig über Qualität geredet.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Richtig!)

Innovativ wäre es, die durchschnittliche Dauer der Schulzeit an die internationalen Standards anzupassen und gleichzeitig die Lernzeit individueller zu gestalten. Innovativ ist es, geänderte Wertvorstellungen der Gesellschaft zu akzeptieren, meine Damen und Herren von der CDU, und den Eltern - vor allen Dingen den Müttern - zu ermöglichen, Familie und Beruf besser miteinander zu verbinden.

Dafür brauchen wir die verlässliche Schule, dafür brauchen wir auch die offene Ganztagsgrundschule. Die offene Ganztagsgrundschule ist innovativ, die selbstständige Schule ist innovativ und auch eine zweistufige Schulaufsicht statt der bisher dreistufigen ist innovativ.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sehr gut!)

All das wollen wir, und die ersten Erfolge stellen sich ein. Wir - diese Koalition - gestalten die neue Schule Nordrhein-Westfalens. Wir sind diejenigen, die den Weg bestimmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen in Europa. Wir stärken unsere industriell geprägte Region, organisieren gleichzeitig aber auch den Strukturwandel. Die Stärke Nordrhein-Westfalens ist die gelungene Verbindung aus dem Erhalt des Industriestandortes und der Entwicklung neuer Kernkompetenzen - etwa im Dienstleistungssektor, in der Medienwirtschaft und in der Biotechnologie.

Wir brauchen einen gesunden Branchen-Mix. Wer die industriellen Wurzeln unseres Landes verdorren lässt oder gar kappen will, gefährdet den Wohlstand in Nordrhein-Westfalen. Das wird mit uns Sozialdemokraten nicht zu machen sein.

(Beifall bei der SPD)

Zu den industriellen Wurzeln Nordrhein-Westfalens gehört auch die Energieproduktion im eigenen Land. Energie ist ein zentraler und wichtiger Standortfaktor.

Genügend Energie zu bezahlbaren Preisen werden wir so lange produzieren, meine Damen und Herren, wie wir unsere verfügbaren Energieträger sinnvoll nutzen. Dazu zählen die Braun- und die Steinkohle wie auch die regenerativen Energieträger. Wer vor allem auf Importenergie setzt, läuft Gefahr, mit der Energieproduktion auch die gewerbliche Wirtschaft und die industrielle Produktion aus unserem Land zu vertreiben. Eine solche

Politik wird mit uns Sozialdemokraten nie zu machen sein.

Unternehmensbefragungen zeigen, dass sich die Geschäftserwartungen in NRW aufhellen. Bei uns in Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Unternehmensneugründungen im letzten Jahr um 1,5 % gestiegen, in Hessen ging sie um 5,5 % zurück, in Baden-Württemberg um 3,4 %, und in Bayern ist sie um 2,4 % gesunken.

(Manfred Palmen [CDU]: Auf welcher Basis?)

Bei uns kamen im vergangenen Jahr mehr als 10.500 zusätzliche Unternehmen hinzu.

Ich weiß, das möchten Sie von der CDU nicht gerne hören, weil Sie immer noch die Sonthofen-Strategie der CSU verinnerlicht haben: Alles muss erst ganz schlecht werden, dann kommen wir an die Regierung! - Die Menschen haben diesen Trick längst durchschaut.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, sind solche Zahlen gut. Es ist gut, dass es in diesem Land vorangeht. Sie sollten applaudieren, statt Zwischenrufe zu machen. Ich weiß, meine Damen und Herren, das wollen Sie nicht gern hören, aber das sind nun einmal die Fakten.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 2003 hat sich bei uns auch die Zahl der Gewerbeanmeldungen um 13.700 erhöht. Unter dem Strich lag sie um 25.000 über der Zahl der Gewerbeabmeldungen.

Wir sind auf dem richtigen Weg - in der Wirtschaftspolitik, in der Wissenschaftspolitik, in der Schulpolitik. Nordrhein-Westfalen hat eine gute Zukunft.

In dem Maße, in dem sich die Einnahmen des Landes verbessern - und das erwarten wir -, werden wir die zusätzlichen Kredite, die wir aufgenommen haben, um die Arbeitslosigkeit gezielt zu bekämpfen, so schnell wie möglich ablösen.

Wenn es haushaltspolitisch verantwortbar ist und wir es aus der Sache heraus für richtig halten, werden wir die Kürzungen bei den Förderprogrammen wieder korrigieren. Dies gilt vor allem für den Landesjugendplan. Wir werden uns auch sehr offensiv mit der Volksinitiative und ihrem Ergebnis auseinandersetzen und hierüber einen sehr konstruktiven Dialog führen.

(Beifall bei der SPD)

Auch in schwerer Zeit, meine Damen und Herren, und trotz knapper Kassen bleibt Nordrhein-Westfalen das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland.

Auch in schwerer Zeit bleibt Nordrhein-Westfalen ein verlässlicher Partner seiner Kommunen. Wir sorgen dafür, dass die Haushaltswirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände den konjunkturellen Erfordernissen entsprechen kann. Dies geschieht auch dadurch, dass wir den Kommunen in diesem Jahr Abrechnungsbeträge stunden.

Die Opposition kritisiert das. Die kommunalen Spitzenverbände stimmen unserer Politik aber ausdrücklich zu.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ignoriert die Opposition. Sie ignoriert auch, dass die Kommunen mit ihrer hohen Investitionstätigkeit die örtliche Wirtschaft stärken, bestehende Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Die Opposition handelt in diesem Punkt verantwortungslos.

Die Landesregierung und die beiden Koalitionsfraktionen haben sich in großer Verantwortung der schwierigen Haushaltslage gestellt. Wir sind nicht weggetaucht. Wir haben niemandem etwas versprochen, was wir nicht halten können. Wir haben dort Korrekturen vorgenommen, wo wir dies verantworten konnten und wo es zwingend erforderlich war. Wir haben die Lasten gerecht verteilt.

Meine Damen und Herren, unsere Politik bleibt berechenbar. Das war so und wird auch so bleiben.

Unser Bundesland Nordrhein-Westfalen ist ein starkes und selbstbewusstes Land.

Und wir sind eine starke und selbstbewusste Koalition.

Unser Bundesland Nordrhein-Westfalen hat in seiner ganzen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg alle seine Probleme immer selbst gelöst.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben uns nicht über Jahre hinweg von anderen über den Länderfinanzausgleich finanziert. Die Politik von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, meine Damen und Herren - davon bin ich, sind wir und davon ist die Landesregierung und der Ministerpräsident überzeugt -, wird dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen in eine gute und sichere Zukunft hineingeführt wird, und zwar auch mit den beiden schwierigen Haushalten der Jahre 2004

und 2005. - Herzlichen Dank und Glückauf für unser Land!

(Lang anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN - Marc Jan Eumann [SPD]: Bravo! Sehr gut!)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Moron. - Für die FDP erteile ich jetzt Herrn Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rüttgers, vielleicht sollten wir uns auch jemanden besorgen, der uns zu der Rede gratuliert. Dies war schon ein guter Einstieg von Herrn Kuschke.

(Beifall und Heiterkeit bei FDP und CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: Er hat es verdient!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das neue Jahr bringt für den einen positive und für den anderen negative Ereignisse. Eine Lottospielerin knackt den 20 Millionen €-Jackpot und beginnt ein zumindest materiell sorgenfreies Leben. Rot-Grün dagegen knackt den Schuldenrekord von 100 Milliarden € in diesem Jahr. Mit dieser unfrohen Botschaft startet Nordrhein-Westfalen ins neue Jahr.

(Frank Baranowski [SPD]: Da klatscht noch nicht einmal Ihre Fraktion!)

Diese Flucht in die Verschuldung, alleine seit 1995 40 Milliarden € zusätzlich, ist ein Armutszeugnis für die herrschende Politik

(Beifall bei der FDP)

und eine schwere Hypothek für unsere Kinder und Enkel.

Herr Moron, an dieser Stelle kann ich nicht erkennen, dass dieses Land seine Probleme immer selbst gelöst hat. Es hat die Probleme auf die zukünftigen Generationen verschoben. Unter eigener Problemlösung verstehen wir etwas anderes.

(Beifall bei der FDP)

Dabei haben Sie die Nachhaltigkeit völlig aus dem Auge verloren und anders, als Sie gesagt haben, seit Jahren die Wahrheit verschwiegen, denn wenn Sie rechtzeitig in Haushaltskonsolidierung eingestiegen wären, dann hätten Sie heute nicht die Probleme, vor denen Sie und wir stehen und angesichts derer man feststellen kann: Verfassungswidrige Haushalte werden in NRW offenbar salonfähig.

Zwei Landeshaushalte wurden bereits von den Verfassungshütern in Münster beanstandet. Nun

droht auch diesem Doppelhaushalt das Verdikt der Verfassungswidrigkeit. Natürlich ist es richtig, Herr Steinbrück, dass ein Professor das noch nicht ex officio feststellen kann. Es gibt ja auch schon das erste Gegengutachten. Aber natürlich muss man einräumen, dass der Vorlauf in Münster bezüglich der beiden Haushalte 2000 und 2001 kein Hoffnungsschimmer für Sie ist.

Verschleppte Haushaltskonsolidierung über Jahre und jetzt natürlich der Trick mit der Verschuldensobergrenze sind das, was man der Regierung vorwerfen muss. Sie haben dargestellt, Herr Moron, dass das jetzt noch einmal aufgearbeitet worden ist, um es verfassungssicher zu machen.

Erstaunlich ist aber: Herr Finanzminister Dieckmann verkündet: "Wir haben die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts!", und zur gleichen Zeit hört man Herrn Schartau munter jubeln, es gehe aufwärts, die Wirtschaft laufe und brumme. Einer von beiden muss sich irren, meine Damen und Herren. Anders kann es nicht sein.

(Beifall bei der FDP - Gisela Walsken [SPD]: Das ist kein Widerspruch! - Marc Jan Eumann [SPD]: Es gibt verschiedene Indikatoren, Herr Wolf!)

Meine Damen und Herren, Herr Rüttgers hat bereits darauf hingewiesen, dass wir ein beispielloses Chaos im Haushaltsaufstellungsverfahren erlebt haben - ein Herüberreichen von Vorlagen kurz vor der Sitzung, und manchmal haben uns die Haushaltsneufassungen erst erreicht, nachdem die Fachausschüsse beraten hatten. Es ist schon skandalös, wie Haushaltspolitik in diesem Lande betrieben wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Viel schlimmer ist jedoch die unglaubliche Asymmetrie bei der Ausgabengestaltung. Die Bereiche Kultur, Soziales und Sport werden geschöpft.

Und nur die beamteten Mitarbeiter - Herr Moron, wenn Sie mir Ihr Ohr schenken könnten - werden von Ihnen einseitig belastet. Auch Sie haben es heute wieder fertig gebracht, von den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst im Ganzen zu sprechen. Das heißt, die einseitige Schlechterbehandlung eines Teils, über das Land gesehen von 50 %, haben Sie wieder einmal außen vor gelassen.

Das zeigt, dass Sie auf der einen Seite bereit sind, heftig - wie Sie es nennen - zu sparen - das ist nur ein "Ausgaben kürzen" -, und auf der anderen Seite behält Frau Höhn ihre Spielwiesen, z. B. für die Extensivierung, die Festmistwirtschaft oder gar für Waldpädagogik unter Gender-Aspekten - weiß Gott, was da aufrechterhalten werden muss!

- Hier kann man sehen, wie falsche Prioritäten gesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Bei diesen so genannten Sparbemühungen arbeiten Sie natürlich völlig perspektivlos. Da werden - natürlich aus ideologischen Gründen - die Ersatzschulen in freier Trägerschaft und damit die zarten Pflänzchen des privaten Schulwesens, das wir gern ausgebaut sähen, drangsaliert. Die präventive Jugendarbeit wird beschädigt und zu allem Überfluss noch einmal die Steuer erhöht, diesmal auf das Trinkwasser. Ihnen werden sicherlich auch noch weitere Dinge einfallen, wo Sie die Bürger schröpfen können.

Mit dieser konzeptlosen Politik soll nun eine Stärkung des Wirtschaftswachstums sowie eine Senkung der Arbeitslosigkeit bewirkt werden. Glaubt wirklich jemand in diesem Hause, dass der Doppelhaushalt 2004/2005 einen einzigen positiven Impuls für das Wachstum und mehr Arbeitsplätze in diesem Land auslösen wird?

Gut, SPD und Grüne ersparen sich aus der Sorge um den Ausgang der Landtagswahl 2005 durch den Doppelhaushalt eine Haushaltsberatung im Herbst dieses Jahres.

Aber wo sind die dringend notwendigen Veränderungen in den politischen Zielsetzungen? Knapp sieben Monate nach dem "Düsseldorfer Signal" ist noch kein einziger entscheidender Schritt unternommen worden.

Beim Subventionsabbau trauen Sie sich nicht an die großen Brocken heran. Herr Moron, nicht einmal die ab 2005 geplanten mickrigen Kürzungen bei der Steinkohle werden sich ungeschmälert realisieren lassen. Dies ist unfassbar im Hinblick auf die Tatsache, dass bislang Subventionen in Höhe von 572 Millionen € offensichtlich nicht benötigt, sondern von der Ruhrkohle dem Land als Kredit gewährt wurden.

Meine Damen und Herren, das zeigt doch die ganze Unseriosität dieser Politik im Zusammenhang mit der Subventionierung eines in der Tat nicht mehr lebensfähigen Wirtschaftszweiges.

Die Energieerzeugung im Land Nordrhein-Westfalen - um das deutlich zu sagen - wollen wir Freien Demokraten selbstverständlich beibehalten. Aber, bitte, machen Sie doch den Leuten hier nichts vor! Die wenigen Prozent, die die Steinkohle zur Primärenergieversorgung beiträgt, lassen sich mühelos durch Importe ersetzen. Sie werden nicht ernstlich jemanden die Mär von der Energiesockeltheorie verkaufen wollen.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, Fehlanzeige natürlich auch beim groß angekündigten Umbau der Verwaltungsstruktur! Herr Moron, Sie haben von Simsalabim-Politik aufseiten der CDU gesprochen.

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

Ich kann nur sagen: Bei Ihnen ist diese sehr viel stärker ausgeprägt. Statt Auflösung von Behörden hat Rot-Grün mit der Gemeindeprüfungsanstalt eine neue Behörde gegründet. Und mit zähneknirschender Zustimmung der SPD-Fraktion wurde die Forstverwaltung ausgegliedert. Wiederum eine neue Behörde in spe! Und schließlich: Bei der Modellregion OWL, die wir selbstverständlich im Grundsatz begrüßen, wird jetzt beim staatlichen Umweltschutz und beim Arbeitsschutz schon wieder eine neue Behörde ins Leben gerufen.

Ist das Verschlankung, ist das Behördenabbau? Das ist das klassische Gegenteil: Die Neugründung von Behörden, die Neugründung von Verwaltungsstrukturen, die wir gerade reduzieren wollen. Statt öffentliche Aufgaben massiv zu reduzieren, zu privatisieren und vor allen Dingen auch zu kommunalisieren, setzen SPD und Grüne ungeniert auf mehr und neue Bürokratie.

Wenn Sie dann jetzt endlich mit Ihrem Gesetzesbefristigungs-Gesetz überkommen, dann kann ich nur sagen: Wo waren Sie denn in Ihrer Euphorie, als wir dieses im Landtag einbracht hatten? Wir haben das gefordert, über Jahre diskutiert, und am Ende haben Sie es versenkt. Jetzt soll es zu spät und im Zweifel auch nicht hinreichend aufgearbeitet werden.

Wir wollen endlich den Angriff auf die Existenz zahlloser Sonderbehörden, die sich nämlich im Dickicht dieser ganzen Vorschriften immer wieder verheddern. Aufgaben wollen wir in Kreisen und kreisfreien Städten bürgernäher und effizienter erfüllt sehen.

Wo bleibt eine kluge Strategie zur Verschlankung der Landesverwaltung? - Stattdessen unüberlegtes Herumposaunen! Bei den Bezirksregierungen wird ein verantwortungsloser Standortpoker eröffnet, Tausende von Mitarbeitern werden verunsichert, und am Ende heißt es dann: April, April, im Moment geht es nicht, die CDU will nicht, allein machen wir es nicht, und am besten ist es, wir warten bis 2005!

Mit der Methode "harsch ankündigen, am Ende aber kläglich scheitern", ist ja auch Herr Clement schon vertraut gewesen. Das haben wir ja alles schon einmal gehabt. The same procedure as e-

very year. Die Landschaftsverbände sollten abgeschafft werden und feiern fröhliche Urständ.

Ich glaube, das, was das Hesse-Gutachten hier zeigt, ist eindeutig. Wir müssen den richtigen Weg über Aufgabenkritik und über Aufgabenverlagerung gehen.

Herr Moron, ich frage mich, was Sie seit sieben Monaten mit der Schulaufsicht machen. Warum ist sie nicht längst verlagert, wenn das alles so einfach ist? Ankündigungen, und am Ende steht das Nichts!

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, auch die Treffen von Herrn Steinbrück und Herrn Rüttgers werden am Ende natürlich nichts bringen, am Ende wird ein großkoalitionäres 0 : 0 herauskommen. Es ist wie immer, wenn Rot und Schwarz zu kungeln versuchen: Es wird nichts Vernünftiges.

Schauen Sie sich nur den machtstrategisch begründeten Neuzuschnitt der Wahlkreise an! Wir werden so etwas nicht mittragen. Wir wollen bei den Wahlkreisen objektive Kriterien und nicht machtstrategische Gesichtspunkte, unter denen man sich in einem Wahlkreis ein Direktmandat erhofft.

Gleichzeitig werden natürlich im neunten Jahr der Landesregierung und fünf Jahre nach dem Regierungswechsel an der Spree die Probleme immer größer. Herr Steinbrück, Ihre Analyse der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist in der Regel durchweg zutreffend. Sie wissen, dass ich Ihnen da schon häufiger ein Kompliment gemacht habe.

Aber mit den Schlussfolgerungen und der Umsetzung der Reformkonzepte hapert es natürlich gewaltig. Noch im Dezember, nach dem Ergebnis des Vermittlungsausschuss-Verfahrens, haben Sie alle Realisten in der Opposition gescholten und die fehlende Aufbruchstimmung beklagt. Bereits einen Monat später ist alles das eingetroffen, was ich Ihnen vorausgesagt habe:

Nach der Steuerentlastungskampagne vor Weihnachten kommt nun nach dem Jahreswechsel für die Menschen die Quittung in Form einer Saldo-rechnung: Kleine Entlastungen werden durch zahlreiche Steuer- und Abgabenerhöhungen regelmäßig aufgezehrt und teils überkompensiert: höhere Tabaksteuer, Mehrkosten bei Gesundheit und Energie fressen alles auf. Für die Rentner werden noch im April die höheren Krankenkassenbeiträge durchschlagen.

Wie soll da jemand ernsthaft hoffnungsfroh ins neue Jahr gehen? Wo sind die von Ihnen herbeigeredeten Konsum- und Investitionsanreize? - Trippelschritte helfen uns nicht weiter; dieses Land braucht eine echte Rosskur.

Längst ist die Reformeuphorie bei SPD und CDU abgeebbt. Alle, die unsere liberalen Konzepte verbal übernahmen, sind längst abgetaucht und heben die Schützengräben aus. 2004 droht statt zu einem Jahr des Aufbruchs für Deutschland zu einem Jahr des wahltaktischen Stillstands zu werden. Die Berliner Regierung will keine Gesetzentwürfe zur Steuerreform vorlegen, und die CDU streitet mit der CSU, um am Ende vage Eckpunkte zu beschließen. Einzig die FDP hat im Bundestag ein beschlussreifes Steuerkonzept eingebracht. Wir plädieren für eine Privatversicherungslösung anstelle des Bürokratiemonsters Praxisgebühr und wollen eine Entrümpelung der Arbeitsmarktpolitik - nicht zuletzt mit Blick auf die Gester-Affäre bei der Bundesagentur für Arbeit.

(Beifall bei der FDP)

Kleinmütigkeit von Rot und Grün und der CDU zeigt sich auch bei der Föderalismusreform; Herr Moron, Sie haben es angesprochen. Die Ergebnisse der ersten Sitzung dämpfen die Erwartungen ganz erheblich. Zwar verbreiten die Vorsitzenden Müntefering und Stoiber gute Laune und Optimismus, jedoch ist die Bereitschaft zu dem von uns geforderten dringend notwendigen stringenten Trennsystem von Zuständigkeiten und Finanzflüssen zwischen Bund und Ländern schwach ausgeprägt. Die FDP vertritt als einzige Partei geschlossen die Position des Wettbewerbsföderalismus, die Bewegung in die Struktur bringt.

(Lachen von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Da können Sie ruhig lachen, Herr Steinbrück. Sie waren ja dabei. Sie haben doch die Leute in den Schützengräben gesehen. Bei der Abkehr vom so genannten Exekutivföderalismus bekommen die Vertreter der CDU und der SPD bis auf wenige Ausnahme regelmäßig eine Gänsehaut und kalte Füße. Nur durch Entflechtung von Strukturen wird es eine Entfesselung der Marktkräfte geben, die uns international endlich wieder wettbewerbsfähig macht.

Statt klassischer Beschränkung auf die eigene Kompetenz erleben wir wieder bundespolitischen Aktionismus auf dem Feld der Landespolitik. Das haben Sie, Herr Moron, leider Gottes noch begrüßt. Der Bundeskanzler, der in seiner Ministerpräsidentenzeit die Schulpolitik in Niedersachsen vor die Wand gefahren hat, fabuliert jetzt von Eli-

teuniversitäten. Ohne eine Spitzenausbildung in Kindergärten und allgemein bildenden Schulen gibt es auch keine Elitestudenten. Das ist doch völlig offensichtlich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wo sollen denn im höchst mittelmäßigen Bildungsland NRW urplötzlich die vielen High-Potentials herkommen?

(Ministerin Hannelore Kraft: Die haben wir schon - keine Bange!)

Der Gipfel der Unredlichkeit ist dann die Finanzierung durch den Bund. Durch Kürzung der Hochschulbaumittel sollen nach einem nicht validen System die Universitäten mit einem Betrag von 50 Millionen € gesponsert werden. Bei einem Milliardenanierungsstau in den Hochschulen wahrlich ein Tropfen auf den heißen Stein! Kein normaler Mensch baut das Dach aus, wenn die Fundamente des Hauses bröckeln. Lassen Sie uns die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau im Grundgesetz streichen, das Geld ohne eine Kommission auf Bund-Länder-Ebene anteilig an die jeweiligen Länder auszahlen, sodass diese in Autonomie selbst entscheiden können.

(Beifall bei der FDP)

Herr Moron, Sie haben die Begeisterung für die Bildungsreform in diesem Lande geweckt. Wenn Sie die guten Forscher und Lehrer in dieses Land holen wollen, dann viel Vergnügen mit dem neuen Dienstrecht, das Sie planen. Wenn Sie die Anreize - auch die materiellen - stets absenken, praktisch nichts für leistungsgerechte Bezahlung zur Verfügung stellen, brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn hinterher keiner kommt. Das wird mit Ihrem Vorschlag mit Sicherheit der Fall sein.

Auch in NRW steht die Reform des Bildungswesens längst noch nicht am Ende, sondern gerade erst am Anfang. Wir haben - da haben Sie Beispiele genannt - Scheinreformen, aber keine durchgreifenden Reformen. Wo ist in diesem Land eine Schule richtig selbstständig, wie ich mir Selbstständigkeit vorstelle: mit eigenständiger Personalpolitik, mit eigenständigem Budget, das man selber eigenverantwortlich verwalten kann? Sie geben Kleckerbeträge dafür aus, dass man irgendwo ein wenig im Rahmen der Ganztagsbetreuung etwas tun darf - wieder systemwidrig vom Bund gefördert -, statt generell eine vernünftige Reform durchzuführen: Zuständigkeit auf jeder Ebene wahrnehmen, aber auch das Geld dort hingeben, damit die Zuständigkeit wahrgenommen werden kann. Das ist der richtige Weg, wie er auch im Rahmen einer richtig verstandenen

Föderalismuskommission von oben - Bund, Länder - bis zu den Gemeinden herunterreichen muss.

Die chronische Krankheit Unterrichtsausfall ist natürlich nicht beseitigt. Stattdessen erhöhen Sie die Pflichtstunden der Lehrer. Ersatzweise dürfen dann weniger Klassenarbeiten geschrieben werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das ist in der Tat eine fulminant neue Bildungspolitik in diesem Lande; das muss man wirklich lobend erwähnen.

Wir brauchen mehr Tempo. Die Ambivalenz der Äußerungen ist aufgezeigt worden. Abitur nach zwölf Jahren - ja oder nein? Warum haben wir das nicht längst? Niedersachsen hat es innerhalb von sieben Monaten geschafft. Mittlerweile ist Bayern längst damit durch, und in Berlin hat man sogar ein Zentralabitur. Nur Nordrhein-Westfalen kommt nicht aus den Puschen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Hier versagen diese rot-grüne Regierung und auch die Mehrheit im Parlament.

(Beifall bei der FDP)

Auf der Strecke bleiben natürlich auch die Menschen, die einen Job suchen. Die Zahl von fast 900.000 Arbeitslosen in diesem Land ist heute Morgen mehrfach gefallen. Dass Sie sich daran gewöhnt haben, ist schon erstaunlich. Sie würden hier alle ein Veitstänzchen aufführen, wenn eine andere Regierung am Ruder wäre und seit Jahren konstant 900.000 Arbeitslose hätte - mal ein bisschen rauf, mal ein bisschen runter, aber am Ende ohne durchschlagenden Erfolg der Politik. Es ist eine Katastrophe, das schönreden zu wollen. Das gilt auch für die Unternehmenspleiten, bei denen jedes Mal Arbeitsplätze betroffen sind - natürlich nicht in den von Ihnen geschützten Refugien. Nein, es sind viele kleine einzelne Arbeitsplätze, die vernichtet werden, die in ihrer Gesamtheit aber genauso wirken wie Entlassungen bei einem Großkonzern. Auch das Einzelschicksal ist genauso schlimm wie bei jemandem, der aus einem Großkonzern nicht oder nur unter besonderen Bedingungen entlassen werden kann.

Für uns gehört der Mittelstand in das Zentrum der Wirtschaftspolitik. Wenn die Meistergründungsprämie gekürzt wird, ist das ein phantastisches Signal an den Mittelstand: Endlich Aufbruch: Macht euch selbstständig! Wir kürzen die Prämien. - Das ist keine liberale Politik, die wir mittragen können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Verkehr hat uns ja nun schon in vielen Debatten beschäftigt. Nun haben Sie, nachdem Sie den Metrorapid gekillt haben, den Metroexpress als heilbringend entdeckt. Ich sage nur: Viel Spaß!

Wir haben Unterstützung signalisiert. Nur: Angelegt ist es im Kern schon so, dass es nicht funktionieren kann. Denn wenn ein Nahverkehrsmittel vom Bund gefördert werden soll, dann kommen auch alle anderen Länder.

Herr Steinbrück, Sie hören diese Prophezeiungen, die sich dann selber erfüllen, ja nicht so gern. Aber leider stimmt fast immer, was wir vorhersagen. Und ich sage Ihnen, dass Sie das Geld nicht bekommen werden - für dieses Projekt nicht. Sie wissen, beim Metrorapid standen wir Seite an Seite. Dort hätte ich es auch verstanden, dass der Bund ein innovatives Projekt fördert und dafür extra Geld ausklinkt. In diesem Fall werden Sie nichts bekommen. Sie werden auch an dieser Stelle wieder, wie Sie es nennen, Simsalabim-Politik machen: Großes Ankündigen, und am Ende kommt nichts dabei heraus.

Sie haben die Kommunalfinanzen angesprochen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer hat denn nun an dieser Stelle eine grundlegende Reform verhindert, die die Abschaffung der Gewerbesteuer und endlich einen eigenverantwortlichen Ersatz in den Kommunen durch ein eigenes Hebesatzrecht auf Einkommen- und Körperschaftsteuer vorsieht? Das waren doch zuvorderst die Rot-Grünen, die unseligerweise im Verbund mit den kommunalen Spitzenverbänden die richtige Reform verhindert haben.

Und was kommt jetzt? - Jetzt kommt Herr Wittke von der CDU als Oberbürgermeister und sagt: Das war eigentlich falsch. Der Landkreistag hat es schon lange gesagt.

Natürlich müssen wir uns bewegen. Die CDU-Landtagsfraktion hat das dankenswerterweise auch unterstützt. Aber das hat im Bund keine Mehrheiten gefunden.

Meine Damen und Herren, die Kommunalfinanzpolitik der SPD läuft immer nur nach dem Motto: linke Tasche, rechte Tasche. Da werden im allgemeinen Haushalt Zuwendungen gekürzt. Man sagt: Im GFG müsst ihr das Geld so und so ausgeben. Und dann hat man den Kommunen geholfen.

Ja, wenn ich die Extragelder für den Sport streiche und sage: "Das muss aus dem GFG bezahlt werden", dann zahlen die Kommunen die Ge-

schicke selber, meine Damen und Herren. Das ist die Finanzpolitik von Rot-Grün.

(Beifall bei der FDP)

Hier wird niemand in irgendeiner Weise bevorteilt. In Wahrheit werden Gelder abgezogen. Dass Finanzkonzepte, die so aussehen, dass für ein Jahr Gelder gestundet und im nächsten Jahr zurückgezahlt werden müssen, eine nachhaltige Verbesserung der Kommunalfinanzsituation bringen, kann ich beim besten Willen nicht erkennen.

Ich kann vielmehr nur eines erkennen, nämlich dass Sie die Belastungen, die Sie seit Jahren - man muss schon sagen: seit einem Jahrzehnt - bei der Asylbewerberunterstützung festschreiben, immer weiter fortschreiben. Die sind in jedem GFG enthalten. Die Kommunen bekommen nicht mehr. Sie erhalten in Wahrheit ständig weniger.

Auch in der Innenpolitik haben wir einen weit gehenden Stillstand der Reformpflege. Was ist mit der Polizei, Herr Moron? Ich höre immer: Da muss etwas passieren. Wir wollen das. - Wir haben immer wieder gesagt: Es muss sich etwas bewegen. Sie verschieben die Reformen auf den Sankt Nimmerleinstag. Man hört: Vor 2005 soll sich nichts bewegen.

Meine Damen und Herren, Liberale wollen einen sicheren Staat. Sie wollen aber auch einen effizienten Staat. Wir wollen Polizei auf der Straße und auch an den Kriminalfällen unmittelbar arbeiten sehen und nicht in Verwaltungsstäben ihre Arbeit verrichten lassen. Dort sind sie fehl am Platze. Das ist eine Verschwendung von Ressourcen.

Deswegen fordern wir Sie auf, endlich ernst zu machen mit einer Polizeistrukturreform. Wir jedenfalls sind da ganz an der Spitze dabei.

(Beifall bei der FDP)

Noch ein Stichwort zu dem, was Sie zum Schluss gesagt haben, Herr Moron, zur Sozialpolitik: Das ist natürlich fantastisch, wenn die rot-grünen Fraktionen die Kürzungen partiell zurücknehmen und dann den Leuten draußen sagen: Wir haben für euch heftig gekämpft. - Die Frage ist doch, ob die Kürzungen insgesamt richtig sind, z. B. im Bereich von Prävention. Es ist geradezu irre, wenn man im Jugendlichen-Präventionsbereich die Gelder kürzt und sich hinterher darüber wundert, dass man Sozialfälle produziert.

An dieser Stelle ist die Prioritätensetzung falsch. Das gilt auch in einigen anderen Bereichen, die wir vorhin angesprochen haben, wenn es um Bildung geht, um Schulbildung, um die Volkshoch-

schule. Auch hier gehen Sie wie überall in Kürzungen hinein, weil Sie sich nicht an die großen Brocken herantrauen.

Wir haben Ihnen einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem wir unsere Perspektiven aufgezeigt haben. Ein regelrechtes Haushaltsberatungsverfahren - ich erwähnte es schon - konnte ja nicht so ganz stattfinden. Dennoch haben wir eine ganze Reihe von Änderungsanträgen vorgelegt und auch abgestimmt. Erwartungsgemäß sind die von Ihnen nicht mitgetragen worden. Wir lassen deshalb heute noch einmal zur Klarstellung einige dieser Punkte zur Abstimmung stellen.

Dieser Doppelhaushalt sichert jedenfalls eines, meine Damen und Herren. Er sichert den baldigen Politikwechsel in diesem Land bei der Landtagswahl 2005.

(Beifall bei der FDP)

Herr Moron, mit Ihren Äußerungen haben Sie schon zu verstehen gegeben, dass Sie selber nicht mehr an den Sieg in 2005 glauben.

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

Sie haben der CDU quasi schon zum Wahlsieg gratuliert.

Das ist bei den obwaltenden Umfragen - die sind noch keine Wahlergebnisse, was wir alle wissen - auch ein bisschen Pfeifen im Walde. Die Dinge sind klar: Wir Liberale sind gefordert, Verantwortung zu übernehmen. Wir sind bereit dazu und werden das bei der Landtagswahl 2005 auch tun. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der FDP - Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Wolf. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Herrn Moron ganz anders verstanden als der Kollege Wolf.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das liegt offensichtlich an Erkenntnis und Interesse. Es wird aber sicher noch die eine oder andere Debatte ins Land gehen, bei der wir solche unterschiedlichen Wahrnehmungen austauschen können.

Um es gleich vorweg zu sagen, meine Damen und Herren: Natürlich hält meine Fraktion diesen Landeshaushalt, den wir heute für die Jahre 2004

und 2005 verabschieden, für verfassungsfest. Wenn wir uns da nicht sicher wären, würden wir ihn hier und heute nicht verabschieden. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass das Parlament nach bestem Wissen und Gewissen Beschlüsse fasst, die im Rahmen der Verfassung unseres Landes stehen.

Dies tun wir nach nochmaliger Abwägung und in Kenntnis sowohl des Gutachtens von Prof. Birk, das die CDU in Auftrag gegeben hat, als auch von Prof. Siekmann. Prof. Birk bewertet den Haushalt als verfassungswidrig, Prof. Siekmann als verfassungsgemäß. Das heißt, wie das oft so ist: zwei Juristen - drei Meinungen. Die Politik muss sich also entscheiden. Dafür wurden wir gewählt.

Ich will den Begründungszusammenhang noch einmal kurz und ganz nüchtern umreißen: Unser Land befindet sich seit Jahren in einer Phase der wirtschaftlichen Stagnation - verbunden mit anhaltend hoher Erwerbslosigkeit. Dies hat schon in den vergangenen Jahren zu erheblichen Konsolidierungsmaßnahmen, aber auch zu hoher Verschuldung der öffentlichen Haushalte geführt.

Im letzten Jahr hat die Bundesregierung endlich strukturelle Reformen - nicht zuletzt zur Belebung des Arbeitsmarktes - auf den Weg gebracht und dies zur zusätzlichen Konjunkturbelebung um das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform ergänzt. Dieser Logik hat sich die Koalition in NRW angeschlossen und folgerichtig im Geleitzug in NRW mit dem Bund und vielen anderen Bundesländern seinen Haushalt zur Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts mit mehr Schulden finanziert, als dies die Landesverfassung vorsieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, meine Damen und Herren, die Möglichkeit, das so zu tun, sieht unsere Landesverfassung eben ausdrücklich auch vor. Was für das Land recht ist, kann für die Kommunen nicht billig sein; das war von Anfang an der Leitsatz meiner Fraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darum begrüßen wir es, dass die entstehenden Steuerausfälle den Kommunen kreditiert werden. Nur so können wir gewährleisten, dass in dem entscheidenden Jahr 2004 der wirtschaftliche Aufschwung durch notwendige Investitionen in den Kommunen vorgebracht wird. Im Übrigen verweise ich auf den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen, der diesen Begründungszusammenhang, nämlich warum wir uns so entschieden haben, noch einmal ausführlich darlegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, aber geht es der CDU bei der Auseinandersetzung, die sie mit der Vorlage ihres Gutachtens in der vergangenen Woche ausgelöst hat, im Kern um eine juristische Frage? - Nein. Man muss hier wie bei jeder Entscheidung Ziele und Risiken abwägen und begründet handeln. Das haben wir getan.

Aber das Gutachten von Prof. Birk steht ja nicht im luftleeren Raum. Es hat auch eine Vor- und Nebengeschichte. Diese möchte ich noch einmal näher beleuchten, denn das lohnt sich. Wenn ich mir vor Augen führe, was sich die Union in den letzten Wochen und Monaten vor allem in der bundesweiten Steuerdebatte geleistet hat und mit welcher Arroganz Sie heute hier den Saubermann geben, könnte man glauben, als habe die CDU mit nichts etwas zu tun, als habe die CDU keine Entscheidung mitgetragen, als habe die CDU für nichts Verantwortung. Da kann ich nur sagen: Ihre Politik ist eine Politik der organisierten Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie predigen hier Konstruktion und betreiben gleichzeitig Destruktion auf allen Ebenen. Die Macht fest im Blick - erst die Partei, und das Land kommt sehr viel später, wenn überhaupt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie war die Lage? - Die rot-grüne Bundesregierung hatte endlich eine ganze Reihe von Vorschlägen für einen wirklich radikalen Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen vorgelegt. Das war ein beabsichtigter Abbau, ohne den sich dieses Land die Senkung von Steuertarifen nicht leisten kann. Das wissen auch Sie ganz genau.

Nachdem Friedrich Merz einen Reformvorschlag vorgelegt hatte, der sogar noch radikaler war, und nachdem die CDU diesen Vorschlag zum Programm erhoben hatte - ich betone: danach, nicht davor -, scheiterte ein umfassender Subventionsabbau im Bundesrat an der Blockade der CDU, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist die Konsequenz? - Allein durch die Eigenheimzulage fehlen Bund, Ländern und Gemeinden dauerhaft jährlich immer noch rund 7 bis 8 Milliarden €. Für unseren Landeshaushalt sind das 700 bis 800 Millionen €. Herr Rüttgers, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen geben also auch weiterhin erheblich mehr Geld dafür aus, ein paar tausend Bau-

willigen ihr Eigenheim zu subventionieren, als für sämtliche freiwillige Förderprogramme des Landes Nordrhein-Westfalens zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist es zynisch, wenn Sie hier einzelne Kürzungen beklagen. Das ist deshalb zynisch, weil Sie dazu beitragen, dass wir gezwungen sind, solche Kürzungen vorzunehmen. Deswegen ist das zynisch.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Die Mittel für die freiwilligen Förderprogramme für Kultur- und Sport, Jugendhilfe, Beratungsstellen, Frauenhäuser und Wirtschaft und gegebenenfalls noch mehr könnten wir mehr zur Verfügung haben. Warum ist es jedoch anders, Herr Rüttgers? - Es ist deshalb anders, weil Sie und Ihre Leute die Abschaffung dieser ökonomisch wie ökologisch schädlichen Subventionen bis heute blockieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Tradition Ihrer Politik steht im Übrigen: Nie gab es mehr Subventionen und Steuerschlupflöcher als am Ende der letzten CDU/FDP-Bundesregierung. Jeder Kompromiss, den die rot-grüne Bundesregierung im Bundesrat mit der Union eingehen musste, damit sich überhaupt etwas bewegt, ging ausnahmslos immer zulasten der öffentlichen Haushalte, also auch zulasten des Landeshaushalts in Nordrhein-Westfalen.

Was machen Sie? Übernehmen Sie dafür die Verantwortung, so wie wir für das, was wir entscheiden, Verantwortung übernehmen? Sagen Sie den Leuten, wo Sie überall kürzen und streichen würden? - Weit gefehlt: Sie stehlen sich davon. Sie machen sich einen schlanken Fuß. Sie beklagen die Kürzungen, die wir verantworten müssen. Sie reden den Betroffenen nach dem Mund und versprechen allen alles. In den Ausschüssen kommen im Prinzip keine Vorschläge. Eine Ausnahme bildet lediglich der Verkehrsausschuss. Herr Hardt ist leider nicht da. Ich lobe ihn hier aber trotzdem ausdrücklich öffentlich. Denn er hat als Einziger im Verkehrsausschuss etwas vorgelegt. Ansonsten gab es nur Fehlanzeige.

Bei den positiven Veränderungen, die die Koalition eingebracht hat, haben Sie immer schön mitgestimmt. Dies taten Sie, obwohl der Haushalt angeblich noch gar nicht beratungsfähig war.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Bei den Kürzungen hingegen haben Sie nicht mitgestimmt. Das ist eine Doppelmoral.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Inkonsequentes Verhalten nennt man das!)

Alle relevanten Sparvorschläge, die Sie im Haushalts- und Finanzausschuss nach mehr als dreimonatiger Beratungszeit endlich auf den Tisch legen, sind nichts als reine Luftnummern. Ihre Politik ist, wie sie immer war, Herr Rüttgers: allen wohl und keinem weh. Dabei macht doch auch Gegen-den-Strom-Schwimmen stark, Herr Rüttgers.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Rüttgers, diese Debatte bei der dritten Lesung des Landeshaushalts sollte die Stunde des Parlaments sein, in der um das bessere politische Konzept für NRW und die besseren politischen Ideen gerungen wird. Was aber machen Sie? - Sie verstecken sich letztlich hinter Gutachten. Sie verstecken sich hinter Juristen, und möglicherweise werden Sie sich auch wieder hinter dem Landesverfassungsgerichtshof verstecken.

Nichts gegen juristischen Sachverstand - auch den brauchen wir ab und an. Aber bei uns folgt dann Politik, nicht aber die Eröffnung von Nebenkriegsschauplätzen. Es ist nämlich durchsichtig, was Sie beabsichtigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, was meiner Meinung nach passieren wird: Die CDU klagt jetzt nicht.

(Edith Müller [GRÜNE]: Genau!)

Sie will nämlich selber keine abschließende Klärung des Gerichts vor der Kommunalwahl.

(Beifall bei den GRÜNEN - Edith Müller [GRÜNE]: Sehr durchsichtig!)

Sie verschanzt sich hinter noch zu klärenden Einzelfragen, die man noch genauer herausarbeiten will, und wedelt immer mit dem Fähnchen "Verfassungsbruch".

(Zuruf von den GRÜNEN: Heiße Luft ist das! Geht doch jetzt zum Gericht!)

Dann, in der Hochphase des Landtagswahlkampfes, wird die Klage eingereicht,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Da geht jetzt zum Gericht!)

damit die Entscheidung erst nach der Landtagswahl auf dem Tisch liegt. Genau so, schätze ich, wird es kommen. Sie können ja heute sagen, dass es anders sein wird. Dann haben Sie einen gut, Herr Rüttgers.

Warum dieses Szenario? - Ganz einfach, meine Damen und Herren: So braucht die CDU weitere anderthalb Jahre nicht zu sagen, wie sie es machen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das, was wir seit Jahren von Ihnen einfordern, bleiben Sie weiterhin schuldig. Hier, hier im Parlament, ist der Ort der Auseinandersetzung. Hier müssten Sie eigentlich Farbe bekennen, damit die Menschen endlich wissen, woran sie bei Ihnen sind. Wie nennt man das? Das ist Drückebergerei, das ist Sich-einen-schlanken-Fuß-Machen, das ist das Gegenteil von Farbe-Bekennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Merkel hat vor einiger Zeit die Linie der CDU lauthals verkündet: erst das Land, dann die Partei. - Die Wirklichkeit ist jedoch das glatte Gegenteil davon. Ich wiederhole es: Ihre Politik ist eine Politik der organisierten Destruktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit ihrer Blockademehrheit im Bundesrat verhindert die CDU in allen Bereichen die Reformen, die wir dringend brauchen. Dann stellen Sie sich landauf, landab hin und beklagen den Reformstau, und zwar durchgängig: ob in der Gesundheitspolitik, der Wirtschaftspolitik oder der Einwanderungspolitik - überall das gleiche miese Spiel. Wir müssen dann alle den Kopf dafür halten, was Sie zum Teil verbockt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Landeshaushalt spielt sich ja nicht im luftleeren Raum ab, meine Damen und Herren. Er ist massiv negativ beeinflusst von der nach wie vor mehr als problematischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in ganz Deutschland. Deswegen will und kann ich Ihnen auch diesen Gesamtzusammenhang nicht ersparen, Herr Rüttgers, denn da tragen Sie mit Ihrer Bundesratsmehrheit ein ganz gehöriges Maß an Mitverantwortung.

Erstes Beispiel: die Gesundheitsreform: Es war die Weigerung Ihrer Leute, Herr Rüttgers, die dazu geführt hat, dass von dieser Reform leider nur ein Fragment übrig geblieben ist,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

ein Fragment, das zwar die Lohnnebenkosten halbwegs stabilisiert hat, allerdings geht das voll und ausschließlich auf Kosten der Patientinnen und Patienten. Mehr Wettbewerb auf dem Gesundheitsmarkt, der wirklich zu Kostensenkung führt - gescheitert, Herr Rüttgers, an der Blockade

der CDU! Mehr Wettbewerb auf dem Arzneimittelmarkt, der endlich zur Senkung der völlig überzogenen Arzneimittelpreise in Deutschland führt - gescheitert, Herr Rüttgers, an Ihrer Blockade! Mehr Wettbewerb bei den Apotheken - gescheitert vor allem an der Gewerkschaft der Apotheker, der FDP also!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweites Beispiel: die Gemeindefinanzreform. Ihrer Blockademehrheit im Bundesrat haben es die Städte und Gemeinden in Deutschland zu verdanken, dass sie finanziell immer noch mit dem Rücken an der Wand stehen. Ihre eigenen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister haben Sie aufgefordert: Stimmen Sie der Gemeindefinanzreform zu! - Von wegen „erst das Land, dann die Partei“!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die rot-grüne Reform - gescheitert an der CDU! Sollen die Städte und Gemeinden sehen, wo sie bleiben. Dabei brauchen die Menschen in NRW, nicht zuletzt aber auch die Wirtschaft in NRW endlich wieder Kommunen, die die notwendigen Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Kinderbetreuung auch finanzieren können.

Drittes Beispiel: das Einwanderungsgesetz. Seit Jahren weigern Sie sich, endlich einer gesetzlichen Steuerung der Einwanderung zuzustimmen, die Flüchtlinge schützt, die Einwanderung da ermöglicht, wo unser Land sie braucht, und die endlich die Aufgabenverteilung in der Integrationspolitik zwischen Bund, Ländern und Kommunen klärt. Alle, aber wirklich alle gesellschaftlichen Gruppen, nicht nur Gewerkschaften, Sozialverbände und Kirchen, nein, auch sämtliche Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, alle haben gesagt: Das rot-grüne Einwanderungsgesetz ist vernünftig und für die Entwicklung des Landes von immenser Bedeutung. - Doch Sie, Sie von der Union, Sie blockieren, was das Zeug hält, und halten immer noch an der Abschottungspolitik der 80er-Jahre fest - auf dem Rücken der Menschen, die unsere Hilfe brauchen, und zum Schaden der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Politik ist das aktive Gestalten der Lebenszusammenhänge in unserem Land. Das erwarten die Menschen zu Recht von uns: sagen, wie die Dinge liegen, auch schonungslos, sagen, was verändert werden muss, weil kein Weg daran vorbeiführt, und sagen, was jeden Einzelnen erwartet, und dann in Kenntnis

dieser Dinge so handeln, wie man es angekündigt hat, offen und ehrlich sein, zu Entscheidungen und Überzeugungen stehen. Nur das verdient Vertrauen, und ich bin überzeugt, nur das schafft auf Dauer auch Vertrauen.

Die Menschen in unserem Land erwarten von der Politik zu Recht, dass sie ihren Beitrag dazu leisten: damit das Land für die anstehende Modernisierung richtig gerüstet ist, damit die Menschen vor Gefahren wirksam geschützt werden, damit das Land lebenswert gestaltet wird. Unsere Politik erfüllt diesen Anspruch. Sie ist nachhaltig und damit auf Dauer tragfähig.

Meine Damen und Herren, die Koalition hat im vergangenen Jahr im „Düsseldorfer Signal“ offen auf den Tisch gelegt, welches Arbeitsprogramm sie bis zur Wahl im kommenden Jahr noch leisten wird. Die CDU allerdings ist mit ihren Petersberger Beschlüssen und dem Neuaufguss von gestern Abend, dem so genannten Zukunftsprogramm für NRW, alle, aber auch wirklich alle Antworten schuldig geblieben. Sie als CDU geben keine konkrete und vor allem keine in sich stimmige und passende Antwort auf die Frage, wie der Strukturwandel in NRW erfolgreich gestaltet werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen nichts über den Abbau von Bürokratie, die unsere Schulen behindert. Sie haben keinerlei Vorschläge, wie wir unseren Schülerinnen und Schülern endlich durch bessere individuelle Förderung zu mehr Leistung verhelfen können. Sie sagen nichts dazu, wie Sie den öffentlichen Nahverkehr in NRW attraktiver machen und ausbauen wollen. Sie sagen nichts dazu, wie Sie die Lebensqualität der Menschen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, in unseren Städten verbessern wollen. Sie haben offensichtlich keinen Schimmer, wie Sie das Ausbluten der Innenstädte insbesondere im Ruhrgebiet stoppen wollen. Kunst und Kultur kommen in Ihrem Modernisierungsprogramm überhaupt nicht vor. Und ökologische Modernisierung, ein Markenzeichen Nordrhein-Westfalens, Ökoeffizienz, erneuerbare Energie und Spitzentechnologie à la NRW - überall nur ein großes schwarzes Loch!

Eigentlich könnte uns das ja egal sein. Wir könnten mit den Achseln zucken und sagen: Es ist halt so. Die haben nichts zu sagen. Die haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt. - Aber wir sind an einer Weiterentwicklung des Landes interessiert. Da wäre eine qualifizierte Auseinandersetzung mit einer Opposition, die ihren Verfassungsauftrag ernst nimmt, eine ernsthafte Diskussion über ihre

Gegenentwürfe wichtig. Schließlich lässt sich Neues auch und gerade im Widerstreit entwickeln. Da jedoch sind Sie - leider! - ein Totalausfall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Rüttgers, sowohl Ihre praktische Politik hier im Parlament als auch Ihr Programm, beides sind beredete Zeugnisse Ihrer Regierungsunfähigkeit. Das gilt für Sie, und das gilt für die FDP umso mehr.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Das tut mir jetzt aber Leid!)

Herr Wolf, Sie halten Ihre Wählerinnen und Wähler offensichtlich für verblödet.

(Zuruf von Dr. Ingo Wolf [FDP])

Anders kann ich Ihre Vorschläge wirklich nicht interpretieren. In aller Kürze nur so viel - denn es lohnt sich wirklich nicht, mehr als zwei Sätze über Sie zu verlieren -:

(Manfred Palmen [CDU]: Über Sie nur einen!)

Ihr Antrag, mal eben heute, jetzt und sofort sämtliche Steinkohlesubventionen zu streichen, ist doch offensichtlich auf dem gleichen Niveau wie die Dummheiten von abgehalfterten Schlagern im Dschungel. "Holt die hier raus" kann ich da nur sagen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Edgar Moron [SPD]: Lasst sie doch drin!)

Kurzes Fazit Ihres Entschließungsantrages von gestern: Kohle und Umwelt weg, alles andere soll so bleiben, wie es ist. Etatismus pur, von Liberalismus keine Spur.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Ingo Wolf [FDP]: Alles Pharisäer! - Weitere Zurufe von der FDP)

- Keine Sorge, ich komme noch auf die Steinkohle. Herr Priggen hat Ihnen das doch nie anders erzählt, als ich es gerade hier tue.

Ich will noch einmal auf einen Punkt, der sich in beiden Anträgen findet, eingehen. Da steht vollmundig abstrakt: "Überprüfung aller Leistungsgesetze des Landes".

(Edith Müller [GRÜNE]: Bravo!)

Das hatten wir uns auch vorgenommen. Dann haben wir in der Koalition gesessen und sind die sieben bis neun Gesetze durchgegangen: Abgeordnetengesetz, Weiterbildungsgesetz, Ersatzschulfinanzierungsgesetz, Unterhaltsvorschussgesetz, Gemeindefinanzierungsgesetz. So viele

gibt es da nämlich gar nicht. Immer, wenn wir einen konkreten Baustein aus diesen Gesetzen zur Erarbeitung von Einsparmaßnahmen vorgetragen haben, waren Sie dagegen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Also: nicht abstrakt, konkret kommt es darauf an.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Wenn ihr nicht regieren wollt, müsst ihr aufhören!)

Meine Damen und Herren, uns Grünen war von Anfang an klar - das passt jetzt sogar ganz gut auf den Zwischenruf -, dass wir für die kommenden zwei Jahre einen Nothaushalt beraten würden. Daran hat sich auch leider nichts geändert. Aufgrund der weggebrochenen Einnahmen mussten wir in viele Bereichen tief hineinschneiden und Ausgaben kürzen, strecken und streichen. Das war bitter, aber wir haben keine andere Möglichkeit gesehen.

Bei aller Notwendigkeit zu erklären, was nicht mehr geht, gehört aber auch der Blick darauf, was wir weiter tun wollen und tun werden. Für die beiden Jahre 2004 und 2005 stehen nun im Haushalt des Landes jeweils 48,3 Milliarden € zur Verfügung. Wir sollten den Menschen viel mehr erläutern, was wir damit vorhaben. Ich will das an einigen Beispielen tun.

Meine Damen und Herren, wir haben als Grüne und als Koalition in den vergangenen Jahren immer wieder betont, dass gerade die Bildungspolitik im Zentrum unserer Politik steht. Diesen Anspruch lösen wir auch mit diesem Haushalt bei allen Schwierigkeiten ein. Wenn man sich die Gesamtverteilung in diesem Etat ansieht, wenn man sich Steigerungsraten ansieht, wenn man sieht, wo wenig gekürzt wurde, dann stimmt es immer noch: Bildung hat in Nordrhein-Westfalen Priorität. Und das ist gut so. Das ist gut so, weil Investitionen in Bildung Investitionen in die Zukunft sind.

Erstens: Da ist zuallererst die Sicherung der Unterrichtsversorgung. Wir haben den Stufenplan aktualisiert. Steigende Schülerzahlen, höhere Unterrichtsverpflichtung und 1.000 zusätzliche Stellen. Das macht summa summarum Unterricht im Umfang von zusätzlichen 8.100 Stellen in dieser Legislaturperiode. Bei uns in NRW führt die Mehrarbeit eben nicht wie anderswo, z. B. in Hessen, zum Abbau von Stellen, sondern sie bleibt im System.

Zweitens: Ausbau der offenen Ganztagschule im Primarbereich. Ob es Ihnen passt oder nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, das ist ein Erfolgsmodell. Landauf, landab wird es angenommen, und wir werden es ausbauen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Weil es gut und richtig ist, dass wir Jugendhilfe und Schule auf gleicher Augenhöhe zusammenbringen. Weil es gut und richtig ist, dass Schule mehr ist als Unterricht. Weil es gut und richtig ist, außerschulisches Engagement in die Schulen zu holen.

Drittens: Ausbau der Sprachförderung. Hier stehen in den beiden Folgejahren je 7,5 Millionen € zur Verfügung. Damit wird es möglich sein, flächendeckend Sprachdefiziten von deutschen und zugewanderten Kindern im Vorschulbereich zu begegnen, denn wir wissen: Auf den Anfang kommt es an.

Bei dieser Gelegenheit noch ein Wort zu den Ersatzschulen; wir haben das letzte Woche ja ausführlicher diskutiert. Bei aller Betrübnis darüber, dass wir diese Kürzung von 15 Millionen € einmalig vornehmen, möchte ich hier noch einmal die Relationszahlen deutlich machen: Wir haben in beiden Haushaltsjahren immer noch Steigerungen. Wir haben also in beiden Haushaltsjahren eine Ausgabe von fast einer Milliarde € für die privaten Schulen in Nordrhein-Westfalen. Ich denke, das muss man auch sagen,

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Ingo Wolf [FDP]: Die leisten ja auch etwas dafür!)

damit hier niemand meint, wir würden mit dieser Kürzung diese Schulen gefährden oder erreichen wollen, dass diese Schulen ihre Arbeit einstellen. Das ist ausdrücklich nicht der Fall; es ist ein einmaliger Beitrag.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das sehen die Schulen aber anders!)

Meine Damen und Herren, bei all den genannten Punkten ging es um Geld, viel Geld. Bei den schon eingeleiteten und noch anstehenden Reformen im Bildungsbereich geht es aber beileibe nicht immer um mehr Geld, sondern auch um einen effizienten Einsatz von Geld. Wir Grünen wollen das Sitzenbleiben reduzieren und das Geld lieber in individuelle Förderung investieren. Wir wollen eine transparente und ortsnahe einheitliche Schulaufsicht mit Beratungs- und Unterstützungsfunktion. Das ist eine zwangsläufige Folge der Selbstständigen Schule, die ebenfalls gut angefallen ist. Deswegen wollen und werden wir diesen Prozess forcieren.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition! Kommen Sie doch, was diese bundesweit deutlich sichtbaren Reformprojekte "Selbstständi-

ge Schule" und "Offener Ganzttag" angeht, von der Zuschauertribüne herunter. Die strukturelle Bildungsreform in NRW hat längst begonnen, während Sie noch in Ihren Instrumentenkasten sortieren und der Ideologie des 19. Jahrhunderts nachhängen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir lassen auch unsere Hochschulen nicht hängen. Trotz der schwierigen Haushaltslage stehen wir zum Qualitätspakt, das heißt, die Hochschulen haben Planungssicherheit und werden zum Teil von den Sparmaßnahmen ausgenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Edith Müller [GRÜNE]: Ja!)

Die erstmals in 2004 anfallenden Einnahmen aus Studiengebühren werden nicht wie in anderen Ländern pauschal, sondern nach einem vernünftigen und innovativen System der Studienkonten, das die Gebührenfreiheit des Erststudiums sichert und damit Chancengleichheit wahrt, erhoben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Helmut Stahl [CDU]: Und wohin geht das?)

Dabei landen die Einnahmen der Gebühren auch nicht wie in anderen Ländern pauschal im Landeshaushalt, sondern sie werden in 2005 zur Hälfte und ab 2006 voll den Hochschulen zugute kommen, und zwar für Projekte zur Verbesserung der Lehre. Und das ist richtig so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich mir in diesen Wochen die Debatten in Berlin, in Bayern, in Baden-Württemberg über die drastischen Kürzungen bei den Hochschulen anhöre, dann - mit Verlaub - muss und möchte ich nachdrücklich unserer Landesregierung und der damaligen Ministerin Gabi Behler zur Initiative für den Qualitätspakt noch einmal ausdrücklich gratulieren. Das war die richtige Initiative zur richtigen Zeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Was haben Sie von der Opposition damals Gift und Galle gespuckt!

Erinnern wir uns auch noch einmal an den Eierkurs in Sachen Studiengebühren. Solange die Studierenden hier protestiert haben, hieß es: Solidarität, Solidarität! Als wir das Studienkontenmodell beschlossen hatten, waren Sie für sofortige allgemeine Studiengebühren. Inzwischen ist Herr Rüttgers, wenn ich die Zeitungsberichte richtig verfolge, für nachgelagerte Studiengebühren. Ein echt klarer Kurs, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren, die ökologische Modernisierung unseres Landes ist und bleibt eine der zentralen Aufgaben der Politik unserer Zeit. Das spiegelt sich z. B. wider in der Fortführung des REN-Programms für die erneuerbaren Energien als auch in der Fortführung des mit 5,5 Millionen € nahezu unveränderten Ansatzes für die Holzabsatzförderrichtlinie.

Mit diesen Programmen besitzt Nordrhein-Westfalen die umfangreichste Förderung erneuerbarer Energien unter allen Bundesländern. Beide Programme erfahren in der Bevölkerung einen enormen Zuspruch und machen ökologische Modernisierung konkret erfahrbar. Außerdem lösen sie Investitionen aus, die um ein Vielfaches über der Förderung liegen.

Die "renewables 2004", die Internationale Konferenz für erneuerbare Energien, im Juni 2004 in Bonn, wird erneut belegen, dass NRW das Energieland Nr. 1 ist, auch und insbesondere bei den erneuerbaren Energien.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Minister Dr. Axel Horstmann: Richtig!)

Hier kann und wird sich NRW als einer der führenden Standorte für diese Technologien präsentieren können.

Herr Rüttgers, ich frage Sie als jemanden, der bei den erneuerbaren Energien insbesondere die Windkraft sehr bekämpft: Wie wollen Sie die Klimaschutzziele erreichen? Oder wollen Sie die Ziele infrage stellen? Sagen Sie, wie Sie es machen wollen!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Zur Steinkohle an dieser Stelle nur so viel: So wie es zurzeit ist, wird es nicht weitergehen können. Es wird zu einer Absenkung der Kohlebeihilfen kommen. Im "Düsseldorfer Signal" haben wir festgelegt, wie hoch diese sein wird. Dieser Ansatz muss durch- und umgesetzt werden. Deshalb ist es gut, dass in den Haushalt ein Sperrvermerk eingestellt worden ist. Einzelheiten klären wir in den nächsten Wochen. Seien Sie versichert: Wir klären das zügig, sinnvoll und sachbezogen, so wie wir als Grüne das in den vergangenen Wochen und Monaten immer sehr erfolgreich getan haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, trotz der angespannten Haushaltslage konnten wichtige Ökoprojekte und -strukturen abgesichert werden. Das gilt z. B. für die Agenda 21, den produktionsintegrierten

Umweltschutz, die Agrarwende, den Verbraucherschutz, den Naturschutz und die Eine-Welt-Politik.

Die Stabsstelle Umweltkriminalität und Korruption wird im Umweltministerium eingerichtet. Wir gehen davon aus, dass sowohl die Stabsstelle wie auch das neue Fachdezernat Korruption und Umweltkriminalität ihre Arbeit in Kürze werden aufnehmen können. Damit wird ein weiterer wichtiger Baustein des "Düsseldorfer Signals" umgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ab Februar 2004 wird in Nordrhein-Westfalen und neun weiteren Bundesländern - u. a. in Baden-Württemberg - ein Wasserentnahmeentgelt erhoben. Das Land erwartet aus diesem Entgelt in den nächsten beiden Jahren erhebliche Einnahmen von etwa 116 Millionen € im Jahr 2004 und 126 Millionen € im Jahr 2005. Das Wasserentnahmeentgelt ist die logische Fortsetzung der Ökologisierung des Finanzsystems. Das bedeutet: Der Preis muss die Umweltkosten berücksichtigen. Alles andere ist eine verdeckte Subvention zu Lasten der Gesellschaft und vor allem der kommenden Generationen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, neben den schmerzhaften Einschnitten beim Personal, auf die vielfach hingewiesen worden ist, hat uns der Entwurf der Landesregierung bezogen auf die so genannten freiwilligen Leistungen, die Förderprogramme, den größten Kummer bereitet, geht es doch dabei um die gesamte Palette der Beratungsstrukturen und -initiativen mit Angeboten für die gesamte Bevölkerung.

Es war richtig, dass die Koalition hier deutliche Korrekturen vorgenommen hat. Deshalb können wir heute sagen: NRW bleibt sozial. Damit folgen wir zum einen einem ganzheitlichen Menschenbild. Kinder und Familien brauchen nicht nur verlässlichen Unterricht und Zugverbindungen, sondern sie brauchen Freizeitangebote aus Kultur und Sport ebenso nötig wie Hilfestellung bei Arbeitslosigkeit, Gewalterfahrungen, Verschuldung oder Lebensmittelskandalen.

Zum anderen wollen wir das große bürgerschaftliche Potenzial, das in diesen vielen, oft kleinen Einrichtungen zusätzlich zu den investierten Mitteln zum Tragen kommt, weiterhin nutzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Ergebnis können wir festhalten: Die wichtigsten Strukturen bleiben erhalten, unvermeidbare

Kürzungen wurden abgemildert. So bleibt z. B. die Arbeitsfähigkeit der Einrichtungen für Frauen und Kinder, die Opfer männlicher Gewalt geworden sind, erhalten. Den 63 landesgeförderten Frauenhäusern werden weiterhin die Mittel für vier Personalstellen zur Verfügung gestellt. Damit tragen wir dem Arbeitsdruck in den Frauenhäusern Rechnung, die vielfach ausgelastet sind und die in erheblichem Ausmaß begleitend und nachgehend Beratung und Unterstützung für die untergebrachten Kinder und Frauen zu leisten haben.

Die effektive Intervention bei Gewalt setzt eine enge Zusammenarbeit von Polizei, Justiz, Jugendamt, Frauen- und Mädchenhäusern, Beratungsstellen, Notrufen, dem Gesundheitsbereich und anderen Institutionen voraus. Nur so hat Gewalt gegen Frauen in jeglicher Form in NRW keine Chance.

Auch in der Jugend- und Familienberatung werden wir einen Modernisierungsprozess einleiten. Wir lockern die Förderrichtlinien, sodass die Träger besser mit dem Geld wirtschaften können. Wir werden darüber hinaus verstärkt mit Zielvereinbarungen arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Strukturen und präventiven Programme in der Drogen- und Suchthilfe sowie der Behindertenhilfe haben wir gesichert. In der Flüchtlingspolitik hat Rot-Grün ebenfalls Wort gehalten und die Betreuung in den Abschiebehaftanstalten und die Arbeit der Beratungsstellen gesichert.

Zur Weiterentwicklung der Förderrichtlinien und der bestimmten Politikfelder verweise ich auf die Entschließungsanträge, die deutlich machen sollen, wohin wir mit zum Teil knapper werdenden Mitteln gehen wollen und wie wir die weitere Arbeit in diesen Bereichen ausgestalten, wie wir dahin kommen, diese Strukturen zukunftsfest zu machen, damit wir nicht bei zukünftigen Haushaltsberatungen immer wieder vor den gleichen Problemen stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt auf das Thema Mobilität - einer der Bereiche, mit denen jeder und jede wie fast jeden Tag zu tun hat - zu sprechen kommen: Die rot-grüne Koalition steht auch in der Zukunft für eine Vorrangpolitik von Bussen und Bahnen. Mit rund 1,5 Milliarden € sichern wir Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, die Bestellung neuer, moderner Fahrzeuge und die Finanzierung der Verkehrsangebote für die Bürgerinnen und Bürger des Landes.

Wir haben den Ansatz für den Radwegebau an Landesstraßen gehalten. Nicht zuletzt halten wir auch die Investitionen für die privaten Eisenbahnen auf hohem Niveau. Damit wird der Wettbewerb auf der Schiene gezielt ausgebaut und vor allem mehr Güterverkehr auf die Schiene verlagert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist auch eine wichtige Botschaft an Investoren und die Bauwirtschaft. Die Rahmenbedingungen für deren Engagement bleiben verlässlich. Mit der Förderung von 13.500 Wohnungen werden wir den öffentlichen Wohnungsbau auf hohem Niveau fortführen und dabei für ältere, pflegebedürftige Menschen oder behinderte Menschen mit Betreuungsbedarf neue und innovative Wohnangebote schaffen, weg von anonymen großen Heimen hin zu flexiblen Wohnmodellen, die die individuellen Wünsche der alten Menschen berücksichtigen.

Die Städtebauförderung ist ein bedeutendes struktur- und wirtschaftspolitisches Instrument und für viele Kommunen die einzige Möglichkeit, dringend notwendige Strukturmaßnahmen anzupacken und in einem angemessenen zeitlichen Rahmen umzusetzen. Mit dem Programmvolumen lösen wir für 2004 und 2005 ein investives Gesamtvolumen von rund 2,6 Milliarden € aus.

Die Städtebauförderung mit ihren vielfältigen Einzelprogrammen von der "Sozialen Stadt" über "Initiative ergreifen" bis hin zu den "Regionalen" ist eine hervorragende Antwort auf die Herausforderungen, die die Städte und Regionen in Nordrhein-Westfalen zu bewältigen haben. Das werden Ihnen im Übrigen auch die schwarzen Bürgermeister bestätigen.

(Minister Dr. Michael Vesper: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren, unser Bundespräsident Johannes Rau hat zu Recht gesagt:

"Kultur ist nicht die Sahne auf dem Kuchen.
Kultur ist die Hefe im Teig."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb unterstützt meine Fraktion ausdrücklich die erfolgreiche und hochwertige Arbeit der Filmstiftung NRW und des nun dort integrierten Filmbüros. Spannende Dokumentarfilme, aber auch Publikumsrenner wie "Good bye, Lenin!" oder "Das Wunder von Bern" sind echte NRW-Förder-Highlights und unterstreichen die Bedeutung des Film- und Fernsehlandes Nordrhein-Westfalen als herausragenden Medienstandort im westlichen Europa.

(Beifall bei GRÜNEN, SPD und CDU)

Ich merke, dass es für dieses Anliegen letztlich in allen Fraktionen Anhänger gibt.

Das Fundament bildet eine engagierte Kulturpolitik, die ein wichtiger Bestandteil unserer Politik für Nordrhein-Westfalen ist.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Und darüber hinaus!)

Wir werden die Förderung der kommunalen Theater, Orchester und Musikschulen in das GFG übertragen und damit langfristig absichern. Dafür wird die Förderung der Landestheater künftig aus Mitteln des Kulturretats bestritten. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam mit Trägern und Nutzern eine langfristig tragfähige Perspektive für diese wichtigen Institutionen finden. Das gilt auch für die Landesorchester.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Prioritäten setzen wir dort, wo sich Kulturpolitik gesellschaftspolitischen Herausforderungen stellt. Dazu gehört die Begegnung von Kindern und Jugendlichen mit Kunst und Kultur ebenso wie die Förderung ihrer eigenen Kreativität. Dieser Schwerpunkt, der sich durch alle Sparten zieht, wird auch im kommenden Jahr fortgesetzt. Denn - wie wir wissen - Bildung ist weit mehr als Schule, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Freie Träger und Netzwerke sind hier oft besonders aktiv. Die freie Szene, die häufig in schwierigen Verhältnissen ausgezeichnete Arbeit leistet, werden wir daher auch zukünftig mit allen Kräften unterstützen.

Auch die vermittelnden Strukturen wie z. B. die Kultursekretariate werden trotz Kürzungen ihre für die freie Szene wichtige Beratungs- und Koordinationsarbeit fortsetzen können. So bleiben für die Breite der Kulturförderung in Nordrhein-Westfalen die wichtigen Strukturen gewahrt. Denn wir wissen - dies gilt nicht nur für die Kultur, aber auch dort -: Nur Breitenförderung macht Spitzenförderung möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN - Edith Müller [GRÜNE]: Genau!)

Nicht zuletzt deshalb hat die RuhrTriennale eine besonders erfolgreiche zweite Spielzeit im Jahr 2003 absolviert. Und in keinem Stadttheater werden Sie ein jüngeres Publikum finden als in der Triennale. Insofern hat die Förderung Ausstrahlung auf die gesamte Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Edith Müller [GRÜNE]: Bis nach Köln!)

Dieses Festival kann sich bereits im zweiten Jahr mit allen großen europäischen Festivals messen.

(Manfred Palmen [CDU]: Es gibt aber noch andere!)

Die nationale und internationale Aufmerksamkeit, die das Ruhrgebiet durch diese künstlerische Profilierung erfährt, ist so groß wie nie zuvor und führt zu einer neuen, positiven Wahrnehmung der Region. Natürlich findet auch hier eine Kürzung statt. Aber wir sollten trotzdem anerkennen, was wir mit bestimmten Mitteln für Nordrhein-Westfalen erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Edith Müller [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Zwei Stichworte möchte ich aus dem Bereich der Wirtschaftspolitik aufgreifen. Da ist zum einen die Meistergründungsprämie; die Kollegen haben sie schon angesprochen. Wir werden dieses Erfolgsmodell - wenn auch leider mit reduzierter Prämienhöhe - in seiner Kernsubstanz erhalten. Die jetzt eingestellte Summe ist ausreichend, um voraussichtlich alle Alt- und Neuansträge abdecken zu können. Die Anreizfunktion, die mit der Meistergründungsprämie gewollt ist, bleibt erhalten; das ist aus unserer Sicht der entscheidende Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum anderen möchte ich auf eine Innovation trotz knapper Kassen hinweisen, nämlich auf das Finanzierungspaket, das das Land einzelnen Gewerbetreibenden, Angehörigen von freien Berufen und mittelständischen Unternehmen über das Programm "Gründungs- und Wachstumsfinanzierung" in Kooperation mit dem Bund und der KfW zur Verfügung stellt. Es ist ein Finanzierungspaket aus Nachrangdarlehen und Haftungsfreistellungen, das hilft, die Eigenkapitalbasis mittelständischer Unternehmen zu stärken, und das zu einer Blaupause für andere Bundesländer - z. B. für Baden-Württemberg, Hessen oder Thüringen - geworden ist.

Meine Damen und Herren, während Sie sich den Haushaltsberatungen weitgehend verweigert und den Protesten im Land wohlfeil angeschlossen haben, haben wir uns dem Konsolidierungsdruck gestellt,

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Wir sind beeindruckt!)

und zwar mit allen Konsequenzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gespart und sind dabei bis an die Grenze des Machbaren gegangen. Wir haben große Demonstrationen vor diesem Hause erlebt. Immer wieder haben wir zwischen all den wichtigen - oftmals divergierenden - politischen Zielen abwägen müssen: der finanziellen Nachhaltigkeit, den bildungspolitischen Notwendigkeiten, der sozialen Gerechtigkeit.

Immer wieder haben wir uns gefragt, was in diesen Zeichen das Richtige ist, was Vorrang haben soll und wo wir jetzt etwas verändern müssen und können.

In diesem Ringen haben wir ein finanzpolitisches Ziel nicht erreicht, nämlich die Nettokreditaufnahme auf unter 2,5 Milliarden € zu drücken. Das bedauern wir sehr. Aber wir haben heute keine wirkliche Alternative dazu. Dass Sie als Opposition auch keine Alternative haben, zeigen Ihre Deckungsvorschläge, die allesamt nicht greifen und vor allen Dingen nicht so kurzfristig greifen würden, wie wir es bräuchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt sind die sofort zu realisierenden Konsolidierungsmaßnahmen erschöpft. Wir sind nicht bereit - und Sie offensichtlich auch nicht -, für die Menschen in unserem Land wichtige Einrichtungen und Strukturen zu zerschlagen. Deshalb bleiben für die Zukunft nur noch strukturelle Maßnahmen wie eine radikale Reform des öffentlichen Dienstes, bei der Sie sich hoffentlich nicht verweigern, Herr Rüttgers.

Solche Maßnahmen greifen aber nicht von heute auf morgen. Das ist doch die Krux. Die Finanzierungslücke, die deshalb bleibt, ist zunächst eben nur durch Schulden zu finanzieren. Wären Sie an unserer Stelle, würden Sie es nicht anders tun.

Meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft steht an einem Wendepunkt. Zum einen fehlt uns das Wachstum, das in der Vergangenheit scheinbar immer wieder all unsere Probleme gelöst hat. Zumindest haben das die meisten von uns viel zu lange geglaubt, und viele glauben das ja immer noch. Aber wir sollten hier für die Zukunft realistischer werden: Wachstumsraten von zwei, drei oder mehr Prozent werden - wenn überhaupt - nur die Ausnahme sein. Und zum anderen stehen wir vor einer schwierigen demographischen Entwicklung. Deshalb müssen wir etwas verändern.

Wir alle sind in den letzten Wochen viel im Land herumgekommen. Ich freue mich über die grundsätzlich große Reformbereitschaft und das große kreative Potenzial in unserem Land, das ich erfah-

ren habe. Alle wissen, dass wir ohne einen Wandel nicht wirklich weiterkommen.

Gleichwohl gibt es ein berechtigtes Bedürfnis nach Stabilität und Sicherheit. Die Menschen wollen wissen, was auf sie zukommt, und das wollen und werden wir ernst nehmen. Den Wandel voranbringen und gleichzeitig Sicherheit geben - das geht nur mit mehr Transparenz und Zeit für den Dialog. Beides sind wichtige Bausteine in der Haushaltspolitik von morgen.

Wir werden nicht mehr wie früher mit einem offenen Geldbeutel durchs Land reisen können, so, wie das leider alle Parteien auf allen politischen Ebenen viel zu lange getan haben. Wir werden vielmehr lernen müssen, qualitativ nach neuen Lösungen zu suchen.

Den Dialog, den wir führen müssen, müssen wir allen gesellschaftlichen Gruppen, mit vielen einzelnen, aber auch mit denen, die uns anrufen, die uns schreiben, also mit den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern und den Institutionen; führen.

Nicht alles ist eine Frage des Geldes: Das heißt aber nicht, dass wir einen Staat wollen, der sich um nichts mehr kümmert. Im Gegenteil: Wir wünschen uns eine Gesellschaft, in der sich Menschen um Menschen kümmern - nicht nur durch Geld, sondern auch mit ihrer Zeit, ihren Erfahrungen und ihren Kontakten.

Lassen Sie es mich so sagen: Wir brauchen nicht nur Ich-AGs, wir brauchen vor allem wieder mehr Wir-AGs.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir werden peu à peu Strukturen verändern. Mit ersten Schritten beginnen wir heute. Ich möchte nur die Stichworte Budgetierung, Kosten- und Leistungsrechnung sowie Controlling und die Bildung eines Versorgungsfonds nennen. Wir verstärken das Instrument der Pauschalierung jetzt mit der Sportpauschale. Dezentralisierung und Autonomie sind wichtige Schritte hin zu weniger Bürokratie, damit das Geld auch da ankommt, wo es wirklich gebraucht wird.

Wir stoßen den Aspekt des Gender-Budgeting an. Im Haushaltsbegleitgesetz ist festgeschrieben ---

(Heinrich Kruse [CDU]: Was ist das? - Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

- Ja, mich freut die Aufmerksamkeit, hören Sie gut zu: Das ist eine nach Geschlechtern differenzierte Folgenabschätzung von Haushaltsentscheidungen im Sinne von nachhaltiger Verwendung der Fördermittel.

(Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

Fifty-fifty fängt im Portemonnaie an. Wir müssen uns fragen lassen, wer wegen Kürzungen im Landeshaushalt besonders wenig im Portemonnaie hat und wo wir als Verantwortliche ausgleichen müssen. Es ist gut, dass uns der Doppelhaushalt für dieses Instrument Zeit gibt. Ich lade alle ein, den Einstieg in das Thema Gender-Budgeting zu wagen. Beim Gender-Mainstreaming hat es ja auch geklappt.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen eine Reform des Föderalismus mit haushaltswirksamen Verbesserungen für unser Land.

An dieser Stelle möchte ich noch kurz auf das Gemeindefinanzierungsgesetz eingehen. In den Städte und Gemeinden, auf der kommunalen Ebene wird Politik konkret erfahrbar. Daher sind die deutlichen Verbesserungen im Gemeindefinanzierungsgesetz auch besonders herauszustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der verfügbare Verbundbetrag steigt im Jahre 2004 um rund 1 Milliarde € an. Für die Schlüsselzuweisung ist insgesamt eine Steigerung von 2,4 % gegenüber 2003 zu verzeichnen. Für das Jahr 2005 konnten die vorgesehenen Kürzungen aufgrund sinkender Steuereinnahmen und der Abrechnung der Kreditierung im Laufe des Beratungsverfahrens abgemildert werden.

Nicht zu vergessen ist aber auch die vorgenommene zusätzliche Erhöhung des Verbundbetrages für die Kommunen in Höhe von 405 Millionen €.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit, meine Damen und Herren, werden die Städte und Gemeinden des Landes ab 2005 um 405 Millionen € von den Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit entlastet. Das Land stellt die Mittel zur Verfügung und setzt damit den Kompromiss des Vermittlungsausschusses konsequent um. Für 2005 rechnen wir mit weiteren positiven Auswirkungen der Reformagenda 2010.

Nutznieser sind vor allem Kommunen, die aufgrund des Strukturwandels eine hohe Arbeitslosenquote haben. Insgesamt kann sich das Gemeindefinanzierungsgesetz sehen lassen. Das Land erweist sich als verlässlicher Partner unserer Gemeinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben unter den schwierigen Bedingungen einen alles in allem guten Haushalt erarbeitet, einen Haushalt, der ausgewogen für die Bedürfnisse von heute und Vorsorge treffend für die Belange von morgen ist. Wir sind darüber hinaus sicher, dass allen Unkenrufen zum Trotz dieser Haushalt verfassungsfest ist. Wir haben uns unserer Aufgabe gestellt. Wir verstecken uns nicht hinter Juristen. Wir arbeiten mit offenem Visier. Das wird sich am Ende auszahlen.

Lassen Sie mich abschließend meiner Fraktion für den solidarischen Prozess, der SPD-Fraktion für die konstruktiven Beratungen

(Beifall bei den GRÜNEN)

und der Landesregierung, insbesondere dem Finanzministerium, für die geleistete Arbeit danken. - Ihnen danke ich, dass Sie mir zugehört haben.

(Anhaltender Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat jetzt Ministerpräsident Steinbrück das Wort.

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Reden von Herrn Moron und von Frau Löhrmann machen mir meinen Debattenbeitrag im Rahmen dieser dritten Lesung nicht leichter, sondern schwerer. Der Grund liegt darin, dass alles Wichtige und Wesentliche von beiden Rednern, wie ich finde - deshalb habe ich zu danken -, gesagt worden ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich höre mit meiner Rede nicht auf. Ich werde mich allerdings auch nicht an 60, 70, 80, 90 Minuten orientieren, wie andere Ministerpräsidenten das gelegentlich tun - ich vielleicht manchmal auch. Im Übrigen juckt es mich auch in den Fingern, im Rahmen einer solchen Debatte selbst einzugreifen.

Mein Hauptvorwurf an Sie, Herr Rüttgers, lautet, dass Sie in einer verantwortungsunfähigen, einer verantwortungsfernen Weise Populismus und Drückebergerei betreiben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie surfen auf der Protestwoge von Demonstrationen. Über die Addition von Zitaten aus den gesellschaftlichen Gruppen und Adressaten, die natürlich darunter leiden, dass wir Fördermittel gestrichen haben, verzerren Sie Ihr eigenes Profil bis zur Unkenntlichkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ja, es ist nicht überraschend, dass die einzelnen Gruppen, die Sie mal mehr, mal weniger zitiert haben, die teilweise zu 25 Personen, teilweise zu 25.000 Personen vor dem Landtag protestieren, etwas gegen unsere Einsparungen haben, dass sie nicht einverstanden sind, dass sie es als schmerzhaft empfinden, dass sie bekümmert sind. Das erstaunt niemanden. Die entscheidende Frage ist doch: Welchen Standpunkt haben Sie zu den entsprechenden Einsparungen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist entscheidend. Dazu müssen Sie etwas liefern. Wenn Sie nicht einmal die Courage und das Rückgrat haben, titelscharf über die gesamte Bandbreite dieses Haushaltes 5 % oder 10 %, gegebenenfalls 15 % einzusparen: Wie wollen Sie für sich Verantwortung für die Finanzpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen in Anspruch nehmen und reklamieren, wenn Sie nicht einmal das können? Und Sie können es nicht.

Denn das, was Sie - darauf komme ich zurück - im Rahmen des Programms gestern vorgelegt haben, ist eine schlichte Flucht aus der Verantwortung. Nichts daran ist konkret.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie reden im Wolkenkuckucksheim bzw. in der Kuschelecke - da, wo es nicht wehtut - sehr abstrakt von Konsolidierung, um anschließend auf das Foto der Demonstration zu kommen. Das ist die Haltung der CDU-Fraktion in der Debatte und in den Auseinandersetzungen der letzten Wochen.

Sie machen der Landesregierung zum Vorwurf, dass die Nettokreditaufnahme zu hoch ist. Ja, darin stimmen wir alle überein: Die Kreditaufnahme ist in der Tat bedenklich. Wir unterliegen aber obwaltenden Bedingungen, aus denen sich diese Landesregierung genauso wenig wie viele andere - auch CDU- und CSU-geführte Landesregierungen - herausmogeln kann.

Es ist aber doppelbödig, uns auf der einen Seite diese Nettokreditaufnahme vorzuwerfen und auf der anderen Seite jedes konkrete Sparvorhaben der Landesregierung einer populistischen Bewertung nach dem Motto "Dies und dies und dies darf nicht sein" auszusetzen. Hinzu kommt, dass Sie keine eigenen Vorschläge vorlegen, wie das Ganze denn anders funktionieren sollte. Das ist zu wenig.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist nicht der Anspruch, der sich mit politischer Verantwortung verbindet. Verantwortung bedeutet, den Menschen konkret zu sagen, dass Entwicklung in Nordrhein-Westfalen auch dann möglich ist und dass die Gesellschaft auch dann zusammengehalten werden kann, wenn die Titel im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen nicht automatisch von Jahr zu Jahr erhöht, sondern gegebenenfalls auch gekürzt werden. Das ist politische Verantwortung.

(Beifall von Gisela Walsken [SPD] und Marc Jan Eumann [SPD])

Das ist Courage. Das ist Rückgrat.

Sie sagen aber: Ich mache es allen Recht; ich Sorge schon dafür, dass es niemandem wehtut; ich versuche, mit Blick auf anstehende Wahlen einen Windfallprofit dadurch zu erreichen, dass ich kaschiere und über die eigentlich notwendigen Entscheidungen hinweggehe. Das ist die Drückbergerei, die ich Ihnen massiv vorwerfe.

Der entscheidende Punkt ist, dass Sie in vielen Fällen auch solche Kürzungen kritisieren, die gar keine absoluten Kürzungen sind, sondern bei denen wir es mit verringerten Zuwächsen zu tun haben. Ein solches Beispiele hat uns in der letzten Woche hier eine, wie ich finde, sehr bemerkenswerte und auch von den Äußerungsformen her durchaus sympathische Demonstration mit nicht weniger als 25.000 Menschen vor Augen geführt.

Ich darf dem Parlament und auch denjenigen, die uns zuhören und zuschauen, aber noch einmal deutlich sagen, um welche Proportion es dabei eigentlich ging. Die freien Schulen in Nordrhein-Westfalen sind im Jahre 2003 mit 939 Millionen € gefördert worden. Das ist pro Schüler gesehen eine Spitzenförderung in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das geht unter. Es gibt noch nicht einmal einen leichten Hinweis aus den Reihen der Opposition nach dem Motto: Donnerwetter!

Diese Förderung verdienen die freien Schulen auch. Sie sind qualitativ sehr gut. Herr Wolf, Sie haben den Verdacht geäußert, das Ganze habe irgendeinen ideologischen Hintergrund und beruhe auf Abwehrreflexen gegenüber den freien Schulen. Sparen Sie sich so etwas; das ist einfach Unsinn.

(Zuruf von Dr. Ingo Wolf [FDP])

Der entscheidende Punkt ist folgender: Dieselben Schulen, die im Jahr 2003 eine Förderung von

939 Millionen € bekommen haben, werden 2005 mit 962 Millionen € gefördert. Das ist eine Steigerung von 23 Millionen €. Die Auseinandersetzung wurde darüber geführt, dass sie nicht 962 Millionen € bekommen sollen, sondern 977 Millionen €. Das ist der konkrete Hintergrund des Protestes.

(Helmut Stahl [CDU]: Hat das etwas mit den Schülern zu tun?)

- Das hat überhaupt nichts mit den Schülern zu tun, sondern damit, dass es eine Landesregierung, die diesen Haushalt in Ordnung bringen und über die gesamte Bandbreite der unterschiedlichsten Einzelpläne und Titel Einsparungen vornehmen muss, für selbstverständlich und auch für zumutbar hält, dass eine solche Steigerung nicht in der Dimension von 38 Millionen € stattfindet, sondern von "nur" 23 Millionen €.

Andere gesellschaftliche Gruppen in Nordrhein-Westfalen müssen genauso ihren Beitrag zur Konsolidierung dieses Haushaltes leisten. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will darauf hinaus, dass ich bei vielen dieser Proteste manchmal auch den Eindruck habe, dass die Empörungen, die getrieben worden sind - und auch die Empörungskultur, an der Sie nicht unbeteiligt sind -, in einem gewissen Missverhältnis zur Ursache dessen stehen, was eigentlich beschlossen worden ist.

(Michael Breuer [CDU]: Ja, beschimpfen Sie die Bürger ruhig!)

- Das hat nichts mit Beschimpfen zu tun, sondern damit, dass eine Balance gehalten wird. Die politische Körperhaltung der CDU ist folgende: Sie ducken sich weg. Sie spekulieren auf Windfallprofite aus diesen Demonstrationen und aus den Unmutsempfinden, die es ja gibt - wer wüsste das besser als ich? Ihre politischen Qualitätsnachweise stehen aber aus.

Es ist nicht überzeugend zu sagen, wo überall nicht gespart werden darf. Dann sage ich: Es wird bei der Verkehrsinfrastruktur gespart. - Nein, ausgeschlossen. - Es wird bei der Weiterbildung gespart. - Nein, undenkbar. - Im Sport. - Nein; wie können Sie denn im Sport, auch im Breitensport, kürzen? - Im Kulturbereich. - Nein, ausgeschlossen. - Im Mittelstandsbereich. - Das kommt überhaupt nicht infrage. - Beim Landesjugendplan. - Sind Sie wahnsinnig geworden? - Bei den Sozialverbänden. - Das ist unmöglich.

Sagen Sie mir endlich, wo gespart werden soll. Das ist der entscheidende Punkt.

(Michael Breuer [CDU]: Steinkohle! - Lachen bei der SPD)

Der Witz bei der Sache ist: Dann kommt die CDU mit einer Art Zauberstab - kling-kling, und alles ist in Ordnung. Das war schon im letzten Jahr so. Früher hieß der Zauberstab WestLB. Jetzt heißt er BLB. Nächstes Jahr heißt der Zauberstab vielleicht VfB oder so ähnlich.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen. Die Einnahmeverbesserungen, die die CDU zur Konsolidierung des Haushaltes vorschlägt, werden im Jahre 2004 zu 86 % aus einer Veräußerung von BLB-Anteilen erbracht, im Jahre 2005 zu 58 %. Das ist Ihr konkreter Beitrag, um aus der Klemme herauszukommen.

Alles, was dazu zu sagen ist, hat Herr Moron schon gesagt. Sie haben nämlich offenbar nur die Bilanzaktiva im Blick gehabt und die Bilanzpassiva außen vor gelassen. Tatsächlich steht nur 1 Milliarde € zur Verfügung.

(Manfred Palmén [CDU]: Exakt!)

25 % davon sind 250 Millionen. Was haben Sie stattdessen eingestellt? Ich glaube, 1,3 Milliarden €.

(Edgar Moron [SPD]: Darauf kommt es dann ja auch nicht mehr an!)

Um Himmels willen, Herr Rüttgers, wer hat Sie denn so beraten? Herr Diegel und Herr Breuer? Die sind doch ein Sicherheitsrisiko für Sie, wenn sie so argumentieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die Wirtschaftswissenschaftler führen die Residualgröße R ein, wenn sie versuchen, eine nicht gleichnamig zu machende Gleichung hinzukriegen. Um Ihr riesiges Zukunftsprogramm zusammenzuklittern, ist bei Ihnen die Residualgröße zu 86 % die Veräußerung von BLB-Anteilen. Dazu würde mein Sohn sagen: Das ist ein Brüller.

Das ist in der Tat ein echter Brüller. Wir auf der Regierungsbank fragen uns ja, ob wir in den letzten Wochen eigentlich die Deppen gewesen sind, dass wir diese Kasse nicht gesehen haben.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

- Sie klatschen. Sie beklatschen Ihre eigene Unfähigkeit, Aktiva und Passiva nicht unterscheiden zu können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ihr Ausweichen bezieht sich nicht allein auf den Landeshaushalt und die Notwendigkeit, vor dem Hintergrund einer sich unabweisbar stellenden Grenze der Nettokreditaufnahme notwendige Einsparungen zu erzielen. Vielmehr werfe ich Ihnen diese Drückebergerei und auch eine mangelnde Seriosität auf anderen Feldern ebenfalls vor, Herr Rüttgers. Ich werfe sie Ihnen auch beim Subventionsabbau vor.

Wo waren Sie, als es insbesondere im Dezember entscheidend darauf ankam, dass die CDU mit an der Seite derjenigen stand, die einen stärkeren Subventionsabbau betreiben wollten - übrigens exakt mit den Effekten, die Frau Löhrmann völlig richtig zitiert hat? Wo waren Sie, als es darum ging, dass 11,7 Milliarden € an Subventionen im Rahmen der Eigenheimzulage stärker gekürzt werden können, natürlich mit den positiven Effekten, die Frau Löhrmann dargestellt hat? Was ist das für ein Vorschlag von Ihnen, dass ein Hochschulprogramm mit 5 Milliarden € durch entsprechende Kürzungen bei den Steinkohlesubventionen finanziert wird. Dies ist unseriös und populistisch.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Unseriös?)

Sie wissen das in dem Augenblick, wenn Sie das Kriterium für den Steinkohlenbergbau in Nordrhein-Westfalen und im Saarland aufgeben, das da lautet: Es gibt keine betriebsbedingten Kündigungen. Die Leute fallen nicht ins Bergfreie. - Wenn Sie dieses Kriterium aber aufrechterhalten, dann können Sie keine 5 Milliarden € zusätzlich für ein solches Hochschulprogramm wegen des ohnehin abflachenden Niveaus bei den Beihilfen finanzieren. Das ist aus der Hüfte geschossen, um eine Tagesüberschrift zu bekommen. Aber es hat mit einer soliden, mit einer wegweisenden Haushaltspolitik nichts zu tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dieselbe Drückebergerei werfe ich Ihnen auch bei der Steuerreform vor. Ich würde endlich den Standpunkt der nordrhein-westfälischen CDU in Sachen Steuerreform und weiterer Schritte kennen lernen, zumal Sie auf der Seite derjenigen sind - das finde ich eher richtig - die fordern, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen eigenen Gesetzentwurf vorlegt.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Nur zu!)

Ich will Ihnen von meiner Seite aus ganz deutlich sagen, worüber wir eigentlich reden: Wir reden, weil es inzwischen Gesetzeskraft hat, allenfalls noch über die nächste Stufe der Steuerreform

zum 01.01.2005. Das sind weitere 7 Milliarden €, die an die Bürgerinnen und Bürger über die Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 42 % und des Eingangssteuersatz auf 15 % gegeben werden. Darüber hinausgehende Steuererleichterungen im Sinne von Nettoentlastungen für die privaten Haushalte und die Wirtschaft sind angesichts der öffentlichen Kassen nicht drin.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dies wäre eine ehrliche Aussage, damit die Menschen wissen, woran sie hier sind. Gearbeitet werden sollte - das ist richtig - am Werkstück der Steuervereinfachung.

(Zustimmung von Edith Müller [GRÜNE])

Das bedeutete eine höhere Transparenz des Steuersystems in Deutschland - aber - und das ist der entscheidende Satz - aufkommensneutral, weil alles andere weder für die Kommunen noch für die Länder, noch für den Bund verkräftbar ist.

Sie müssen dem staunenden Publikum schon deutlich machen, wie Sie das, was von der CDU inzwischen auf den Tisch gelegt worden ist, eigentlich finanzieren. Ich komme da zu Schwindel erregenden Summen. Da gibt es den Vorschlag von Herrn Merz, der zu 24 Milliarden € nicht finanziert ist. Die CDU hat im Dezember eine weiter gehende Steuersenkung im Vermittlungsausschuss von nicht refinanzierten 7 Milliarden € scheitern lassen; das betraf den Sprung von 15 Milliarden € Entlastung auf 22 Milliarden € Entlastung. Sie haben dagegen einen nicht gedeckten Scheck von 24 Milliarden €.

(Manfred Palmen [CDU]: 10 Millionen €!)

- Das ist der CSU-Vorschlag. Beim Merz-Vorschlag sind das 24 Milliarden €. Herr Palmen, immer schön nachlesen und Hausaufgaben machen!

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Darüber hinaus haben Sie nach wie vor das ungelöste Problem, dass Sie ihre Steuerreform nicht im Reißverschluss in Übereinstimmung bringen können mit der Sozialreform auf der Grundlage der Vorschläge der Herzog-Kommission. Denn die Kopfpauschale bekommen Sie ja nach Ihrem Muster nur bei gleichzeitigen steuerlichen Begünstigungen derjenigen hin, die ärmer dran sind. Das ergibt weitere nicht finanzierte 20 Milliarden €. Das sind immerhin schon 44 Milliarden €. Das sind nicht 44 Milliarden Büroklammern, Lire oder Peseten, sondern EURO.

Dann gibt es noch einen Vorschlag, den Sie selbst aktiv vertreten haben, der aber inzwischen ein bisschen abklingt und sich nun so anhört wie das Geräusch von ablaufendem Badewannenwasser. Das ist die Erhöhung des Kindergeldes. Das ist ein Bestandteil Ihrer Programmatik. Das macht weitere 17 Milliarden €, die nicht gedeckt sind. So komme ich inzwischen auf eine Summe von 61 Milliarden €. Und damit laufen Sie hier widerspruchsfrei durch die Landschaft. Das ist faszinierend!

(Edgar Moron [SPD]: Das glaubt denen sowieso keiner!)

Das ist die Drückebergerei, das ist das Flüchten, das ist das Nichtsolide, was ich im Bereich der Steuerpolitik bei Ihnen finde. Dasselbe könnte ich bei den Gemeindefinanzen dingfest zu machen versuchen. Da laufen im Zweifelsfall ihre Vorschläge immer darauf hinaus, abwesende Dritte zu belasten, nämlich die Länderhaushalte oder den Bundeshaushalt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich fürchte, dass Sie auch relativ standpunktlos beim wichtigen Thema des Zuwanderungsgesetzes sein werden, das für die Republik und für Nordrhein-Westfalen von einer entscheidenden Bedeutung ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN und von Angela Freimuth [FDP])

Ihre Einlassung zu Beginn des Jahres, was die Gesundheitsreform betrifft, hat mich, gelinde gesagt, verwundert. Man hatte ja den Eindruck, dass diese Gesundheitsreform nur von Ulla Schmidt allein gemacht worden sei und CDU/CSU nicht beteiligt gewesen seien.

(Edith Müller [GRÜNE]: „10 €“ sage ich nur!)

Da war im „Kölner Stadt-Anzeiger“, wenn ich mich richtig erinnere, eine Überschrift zu lesen, die von Ihnen zumindest mit einer Rücktrittsforderung an die zuständige Bundesministerin unterlegt worden ist. Wo waren denn Ihre entsprechenden Rücktrittsforderungen an Ihre CDU/CSU-Kollegen, die dabei gewesen sind?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Jetzt so zu tun, Herr Rüttgers, als ob der SPD wegen der Praxisgebühr beim Hausarzt die Jacke voll gehauen werden muss, ist mindestens nicht sehr fair. Denn im Rahmen des Kompromisses ist diese Praxisgebühr für den Hausarzt aufgrund einer Initiative der CDU/CSU zustande gekommen.

(Beifall und Bravo-Rufe bei SPD und GRÜNEN - Lachen und Gegenrufe von der CDU)

Allein mit Lachen und Körpersprache kommt man über diesen Widerspruch nicht mehr weg. Das funktioniert nicht.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Ich kann mir nicht ersparen - auch auf die Gefahr hin, dass sich da einiges wiederholt -, auf das „Zukunftsprogramm zur Rückgewinnung der politischen Handlungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens“ --- Ach nein, das war ja das Programm vom letzten Jahr! Das fällt mir gerade auf. Das haben Sie überraschend kurz vor der dritten Lesung im Dezember 2002 eingebracht. Das hieß: „Zukunftsprogramm zur Rückgewinnung der politischen Handlungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens“. Das jetzige heißt - etwas gestrafft -: „Zukunftsprogramm Nordrhein-Westfalen“. Ein ganz schöner Fortschritt in zwölf Monaten!

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das erste Programm war auf zehn Jahre angelegt, scherte sich nicht so stark um die Frage, wie der Haushalt 2003 zu beraten ist, enthält viele Ausgabeerhöhungen, die sofort greifen sollten, aber die dazugehörigen Einsparungen sollten erst in den Folgejahren erwirtschaftet werden.

Der entscheidende Unterschied ist, dass dieses Programm sich jetzt auf acht Jahre erstreckt, aber der Mechanismus der gleiche geblieben ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist ein typisches Oppositionsprogramm ohne Rücksicht auf jedwede Realität. Ich muss nicht im Einzelnen, um Ihnen keine Zeit zu nehmen, das wiederholen, was insbesondere Herr Moron mit dem Seziermesser herausgearbeitet hat. Der 1,5%ige Stellenabbau, mit dem schon nächstes Jahr 52 Millionen € erwirtschaftet werden sollen, übernächstes Jahr 105 Millionen €, ist das eine, aber das andere, diese Umwandlung des BLB in eine Anstalt des öffentlichen Rechts und der Verkauf von 25 % der Anteile, ist wirklich der Knaller. Man muss sich auf der Zunge zergehen lassen, dass Sie einem Bilanzwert von 9,7 Milliarden € nicht die Bilanzverbindlichkeiten von 8,7 Milliarden € gegenüberstellen.

Und dann stellen Sie nicht die von mir zitierten 1,3 Milliarden € ein, sondern Sie stellen 1,6 Milliarden € Einnahmeverbesserungen für 2004 ein. Das muss man sich einmal vorstellen. Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? Wer ist auf die Idee gekommen?

(Manfred Palmen [CDU]: Haben wir in Schleswig-Holstein abgeschrieben!)

Nächstes Jahr 770 Millionen €. Der gesamte Betrag, den Sie über eine Rücknahme von Einsparungen und zur Abwendung der Verschuldung finanzieren wollen, der beträgt 1,9 Milliarden €. Der Hammer ist, dass Sie von diesen 1,9 Milliarden € mehr als 1,6 Milliarden € über die Operation BLB finanzieren wollen. Das ist schon ein starkes Stück. Genauso ist es ein starkes Stück, die Einnahmen aus der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges mit 250 Millionen € anzusetzen, wo Sie wissen, dass das Land Nordrhein-Westfalen dies gar nicht allein kann, sondern dass dies eine Abstimmung im ECOFIN auf der Ebene der Europäischen Union erfordert. Wie kommen Sie darauf, Geld über das hinaus einzustellen, was ohnehin an angelaufenen Maßnahmen, aber im Rahmen des derzeitigen Umsatzsteuersystems, in Deutschland möglich ist, worauf wir beide wahrscheinlich hinaus wollen?

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Ja!)

Sie haben jedwede Unterstützung von mir, u. a. zu einer anderen Erhebung der Umsatzsteuer in Deutschland zu kommen, mit deren Hilfe wir der Kriminalität ursachegemäß begegnen können.

(Beifall von Manfred Palmen [CDU])

Aber das setzt doch Entscheidungsprozesse voraus, die völlig außerhalb der Reichweite des Landtages liegen.

(Manfred Palmen [CDU]: Anstoßen! - Lachen bei der SPD – Edgar Moron [SPD]: Das ist ja armselig – "anstoßen"!)

Dasselbe ist mit Blick auf weitere Beteiligungsverkäufe festzustellen. Ich bin mir ganz sicher, dass Herr Diegel und andere Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses auf Ihrer Seite als kenntnisreiche Thebaner genau wissen, dass dort im Augenblick keine zusätzlichen Einnahmen zu erzielen sind, da die damit verbundenen Erlöse von der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft bereits an den Landeshaushalt gezahlt worden sind. Das heißt, wir bekommen erst dann zusätzliche Erlöse, wenn die BVG über die bisherigen Verkäufe hinaus noch weitere Veräußerungen vornehmen kann mit einem zusätzlichen Erlös. Sonst ist dort nichts zusätzlich einzustellen.

Unter dem Strich sage ich Ihnen: 95 % Ihrer Refinanzierungsmöglichkeiten, um allen gesellschaftlichen Gruppen und Adressaten in Nordrhein-Westfalen das Leben leichter zu machen, sind nicht seriös. Das ist noch das höflichste Urteil, das ich darüber aussprechen kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir sind im Jahr 2004, von dem ich die Erwartung habe, dass es besser wird als die vergangenen drei Jahre - wirtschaftlich und damit auch haushaltspolitisch und nicht nur für den Haushalt des Landes. Ich hoffe, dass sich Perspektiven ergeben, von denen die Kommunen genauso profitieren wie das Land. Es gibt nicht nur weiche, sondern inzwischen harte Konjunkturindikatoren, die darauf hindeuten, dass wir langsam aus der dreijährigen Flaute herauskommen. Die Hoffnung ist berechtigt, dass der Arbeitsmarkt nach einer gewissen Zeit - in einer unzureichenden Elastizität, wie ich gerne zugebe - darauf anspringt.

Die Indizes der Industrieproduktion in Nordrhein-Westfalen entwickeln sich positiv, die Auftragseingänge auch. Ich halte die Annahme, dass wir in diesem Jahr ein Wachstum von etwa 1,5 % erzielen - vielleicht etwas darüber -, für berechtigt und nicht für ein Wolkenkuckucksheim.

Ich glaube auch, dass wir einen positiven Beitrag durch die neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumente erleben werden, die nach einer gewissen Zeit greifen werden. Ich bin sehr froh - unabhängig des richtigen Appells an das Wir-Gefühl von Frau Löhrmann -, dass von Januar bis Dezember in Nordrhein-Westfalen immerhin mehr als 15.000 Ich-AG gegründet worden sind.

Wir haben inzwischen 221 Personal-Service-Agenturen, die immerhin 9.100 Menschen beschäftigen und darüber hinaus fast 1.400 die Wiedereingliederung in den klassischen ersten Arbeitsmarkt ermöglicht haben. Die Entwicklung der Mini-Jobs in Nordrhein-Westfalen ist nicht weniger positiv einzuschätzen, sodass - wie ich hoffe - im dritten Quartal auch mit Blick auf die Arbeitslosenquote endlich die von uns erwünschte Entwicklung eintritt und wir es mit einer größeren Entspannung zu tun haben.

Auch die Situation auf dem Ausbildungsplatzmarkt stellt sich so dar, dass wir begründet und berechtigt sagen können, im März könnte eine ausgeglichene Ausbildungsplatzsituation gegeben sein. Nach den Dezember-Zahlen waren noch ungefähr 2.300 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, dem standen ungefähr 1.500 offene Lehrstellen gegenüber. Ich weiß, dass das nicht gleichnamig zusammenzubringen ist, weder regional noch differenziert nach Ausbildungsberufen. Per Saldo fehlen damit 900 Ausbildungsplätze. Soweit die Jugendlichen nicht in der klassischen betrieblichen Ausbildung vermittelt werden können, ist das Land gemeinsam mit der Wirtschaft in der Lage, im Rahmen von uns mitfinanzierter Kapazitäten

zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und damit das Versprechen der Landesregierung einmal mehr einzuhalten.

Das ist ein Kompliment an viele beteiligte Partner. Das meine ich nicht im Sinne einer Selbstbeweihräucherung. Es ist eine Bestätigung des Ausbildungskonsenses, den wir in Nordrhein-Westfalen haben.

Wichtig ist, dass wir diesen sich abzeichnenden Aufschwung durch unsere öffentliche Haushaltspolitik unterstützen und dies, wo es irgend geht, mit Blick auf die Behandlung der Kommunen auch über den Doppelhaushalt machen. Ich bin sehr froh, dass innerhalb des Kabinetts, aber auch im Verhältnis zu den beiden Regierungsfractionen, von vornherein klar gewesen ist, dass den Kommunen Rechnung getragen wird, indem man weder an die Verbundquote noch an die Verbundmasse, noch an die Befrachtungen herangeht, und dass wir uns massiv für eine Entlastung im Rahmen dessen, was im Dezember als Gemeindefinanzreform verabschiedet worden ist, einsetzen und die Kommunen bei der Abrechnung des jeweiligen Steuerverbundes so behandeln, dass sie insbesondere in dem schwierigen Jahr 2004 eher entlastet werden.

Das ist eine Operation, von der Sie glauben, das sei eine Rücklagenbildung. Wir lehnen das ab. Es ist nach den Expertisen, die wir durchgeführt haben, keine Rücklagenbildung. Wir werden nach Lage der Dinge nicht mit dem Verfassungsrecht des Landes kollidieren, sondern es geht per Saldo um konkrete Aus- und Einzahlungen, und das ist keine Rücklagenbildung. Ich bin mir ganz sicher, dass die Kommunen diese Konstruktion sehr viel positiver sehen als einzelne Stimmen in Ihrer Fraktion.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Deshalb bin ich nicht minder gespannt als Frau Löhrmann und Herr Remmel, ob Sie vor diesem Hintergrund den Weg - jedenfalls vor der Kommunalwahl - zum Verfassungsgerichtshof nach Münster gehen oder nicht. Ich bin weit davon entfernt, mich vor dem Hintergrund der Ergebnisse, die mir an den Kopf geflogen sind, aufzuspielen.

(Helmut Stahl [CDU]: Haben Sie aber getan!
- Eckhard Uhlenberg [CDU]: Sie spielen sich schon die ganze Zeit auf!)

- Das bestätige ich ja. Das muss man hinnehmen. Mit einer bella Figura - ist alles richtig. Es macht keinen Sinn, so zu tun, als ob nichts stattgefunden hätte.

Aber das ändert nichts an meiner Einschätzung - auch nach den Einsichten, die wir selber haben, und auch der Fachleute, die man dazu zitieren kann -, dass sich Ihre Annahmen über einen verfassungswidrigen Haushalt nicht unterlegen lassen.

In der Tat ist es richtig, bei aller Wertschätzung, bei allem Respekt gegenüber Herrn Birk, dass allein die Feststellung eines Professors nicht bedeutet, dass der Haushalt verfassungswidrig ist. Das ist er nach meiner Meinung nicht. Im Zweifelsfall ist dies von dem dafür zuständigen Gericht festzustellen. Die spannende Frage ist, ob dies herbeigeführt wird oder nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die drei entscheidenden Schlüsselthemen aus Sicht der Landesregierung für das Jahr 2004 lauten: Innovation - 2004 muss ein Jahr der Innovation werden -, Kinder und Familie - wir wollen Nordrhein-Westfalen als Land für Kinder und Familie weiterentwickeln - und soziale Gerechtigkeit - wir wissen, dass notwendige Veränderungen am ehesten dann zu erzielen sind, wenn die soziale Balance Maßstab unseres politischen Handelns bleibt; nur dann, wenn ihnen Verlustängste stärker abgenommen werden als bisher, sind die Menschen für Reformvorhaben mitzunehmen -.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mit Ausnahme einiger weniger Bereiche sparen wir fast überall. Wir haben inzwischen den Schulhaushalt von der Entwicklung des Landeshaushaltes deutlich abgekoppelt. Das zuzugeben stünde gelegentlich auch einer Oppositionsfraction ganz gut zu Gesicht. Während der Gesamthaushalt des Landes seit 1995 um 9,8 % gestiegen ist - in den letzten Jahren ist er übrigens gesunken -, sind die Ausgaben für Schule und Bildung in Nordrhein-Westfalen um 27,6 % gestiegen. Auch die Zahl der Lehrerstellen wächst; sie ist in den letzten zehn Jahren um ungefähr 8.000 gewachsen. Nordrhein-Westfalen ist im Jahre 2004 das einzige Bundesland - im Jahr 2005 übrigens auch -, das zusätzliche Lehrerstellen schafft. Alle anderen 15 Länder tun das nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie können rechnen, soviel Sie wollen, wir lassen uns davon nicht abbringen.

Im Rahmen des Programms „Verlässliche Schule“ werden wir im Vergleich zu 2001 im Jahr 2005 pro Woche 200.000 zusätzliche Unterrichtsstunden geben, und zwar in einer Kombination von zusätzlichen Lehrerstellen und der Tatsache, dass wir die zusätzliche Unterrichtsstunde für die Lehrerin-

nen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen im System belassen und nicht für den Haushalt konsumieren. Das sind in der Summe 50.000 Unterrichtsstunden mehr, als ursprünglich in dem Stufenplan „Verlässliche Schule“ vorgesehen waren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich finde, dass auch eine Opposition Tatsachen beim Namen nennen sollte, auch was eine Bestandsaufnahme über die Lage dieses Landes angeht, wobei Sie mich natürlich im Einzelnen zitieren können. Ich möchte jedoch vollständig zitiert werden, und zwar auch mit Blick auf die anderen Einschätzungen, die ich zur Entwicklung dieses Landes abgebe.

Was den Bürokratieabbau betrifft, habe ich Herrn Wolf nicht verstanden, weil auch dies ein weiterer Schwerpunkt der Landespolitik im nächsten Jahr bleiben wird. In diesem Bereich sind wir in den letzten Monaten ausgesprochen erfolgreich gewesen. Ich will das nicht im Einzelnen vorlesen, aber ich möchte folgende Beispiele nennen: 50 % der bisherigen Erlasse entfallen. Die elektronische Erlassammlung wird eine deutliche Vereinfachung sein, und zwar auch für diejenigen, die die entsprechenden Texte abrufen wollen. Die Überprüfung der Gesetze und der untergesetzlichen Regelungen findet statt; im Schulbereich geht es, wie Sie wissen, um die Schulgesetze und um die BASS. Sie wissen, dass wir darüber hinaus im Rahmen des Modellversuchs OWL tätig sind. Ich bin sehr froh über das positive Echo. Das dürfte gelegentlich auch einmal anerkannt werden. Es werden auch keine zusätzlichen Behörden geschaffen, sondern es wird etwas in einer klaren Absprache mit denjenigen getan, die im Bereich des OWL-Marketings hilfreich gewesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte nun eine Lanze für das brechen, was wir mit dem Ausbau der Ganztagsangebote verbinden. Ich bin froh, dass inzwischen die CDU eher auf dem Weg ist, in einen Wettstreit darüber einzutreten, wie wir Ganztagsangebote in Nordrhein-Westfalen deutlich ausbauen können. Das war nicht immer so im Umgang mit uns, wenn Sie ehrlich sind. Wir haben Sie häufig als Gegner gehabt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dies freut mich. Allerdings bin ich weit davon entfernt, es als hilfreich zu empfinden, dass Sie glauben, unser Modell der offenen Ganztagschule sei quasi etwas Unterwertiges. Ich bin weit davon entfernt zu sagen, alle zusätzlichen Angebote, die sich damit verbinden, müssten über A 13-, A 14-,

BAT-IIa-, BAT-Ia-Stellen erbracht werden. Ich glaube nicht, dass das erforderlich ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe ein hohes Interesse daran, dass diese Ganztagschulen sehr viel stärker in ihr lokales Netzwerk eingebunden werden. Ich kann mir gut vorstellen, Angebote dahin gehend zu machen, dass man einen Tischlermeister bittet, im Rahmen einer Ganztagsbetreuung Werkunterricht zu geben, dass man den Trainer eines örtlichen Sportvereins in den Sportunterricht integriert, dass man einer freiberuflich tätigen Übersetzerin den Auftrag gibt, auf Honorarbasis Hausaufgaben im Unterrichtsfach Englisch zu betreuen. Das sind flexible Lösungen, die es nicht verdienen, von Ihnen abqualifiziert zu werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auch hier gibt es eine Doppelbödigkeit in Ihren Debattenbeiträgen nach dem Motto: Zusätzliche Stellen und mehr Personalausgaben einerseits, aber andererseits versuchen Sie, uns nahe zu legen, es müsste eine De-luxe-Ausführung erfolgen, die ja auf nichts anderes als auf Planstellen hinausläuft. Warum können wir nicht unaufgeregt und weniger reflexgeladen darüber reden, wie man so etwas pragmatisch und günstig umsetzt, und zwar unter Einbeziehung derjenigen, für die es vielleicht ganz interessant ist, in solche flächendeckenden Ganztagesangebote integriert zu werden?

Ich habe am letzten Freitag eine bemerkenswerte Veranstaltung in Bonn über die "Selbstständige Schule" erlebt. Diese Veranstaltung ist von der Schulministerin Ute Schäfer eröffnet worden und hatte etwa 300 Teilnehmer. Ich habe am Nachmittag an der Debatte teilgenommen. Die Diskussionsbeiträge aus den unterschiedlichsten Gruppen, und zwar zu meiner Freude auch und gerade von CDU-Kommunalpolitikern, fand ich sehr ermutigend. Das begrüße ich außerordentlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will an dieser Stelle sagen, wo es einen möglichen Dissens gibt: Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass auf Dauer nicht zwei Systeme, nämlich Horte und Ganztagsbetreuung, nebeneinander gefördert werden können. Dies übersteigt die finanziellen Ressourcen, die wir dafür zur Verfügung stellen können; diese steigen aber, wie Sie wissen.

Herr Rüttgers hat das Land angesprochen und sich dabei auf eine Reihe von Zitaten von mir bezogen. Ich muss diese nicht dementieren, aber ich habe den Eindruck, das läuft immer ausschnittar-

tig ab. Dabei kann man sich aus dem Zettelkasten alles herauspicken.

Sie wissen, Herr Rüttgers - viele andere im Landtag auch -, dass ich die Verhältnisse, die Schwierigkeiten, die wir haben, nicht geringer rede als sie sind. Das Land hat in einer Reihe von Punkten Defizite zu beseitigen. Wir müssen in vielerlei Beziehung schneller, neugieriger, auch innovativer werden. Das hat auch etwas mit einer Innovationskultur zu tun, wobei ich zugebe, dass die Politik, aber nicht nur die Politik, sondern auch andere gesellschaftliche Kräfte aufgerufen sind, bestimmte mentale Einstellungen, wie Boris Becker sagen würde, zu verändern.

Aber das ändert nichts an der Einschätzung, dass dieses Land ein starkes Land ist, dass es ein stolzes Land ist, dass dieses Land ein Potenzial hat, das auch im Rahmen einer haushaltspolitischen Auseinandersetzung nicht verzeichnet werden sollte.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich muss auf die Wirtschaftsleistung dieses Landes nicht im Einzelnen eingehen. Sie kennen inzwischen die Melodie von dem, was ich dazu gelegentlich sage: dass nämlich die Wirtschaftsleistung größer ist als die der Russischen Föderation und dass die Allmachtsträume, wenn wir uns selbstständig machen würden, darauf hinauslaufen würden, dass wir der sechstgrößte EU-Partner wären.

Aber was mich mehr stört, ist die Konzentration auf Zahlen, mit denen deutlich gemacht werden soll: Ach, wie ist das alles schlecht, und wie geht das hier alles in den Acker!

Sehen Sie sich einmal die Zahlen des Handelsregisters an. Die Zahl der eingetragenen Betriebe und damit das Gründungsgeschehen in Nordrhein-Westfalen sind per saldo besser als in anderen Ländern, besser als in Baden-Württemberg und in Bayern. Per saldo kamen in 2003 in Nordrhein-Westfalen 10.500 Unternehmen dazu.

(Zurufe von der CDU)

Das sind bei uns 1,5 % Steigerung. In Baden-Württemberg sank die Zahl der Gründungen um 5,5 % und in Bayern um 2,4 %.

Schade, nicht? Sie wollten gern eine schlechtere Zahl für uns haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Dasselbe gilt für die Gewerbestatistik, dasselbe gilt mit Blick auf andere Aktivitäten. Ich denke

daran, welche Entwicklung inzwischen die Medien- und Kommunikationswirtschaft nimmt, wo wir von 1998 bis 2003 in Nordrhein-Westfalen ein Beschäftigungswachstum von sage und schreibe 32 % registrieren - mehr als in jedem anderen Bundesland, auch in Bayern. Ich sage das, obwohl ich langsam aus diesem ewigen Vergleich mit Bayern heraus will.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch erlaubt, in einer solchen Debatte darauf hinzuweisen, Herr Rüttgers, dass Ihre Annahme, die Investitionsquote des Landes würde sinken, falsch ist. Die Investitionsquote steigt im Jahre 2005 auf 10,6 %, wenn mein Erinnerungsvermögen mich nicht völlig täuscht.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Sie haben schon auf Nordrhein-Westfalen als einen wichtigen Standort für Film- und Fernsehproduktionen hingewiesen - nicht nur Köln, aber vor allen Dingen Köln, Herr Abgeordneter. Ich könnte das mit anderen Punkten fortsetzen.

Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor der attraktivste Standort für Auslandsinvestoren. Das ist unabweisbar richtig. 36 % aller ausländischen Investitionen konzentrieren sich auf Nordrhein-Westfalen. Das geht weit über die Relation hinaus, die Nordrhein-Westfalen ansonsten, beim Bevölkerungsanteil, beim Bruttosozialprodukt etc., hat.

Ich will mit diesen Daten gar nicht von den Problemen ablenken. Aber ich wäre dankbar, wenn auch in der eisenhaltigen Luft von haushaltspolitischen Auseinandersetzungen dieses Land nicht schlechter geredet würde, als es ist, oder man einige Punkte beim Namen nennt, aber anschließend versucht, sich zu exkulpieren nach dem Motto: Schlechter reden möchten wir das Land nicht, aber wenn es gelingt, der Landesregierung mit diesen Daten einen "überzuwatschen", sind wir damit ganz einverstanden.

So ganz unbeteiligt ist diese SPD-geführte Landesregierung an diesen Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für das, was an Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen stattfindet. Ja, ich gebe zu, dass die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung im nordrhein-westfälischen Landesetat sinken: um 0,2 %, von 366,7 Millionen € auf 366,4 Millionen €. Damit komme ich bei dieser Haushaltslage noch eini-

germaßen zurande. Es ist jedenfalls nicht so dramatisch, wie Sie das darstellen und zum Gegenstand Ihrer Rede machen.

(Zuruf von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- Ja, bundesweit sind wir der Auffassung: 3 % Anteil am Bruttosozialprodukt. Das muss teilweise öffentlich finanziert, werden. Wie Sie, Herr Rüttgers aus alten Erkenntnissen aus BMFT-Zeiten wissen, ist das eine Anstrengung, die aber nicht nur die öffentlichen Haushalte machen müssen, sondern insbesondere die deutsche Wirtschaft. Ein Anteil von Forschung und Entwicklung von bundesweit 3 % am Bruttosozialprodukt ist in meinen Augen ein erstrebenswertes Ziel. Wir wissen, dass Schweden bei über 4 % liegt und dass wir deshalb eine Entwicklung umkehren müssen, die in den letzten Jahren dazu geführt hat, dass wir abgesunken sind.

Ich komme mit Blick auf die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Nordrhein-Westfalen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass wir hier bereits viele Spitzeneinrichtungen ansässig sind. Ich muss nicht wiederholen, dass ich mit dem Begriff der Elite-Universität nichts anfangen kann, weder mit Blick auf die Begrifflichkeit, die eine richtige Debatte erschlägt, noch mit Blick auf einen sich möglicherweise damit verbindenden politischen Ansatz, den ich für falsch halte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen eine Breitenförderung, auf der sich eine Spitzenförderung aufbaut. Die Akademikerquote in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor zu gering, genauso wie die Frauenerwerbsquote in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen zu gering ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In unseren Spitzeneinrichtungen, im Hochschul- und Fachhochschulbereich und auch bei der dualen Ausbildung sind wir in der Lage, Frauen relativ gut und qualifiziert auszubilden mit dem anschließenden Effekt, dass sie nicht alle erwerbstätig sein können, weil wir nicht die Strukturen haben, die ihnen eine Erwerbstätigkeit gewährleisten. Die Erwerbsquote in Schweden und anderen skandinavischen Ländern liegt bei 70 bis 75 %, in Deutschland liegt sie bei 48 bis 49 %. Das ist ein unsäglich brachliegendes Potenzial auch für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen.

Sie werfen der Landesregierung an vielen Stellen vor, dass sie mit leeren Händen dasteht, nach

dem Motto: Wo hat denn ein Politikwechsel stattgefunden?

Ich bin ganz stolz darauf, dass wir in den letzten zwölf Monaten eine Reihe von Entwicklungen haben anstoßen können. Die Stichworte reichen von "Modellregion" über das richtige Instrument der Schulpauschale, über die gelungene Ausstattung der Polizei, einer Reform der Lehrerbildung bis zum Hochschulkonzept 2010, einem Mittelstandsgesetz, neuen Modellen in der Kapitalversorgung und der Finanzierungsinstrumente für den Mittelstand. Nordrhein-Westfalen hat eine führende Position bei der Realisierung von privatem Kapital für öffentliche Einrichtungen, gemeinhin als PPP, public-private-partnership-Projekte überschrieben.

Weiter gehören dazu: Entbürokratisierung, der Qualitätspakt, den wir haben halten können - ein großes Verdienst, das seinerzeit richtigerweise Frau Behler zugeschrieben worden ist - und eine Einrichtung, die wirklich zu begrüßen ist, nämlich der Nationalpark Eifel, sowie viele andere Punkte, die uns gelungen sind. So schlecht und so wenig, wie der Oppositionsführer das in seiner Rede darzulegen versuchte, ist das nicht, was wir vorweisen können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich glaube, dass die Landesregierung und damit auch die Koalitionsfraktionen - jeweils im Rahmen ihrer Zuständigkeit - bei den parlamentarischen Beratungen Mut gezeigt haben. Sie haben Einschnitte vertreten, sie stellen sich damit öffentlich der Kritik, sie vertreten sie. Das ist couragiert und ehrlich. In einer sehr schwierigen Situation wird offen gelegt, was offen zu legen ist. Diese Ehrlichkeit in der Analyse würde ich mir auch von der Opposition wünschen.

Gegenüber dem, was die CDU/CSU dort vorlegt, sind wir eindeutig seriös. Wir sind auch nach wie vor sozial ausgewogen. Ich halte daran fest, dass die soziale Infrastruktur durch die Einschnitte in Nordrhein-Westfalen nicht zerstört wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich gebe zu: An vielen Punkten ist es schwierig, aber sie wird nicht zerstört.

Dieser Haushalt ist in mehrfacher Hinsicht innovativ: nicht nur, weil er ein Doppelhaushalt ist, sondern auch, weil wir durch Passagen im Haushaltsgesetz dafür Sorge tragen, dass die Förderpolitik dieses Landes deutlich entbürokratisiert wird, indem die Fördernehmer mit Blick auf die Inputindikatoren einen sehr viel größeren Spielraum bekommen. Allerdings gilt, dass wir das gemeinsam definierte Ziel erreichen müssen.

Die Landesregierung hält fest, dass wir diesen Haushalt auch unter den vier Fragestellungen, die Herr Prof. Birk aufgegriffen hat, für verfassungsgemäß halten.

Ich will mit folgender Bemerkung schließen, Herr Rüttgers: Wenn man Ihre Haushaltsrede gehört hat und die Frage stellt, welche Alternativen Sie präsentiert haben, erinnern Sie mich etwas an Peter Ustinov, zu dem einmal ein Gepäckträger auf einem Flughafen gesagt hat: Folgen Sie mir, mein Herr; ich stehe hinter Ihnen. - Genauso kommt mir Ihre Haushalts- und Finanzpolitik hier im Lande Nordrhein-Westfalen vor. - Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Stahl das Wort.

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, weil Sie mit Peter Ustinov ausgestiegen sind, steige ich mit Churchill ein: In der Politik ist es wie in der Malerei - ein guter Wille ist noch längst noch keine gute Arbeit!

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben gerade einen virtuellen Haushalt vorgelegt, einen verfassungswidrigen Haushalt und machen den schlanken Fuß, wie Sie sich auszudrücken pflegen, weg nach Berlin in die große Politik. Sie werfen denen, die in Berlin Verantwortung tragen - auch unserem Fraktionsvorsitzenden Jürgen Rüttgers -, vor, dass diese dort nicht stark genug seien. Sind Sie denn in Berlin stark genug, um Projekte wie den Metrorapid, den Metroexpress durchzusetzen?

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich so verfahren wollte wie Sie, müsste ich jetzt eine ganze Latte konkreter Punkte aufführen und Sie fragen: Herr Steinbrück, warum haben Sie sich in Berlin nicht durchgesetzt? Wo haben Sie sich denn durchgesetzt, wenn es wirklich um die Interessen dieses Landes ging? - Fehlanzeige!

(Beifall bei der CDU)

Die Art und Weise, wie Sie hier agieren, erinnert mich an die letzte Debatte in diesem Hause zum gleichen Thema. Mittlerweile könnte man ein Video von Ihnen aufnehmen und hier aufführen; dann brauchte man Sie gar nicht. Es ist immer das gleiche Schema:

(Beifall bei der CDU)

Sie werfen mit Zahlen um sich, putzen die Opposition herunter - egal ob die Kolleginnen und Kollegen von CDU oder FDP -, und das Ganze nennen Sie Politik.

Sie kritisieren, sowohl was Berlin als auch Düsseldorf angeht, dass wir uns nicht konkret beteiligt hätten. - Das ist falsch. Ich lese Ihnen einmal die lange Liste der Einrichtungen vor, die wir hier zur Disposition stellen. Dahinter stehen Städte, dahinter stehen Regionen. Das ist alles andere als bequem.

Warum sollen wir Ihnen denn in Berlin und hier dabei helfen, immer neue Löcher einfach zuzukippen, wenn Sie den Haushalt nicht strukturell bereinigen, nicht zukunftsorientiert gestalten? Es ist doch ein Fass ohne Boden. Warum sollen wir das im Detail tun? Es wird doch nicht besser durch Sie!

Es wird erst nach 2005 nach der Landtagswahl besser. Dann kann man eine vernünftige Politik auf Basis solider Zahlen, auf Basis einer soliden Wirtschaftspolitik machen. Darauf kommt es an.

(Beifall bei der CDU)

Beim BLB haben Sie im Laufe der letzten Jahre kräftig Werte vernichtet, wenn ich das richtig sehe. Ich habe noch in Erinnerung, dass Anfang der 90er-Jahre der Wert des Vermögens des Landes gutachterlich mit etwa 50 Milliarden DM festgestellt worden ist. Um 2000 herum waren es etwa 40 Milliarden DM.

Wenn Sie jetzt Aktiva und Passiva miteinander vergleichen und auf eine schmale Differenz von 1 Milliarde € kommen, wissen Sie doch auch: In der Bilanz stehen Buchwerte und keine Verkehrswerte.

(Beifall bei der CDU - Helmut Diegel [CDU]:
So ist das!)

Wenn es so wäre, dass mittlerweile auch die Verkehrswerte des Vermögens des Landes nur noch bei 9 Milliarden € lägen, kann ich nur sagen: Mein liebes Bisschen, da haben Sie sich eine Menge an Vermögensvernichtung zuzurechnen!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie weiter argumentieren "Beteiligungsgesellschaft des Landes, alles verkauft", dann muss man die Schulden dazu addieren, die Sie im Laufe der Jahre in Nordrhein-Westfalen gemacht haben. Sie haben das Vermögen verkauft, Sie haben 100 Milliarden € Schulden aufgetürmt und

werfen uns vor, dass wir das kritisieren. Das geht doch in keiner Weise mehr auf.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke manchmal, Sie wollen die Leute glauben machen, dass diese Landesregierung das Land regiert. Wenn Sie das tun, wollen Sie sie wohl auch glauben machen, dass Zitronenfalter Zitronen falten. Sie wissen, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CDU)

Durch all das, was Sie gerade vorgetragen haben, wollen Sie nur davon ablenken, dass der Haushalt verfassungswidrig ist.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Ich habe mir das Gutachten von Prof. Birk am Wochenende gründlich durchgelesen. Die Beweisführung von Prof. Birk besticht. Deshalb halte ich den Haushalt, den Sie heute mit Mehrheit verabschieden wollen, für verfassungswidrig.

Ich habe soeben einen schnellen Blick auf das werfen können, was Sie, Kollege Moron, eingeführt haben als das Gegengutachten von Prof. Siekmann, Bochum. Wenn ich mir anschau, welche Schlussfolgerungen Prof. Siekmann zieht - überschrieben mit 4. Schlussfolgerungen -, so empfiehlt er dringend vorsorglich eine Auseinandersetzung mit der Einschätzung der konjunkturellen Situation und Entwicklung durch folgende Stellen:

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

durch den Finanzplanungsrat, durch den Konjunkturrat, durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, durch die Deutsche Bundesbank, durch die Auffassung in Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft.

Ich frage Sie: Ist das denn nicht erfolgt? Ist Ihnen denn nicht geläufig, was an Prognosen seitens der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute für Nordrhein-Westfalen wie für das Land insgesamt vorliegt?

(Zuruf von der CDU: Und jetzt?)

Was ganz am Schluss steht, finde ich am spannendsten.

(Manfred Palmen [CDU]: Das hat Herr Moron vergessen!)

Ergebnis, C:

"Vorsorglich sollten einige Einschätzungen zur Begründung der Kreditausweitung über die Re-

gelsätze hinaus vorgenommen werden. Das kann in der mündlichen Behandlung im Verlauf der dritten Lesung im Plenum erfolgen."

(Michael Breuer [CDU]: Aha!)

Lieber Herr Kollege Moron, Herr Ministerpräsident, davon habe ich nun wirklich nichts, aber auch gar nichts hier gehört.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe nur gehört, dass NRW eine gute Zukunft habe und alles viel weniger schlimm sei,

(Edgar Moron [SPD]: Dann haben Sie passagenweise nicht zugehört! - Marc Jan Eumann [SPD]: Partielle Amnesie!)

als wir es hier thematisieren. Außer dem habe ich nichts gehört. Sie haben noch etwa anderthalb Stunden Zeit. In dieser Zeit stehen Sie in der Pflicht, die sorgfältige Begründung zu liefern, wenn Sie auf der sicheren Seite sein wollen,

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

was Sie nach meiner festen Überzeugung nicht sind.

Der Kollege Diegel hat in der letzten Woche im Übrigen darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht nur um die im Gutachten "Birk" angezogenen Punkte geht, die uns hinterfragen lassen, ob der Haushalt verfassungswidrig sei, sondern auch noch um andere Punkte. Denen widmen wir uns in nächster Zeit.

Aber darum geht es mir hier und jetzt im Kern gar nicht. Mir geht es um einen anderen Aspekt. Ich bin kein Verfassungsjurist. Ich bin - wie Sie, Herr Ministerpräsident - Ökonom.

Eine Störungslage des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ist zu verstehen als eine verfassungsrechtliche Ausnahmesituation, um die verfassungsrechtlich gesetzten Grenzen der Verfassung, die Verschuldensgrenzen, zu überschreiten.

Wenn ich mir das so genannte magische Viereck der wirtschaftlichen Entwicklung einmal anschau, dann weiß jeder interessierte Zeitungsleser Folgendes:

1. Stabilität des Preisniveaus. Bei 1,2 %, glaube ich, kann man davon ausgehen, dass die Stabilität des Preisniveaus im Großen und Ganzen gewährleistet ist.
2. Ein hoher Beschäftigungsstand. Dieses Ziel - das ist ganz deutlich - ist klar verfehlt, geschuldet nicht zuletzt Ihrer Politik in Berlin und Ihrer Politik in Düsseldorf.

(Beifall bei der CDU)

3. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Bei einem fast Rekordaußenbeitrag in der Handelsbilanz ist das sicher ein positiver Faktor, der uns vor einem tieferen Absturz in 2001 bewahrt hat.
4. Stetiges und angemessenes Wachstum. Das war ganz sicherlich in 2003 nicht gegeben. Mit einem erwarteten Wachstum von 1,5 bis 2 % oder möglicherweise sogar darüber hinaus - denn der Jahreswirtschaftsbericht, so hört man, wird da noch weiteren Optimismus verbreiten - ist die Lage sicherlich nicht Gold. Aber eine verfassungsrechtliche Ausnahmesituation bei einem Wachstum von 1,5 bis 2 %?

Sie werden es sehr schwer haben, das den Menschen draußen begreiflich zu machen.

Das heißt, Sie haben zu beweisen, dass die von Ihnen geplante verfassungswidrige Neuverschuldung des Landes geeignet ist, volkswirtschaftlich zu höherer Beschäftigung und zu einem Wachstum zu führen, dass - wenn man so will - als angemessen zu bezeichnen wäre.

Jetzt schlage ich vor, einmal einen Augenblick innezuhalten. Denn den Menschen in unserem Land ist seit Jahren und Jahrzehnten vermittelt worden, dass auf kreditfinanzierte staatliche Ausgaben nicht verzichtet werden kann, weil sonst die Konjunktur zusammenbricht. Mir scheint, das wird manchmal einfach nur noch so geglaubt, ohne dass darüber einmal nachgedacht wird.

Nachzudenken ist nach meiner Auffassung vor allem darüber, was eine über die Verfassungsgrenze hinausgehende Verschuldung des Landes überhaupt bewirken kann.

Die Verschuldungsgrenze soll um 1,5 Milliarden € überschritten werden. Das sind 1,5 Milliarden € zu viel. Was kann mit 1,5 Milliarden € zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts bewirkt werden? Kann man damit eine höhere Beschäftigung und ein stetiges angemessenes Wachstum erreichen und beschleunigen?

1,5 Milliarden € sind sage und schreibe 0,07 % des bundesdeutschen Bruttoinlandsprodukts. Anders ausgedrückt: 7 Promille. Das sind 0,32 Prozentpunkte des nordrhein-westfälischen Bruttoinlandsprodukts. Das heißt, Landesregierung und Koalitionsfraktionen behaupten hier, mit diesen 0,07 % bzw. 0,32 % könne der Beschäftigungsstand in unserem Land erhöht werden, könne ein höheres Wachstum in Nordrhein-Westfalen erzielt werden.

(Beifall bei der CDU - Manfred Palmen [CDU]: Sehr schön!)

Wie gesagt: Wer das glaubt, der glaubt auch, dass ein Zitronenfalter tatsächlich Zitronen faltet.

(Beifall bei der CDU)

Hier wird mit Sprechblasen argumentiert. Hier werden - das, Herr Moron, haben Sie heute Morgen in Breite getan - die Leute schlicht für dumm verkauft, ebenso wie in Ihrem Entschließungsantrag.

(Beifall bei der CDU)

Zur Erinnerung: Wir hatten im Januar 1997 in NRW eine Arbeitslosigkeit von 921.000. Wir haben jetzt - nach diversen statistischen Bereinigungen - eine in Höhe von 880.000. Wir hatten davor immer eine Arbeitslosigkeit, die ganz deutlich über dem Bundesdurchschnitt lag. Das heißt, wir haben hier seit 15 Jahren und länger eine immerwährende Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Sie haben, seit Sie von der SPD in Nordrhein-Westfalen in der Verantwortung stehen, in jedem Jahr - weil Sie offenbar daran glauben - die Nettokreditaufnahme erhöht. Sie haben immer mehr Schulden gemacht. Das "beste" Jahr war das Jahr 1992 mit 1,13 Milliarden €. Das schlimmste Jahr war das letzte Jahr mit 6,5 Milliarden €. Neue Kredite! In jedem Jahr haben Sie im Durchschnitt mehr als 5 Milliarden neue Schulden gemacht.

Der Schuldenturm hat inzwischen - wir haben es angesprochen - eine Höhe von etwa 100 Milliarden € erreicht. Dafür zahlt das Land - die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuern - Zinsen und Tilgung, und zwar ca. 5 Milliarden. Herr Ministerpräsident, das sind inzwischen mehr Milliarden, als der gesamte Wissenschafts- und Forschungshaushalt dieses Landes umfasst.

Sie belasten uns somit in unvertretbarer Weise. Sie belasten unsere Zukunft, und damit haben Sie sich an der Zukunft unseres Landes versündigt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie können inzwischen gar nicht so schnell sparen, wie auf der anderen Seite die Schuldendienste steigen.

Wenn Sie uns und den Leuten jetzt weismachen wollen, dass Sie mit diesem Haushalt einen Fortschritt auf dem Wege zur Konsolidierung und zur Zukunftssicherung dieses Landes erzielen, dann offenbaren Sie damit ein Fortschrittsverständnis, welches Sie charakterisiert: Für Sie ist nämlich

Fortschritt schon dann gegeben, wenn Sie beim Rückwärtsgehen nicht stolpern.

(Beifall bei der CDU)

Gestern Abend habe ich noch einmal Ihre mittelfristige Finanzplanung gelesen; diese steht heute ebenfalls auf der Tagesordnung, obwohl keine Zahl mehr stimmt. In dieser mittelfristigen Finanzplanung heißt es: "Schulden sind das finanzpolitische Langzeitgedächtnis der Politik." Das ist eine treffliche Kennzeichnung. Aber auch die Bürger unseres Landes haben ein politisches Langzeitgedächtnis.

Deshalb, Herr Ministerpräsident, wird bei der nächsten ordentlichen Haushaltsrunde an Ihrer Stelle Jürgen Rüttgers sitzen. - Ich danke.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. - Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt Frau Walsken das Wort.

Gisela Walsken¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Stahl, das Schöne an Ihrem letzten Satz ist, dass dazwischen noch die Wählerinnen und Wähler dieses Landes stehen.

(Beifall bei der SPD)

Bis die nicht entschieden haben, wäre ich vorsichtig, hier so arrogant aufzutreten. Das sage ich Ihnen sehr deutlich. Ich wäre an Ihrer Stelle außerordentlich vorsichtig; denn bis dahin wird es noch eine Reihe von Tagen geben, in denen sich noch viel ereignet. Von daher sage ich erneut: Vorsicht mit dieser Arroganz.

Seien Sie auch vorsichtig mit Aussagen, dieser Haushalt sei verfassungswidrig. Suggestieren Sie hier nicht, das sei bereits entschieden. Ich sage deutlich: Solange kein Gericht das festgestellt hat, ist dieser Haushalt nicht verfassungswidrig. Das wird er auch nicht dadurch, dass die CDU das hier behauptet. Meine Damen und Herren, das entscheiden in diesem Lande die Gerichte, nicht aber politische Fraktionen oder Parteien. An dieser Stelle sage ich Ihnen deshalb ebenfalls erneut: Seien Sie vorsichtig auch in Bezug auf die Rolle des Gerichts in NRW.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie hier aus einer Rechtsauffassung von Herrn Prof. Siekmann zitieren, die wir heute Morgen vorgelegt haben, die - ebenso wie die Rechtsauffassung von Prof. Birk - zu werten und

zu diskutieren ist, dann seien Sie künftig bitte auch so freundlich, vollständig zu zitieren.

Denn Prof. Siekmann sagt in seinem Gutachten auf der Seite 20: "Die Begründung der Landesregierung" - ich ergänze: Es geht um die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts - "erfüllt, von geringen Vorbehalten abgesehen, die Anforderungen an die Darlegungslast." - Das haben Sie vergessen zu zitieren.

(Edgar Moron [SPD]: Nein, das geschah bewusst!)

- Vielleicht hat er es absichtlich gemacht. Ich werde Ihnen deshalb jetzt gerne noch einmal in wenigen Worten die Position meiner Fraktion und sicher auch die Position von anderen Gutachtern bzw. Wirtschaftswissenschaftlern in diesem Lande nahe bringen. Es geht um zwei zentrale Fragen:

Erstens. Kann durch uns im Parlament für 2004 die Annahme der Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts vertretbar prognostiziert werden?

Zweitens. Können wir über eine Ausweitung der Kreditaufnahme hier verantwortlich entscheiden, und können wir diese vertreten?

Ich sage Ja und stütze mich damit auf die gesamte Volkswirtschaft, die seit vielen Jahren von großen strukturellen Problemen redet. Sie beschreibt Wachstumsschwäche. Deshalb würde ich sehr gerne - politisch sicher unverdächtig - noch einmal aus dem Gutachten des Sachverständigenrats für die Jahre 2003 und 2004 zitieren. Er spricht dort nämlich von der "außerordentlich geringen Dynamik, die seit Mitte der 90er-Jahre die Lage kennzeichnet".

Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitiere ich zudem wörtlich:

"Diese allgemeinen Strukturprobleme werden noch verschärft durch die besonderen strukturellen und sozialen Probleme des Landes Nordrhein-Westfalen - insbesondere im Ruhrgebiet. Sie sind trotz jahrelanger intensivster Bemühung noch nicht vollständig gelöst. Daraus ergeben sich gegenüber der bundesweiten Situation zusätzliche gravierende Probleme für die Haushaltspolitik des Landes."

Ich glaube, unverdächtiger kann man hier eine Situation nicht beschreiben.

Ich sage - daraus abgeleitet - deutlich, dass der Weg, den uns die Landesregierung über den Haushaltsplan mit seinen beiden Ergänzungen vorschlägt, der richtige ist, nämlich eine Verbindung von durchaus schmerzhaften Anpassungen

auf der Ausgabenseite mit einer Ausweitung der Kreditaufnahme, um nicht die besonders schwache private Nachfrage noch mit kompensatorischen Abgabehöhen an anderer Stelle oder noch rigoroseren Ausgabenkürzungen zu beschädigen.

Ich halte diesen Weg für richtig, meine Damen und Herren, und ich will auch sehr gerne aus der Debatte - Herr Kollege Stahl, das ist Ihnen durchaus bekannt - aus dem Haushalts- und Finanzausschuss einige Beispiele nennen, warum wir uns für diesen Weg entschieden haben, nicht aber weitere 1,5 Milliarden aus diesem Landeshaushalt herauschneiden.

Dazu möchte ich gerne den Personalbereich ansprechen. Er hat heute Morgen schon eine Rolle gespielt. Wir haben harte Einsparungen vorgenommen: Verlängerung der Arbeitszeiten, Absenkung der Sonderzuwendungen und Abschaffung des Urlaubsgeldes - in einer Höhe von fast 470 Millionen €.

Hätten wir weiter eingespart, wären nur noch wenige Instrumente geblieben, nämlich die weitere Absenkung der Sonderzuwendung, die völlige Abschaffung dieser Zulage oder weitere Einsparungen beispielsweise durch so genannte betriebsbedingte Kündigungen im Angestelltenbereich. Wir haben uns ausdrücklich entschieden, dies nicht zu tun - wegen der Sicherheit der Arbeitsplätze, aber auch im Hinblick auf die private Nachfrage, die uns außerordentlich wichtig ist.

Ich sage an dieser Stelle auch: Ein genereller Einstellungsstopp hätte nachhaltig den Schulbereich getroffen; denn dort werden wir in 2004 mit 7.000 Stellen den größten Nachbesetzungsandrang haben. Diese Diskussion haben wir oft genug geführt. Daher sind hier weitere Einsparungen nicht zuzumuten, wenn man nicht eine entsprechende Verschlechterung des Klimas auf dem Arbeitsmarkt in Kauf nehmen will.

Aber das ist nicht der einzige Bereich. Wenn Sie sich die Sachausgaben, die so genannten sächlichen Verwaltungskosten, anschauen, dann stellen Sie fest, dass es auch dort außerordentlich problematisch ist, weiter einzusparen. Wir haben zurzeit noch etwa 3 Milliarden € so genannte Sachausgaben in unserem Haushalt. Davon ist ein großer Teil, nämlich über 1 Milliarde €, bereits über Mietverträge und Ähnliches gebunden.

Wir haben einen Betrag für Auslagen in Rechtsachen. Wir brauchen das Geld allerdings auch, um den entsprechenden Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten. Das heißt, wir brauchen das Geld, um weiterhin Büroausstattung, ADV-Ausstattung,

technische Geräte, Anschaffungen im Bereich der Polizei usw. zu finanzieren. Wenn wir an dieser Stelle weiter gekürzt hätten, wären insbesondere in den speziellen Marktsegmenten, in denen diese Artikel nachgefragt werden, beträchtliche Beschäftigungseinbrüche sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Insbesondere im personell relevanten Bereich der Reinigungs- und Dienstleistungen haben wir uns nicht für weitere Einsparungen entschieden. Ich halte das auch für völlig richtig.

Letzter Bereich: die Kommunal Finanzen. Hätten wir weiter in Höhe von 1,5 Milliarden € eingespart, hätten unter Berücksichtigung der bereits möglichen Einsparungen bei den konsumtiven Zuweisungen an die Kommunen weitere Einsparungen in Höhe von fast 450 Millionen € vorgenommen werden müssen. Das halten wir mit der Überlegung „Welche Auswirkungen hat das auf die öffentliche Nachfrage vor Ort?“ ebenfalls für problematisch.

Es gibt einen zweiten Grund, der uns verleitet hat, an dieser Stelle nicht weiter einzusparen: das Stabilitätsgesetz des Bundes, insbesondere § 16. Das können Sie, wenn Sie Interesse haben, gerne auf Seite 3 in unserer heutigen Entschließung nachlesen. Dann wird klar, dass für den Erfolg einer konjunkturgerechten Ausrichtung der öffentlichen Haushalte auch die Gemeinden einen entsprechenden Beitrag zu leisten haben. Eine solche Einbeziehung der Gemeinden ist nach diesem Gesetz nicht nur wegen eines konzertierten Vorgehens aller Gebietskörperschaften erforderlich, sondern vor allem - und das ist entscheidend - wegen der hohen Investitionstätigkeit der Kommunen vor Ort und der daraus resultierenden Auftrags- und Ausgabenwirkung. Das ist uns an dieser Stelle wichtig, auch im Hinblick auf das Bundesgesetz.

Die Kommunen haben nicht nur diesen Auftrag. Ganz im Gegenteil - ich zitiere wörtlich § 16 Abs. 2 des Stabilitätsgesetzes, Herr Präsident -:

„Die Länder haben durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass die Haushaltswirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände den konjunkturpolitischen Erfordernissen entspricht.“

(Edgar Moron [SPD]: Genau das tun wir!)

Genau daraus abgeleitet werden wir die Kommunen in die Lage versetzen, durch eigene Investitionen aktiv einen Beitrag zur Unterstützung und zur konjunkturellen Belebung in unserem Land zu leisten. Würden wir das nicht tun, würden wir die Mittel an die Kommunen zurzeit nicht kreditieren

oder stunden oder einfach nicht zurückfordern, dann gäbe es dort eine zusätzliche Ausgabenlücke, die zu einem weiteren Einbruch gerade in den Bereichen führen würde, in denen Arbeitsplätze gesichert werden müssen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem weiteren Zitat schließen; manchmal trägt das ja durchaus zur Versachlichung der politischen Lage bei. Dieses Zitat, Herr Kollege Rüttgers, ist aus dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 10. Dezember zum Gesetzentwurf der hessischen Landesregierung anlässlich der Haushaltsberatung des Landtags. Ich zitiere wörtlich:

„Die im Rahmen des Haushaltes 2004 praktizierte ausgewogene Balance zwischen nachhaltiger Konsolidierungspolitik in vertretbarem Umfang einerseits und zusätzlicher Kreditaufnahme andererseits ist daher realistisch die einzige Möglichkeit des Landes, zu einer Wiederbelebung und Festigung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumskräfte beizutragen.“

Meine Damen und Herren, ich habe diesen Worten des CDU-Antrags nichts hinzuzufügen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. - Für die FDP erteile ich jetzt Frau Freimuth das Wort.

Angela Freimuth^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist ganz ohne Zweifel ein tolles Land, ein attraktiver Standort und hat - das ist das Tollste an Nordrhein-Westfalen - Menschen mit Leistungsbereitschaft und Leistungswillen.

Wenn der Ministerpräsident hier darauf hinweist, dass an all dem, was Nordrhein-Westfalen ausmacht, auch die von SPD und Grünen geführte Landesregierung wenigstens in Teilen nicht völlig unbeteiligt war, muss man sagen: Auch das stimmt bedauerlicherweise. - Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin die Gründungszahlen angesprochen, Sie haben die Anzahl der Ich-AGs angeführt. Ich wäre Ihnen wirklich sehr dankbar gewesen, wenn Sie zur Abrundung des Bildes auch die Insolvenzzahlen und die immer noch zu hohe und steigende Zahl der Beschäftigungslosen in Nordrhein-Westfalen angeführt hätten. Das gehört nämlich auch dazu. Und daran ist diese Landesregierung von SPD und Grünen in der Tat bedauerlicherweise nicht ganz unbeteiligt.

Herr Moron - jetzt ist er leider nicht da -: Es ist, wie ich finde, schon eine Unverschämtheit, Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause zu unterstellen, sie würden sich an einer misslichen Lage in diesem Land erfreuen. Wir haben nämlich alle miteinander an unserem ersten Tag in diesem Parlament geschworen, für die Menschen in diesem Land das Beste nach Recht und Gewissen zu tun, das, was uns möglich ist.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen halte ich es - ich bitte die Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es Herrn Moron auszurichten - für eine Unverschämtheit, dass eine solche Unterstellung in den Raum gestellt wird.

(Beifall bei der FDP - Hans Peter Lindlar [CDU]: Richtig!)

Es ist sehr schade, dass Kollege Moron nicht da ist.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

- Ja, der Ministerpräsident war ganz unstrittig der attraktivere, aber auch der rhetorisch brillantere Fraktionsvorsitzende.

(Heiterkeit bei der FDP - Oh-Rufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte einen Punkt aufgreifen, den Kollege Moron angesprochen hat. Er hat von politischer Verantwortung gesprochen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen, insbesondere bei einer Landesregierung, die zwei verfassungswidrige Haushalte politisch zu verantworten hat.

Herr Ministerpräsident, liebe Kollegin Walsken, Sie haben vorhin in Bausch und Bogen sämtliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Haushalte vom Tisch gewischt. Ich habe schon, bevor das Gutachten von Herrn Prof. Birk vorlag, vor einer Woche hier im Parlament sehr deutlich für die FDP-Fraktion meine Zweifel angemeldet, weshalb wir große Bedenken haben, dass dieser Haushalt verfassungsgemäß ist.

Es ist weder von Ihnen dargelegt worden noch finden sich irgendwo in der Politik, die mit diesem Haushalt verkörpert wird, die Instrumente, mit denen es geeignet erscheint, eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts - ich gehe in der Tat mit Ihnen gemeinsam davon aus, dass eine solche Störung vorliegt - zu beheben. Das ist der zentrale Vorwurf, und das ist auch der politi-

sche Vorwurf unabhängig von der rechtlichen Beurteilung.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Der politische Vorwurf ist, dass Sie hier offensichtlich wild entschlossen sind, mit Mehrheit in diesem Parlament eine Politik zu verantworten und durchzusetzen, die keinen geeigneten Beitrag zur Abwendung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts leistet.

(Beifall bei der FDP - Gisela Walsken [SPD]:
Wo ist denn die FDP?)

Meine Damen und Herren, Sie nehmen Kredite auf, um die Zinsen, die das Land Nordrhein-Westfalen bezahlen muss, überhaupt bezahlen zu können. Nichts, aber auch gar nichts davon geht in Maßnahmen für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nichts davon fließt in einen Haushalt der sozialen Verantwortung eines Rechtsstaates. Apropos Rechtsstaat: Wenn ich die eine oder andere Äußerung des Innenministers höre, was gentechnische Erhebungen usw. angeht, habe ich ohnehin meine Zweifel. Aber das gehört genauso wenig zur Sache wie die Themen, die der Ministerpräsident angesprochen hat.

Zuwanderungsgesetz! Herr Ministerpräsident, ich will es einfach nur der Vollständigkeit halber, weil Sie das Thema angeschnitten haben, sagen: Ich würde mir wünschen, dass wir im Bundestag, im Bundesrat dazu endlich eine Regelung bekämen, nach der wir in Deutschland anerkennen, dass wir ein Zuwanderungsland sind, und mit der eine Zuwanderung ermöglicht wird.

Deswegen kann ich den Appell, den Sie an die Kolleginnen und Kollegen der Union gerichtet haben, mit Nachdruck unterstützen. Ich würde mir wünschen, dass auch die Union hier etwas stärker in Bewegung kommt, als es bislang in Teilen der Fall ist. Hier, glaube ich, sind wir bundesweit in der Verantwortung und müssen das schultern.

Beim Thema Gesundheitsreform will ich Sie nur darauf hinweisen, dass die FDP im Deutschen Bundestag der Gesundheitsreform nicht zugestimmt hat.

(Zuruf von Frank Baranowski [SPD])

Wenn Sie da von Mithaftung sprechen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie das an diejenigen, die es angeht, richten.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- Weil Sie das ansprechen: Es gibt so viele Dinge, die hier im Land gar nicht entschieden werden; das hat uns aber bislang nicht davon abgehalten, Einfluss zu nehmen. Da haben Sie die Möglichkeit, über den Bundesrat initiativ zu werden. Die nordrhein-westfälische Landesregierung ist auch in Brüssel aktiv, vielleicht nicht ganz so, wie man es sich manchmal wünscht, aber das Land ist dort immerhin vertreten. Sie betreibt ein Lobbying für dieses Land, und das ist richtig und gut so und gehört sich auch so.

Deswegen müssen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür werben, dass die Dinge, die wir für richtig empfinden, auch in den Bereichen, die nicht unmittelbar der Landesgesetzgebung unterliegen, umgesetzt werden, d. h. im Deutschen Bundestag, im Bundesrat und im Europäischen Parlament. Ich erwarte vom Ministerpräsidenten und von der Landesregierung, dass sie dort die Interessen Nordrhein-Westfalens wahrnehmen und vertreten. Nur so können wir die Probleme lösen, auf deren Lösung wir zwingend angewiesen sind.

Wir haben sehr intensiv über das Personal dieses Landes diskutiert. Viele Regelungen können wir als Land gar nicht ändern. Wir sind darauf angewiesen, dass der Bund zu einer Veränderung kommt, dass wir als Land auf Bundesebene mehr Möglichkeiten eröffnet bekommen, das öffentliche Dienstrecht anders zu strukturieren, anders zu ordnen. Wir müssen zu Lösungen kommen, wie wir so etwas wie Pensionsverbindlichkeiten ausweisen, wie wir dafür Rücklagen schaffen oder diese nach Möglichkeit ganz vermeiden können.

Sie haben vorhin die Umsatzbesteuerung angesprochen. Wenn wir wirklich zu einer Ist-Besteuerung kommen, müssen wir auch auf europäischer Ebene aktiv werden, weil wir da Grenzen aufgezeigt bekommen haben.

All das sind Bereiche, bei denen ich mir wünsche, dass wir stärker als bisher aktiv werden und das, was wir gemeinsam für richtig erachten, auch umsetzen. Es gibt aber einiges, was sehr wohl in die Zuständigkeit des Landes und der Landespolitik fällt.

Der Herr Ministerpräsident war so freundlich, heute inzidenter anzuerkennen, dass es an nordrhein-westfälischen Schulen Unterrichtsausfall gibt. Ich empfinde es als "Krönung", dass wir die Priorität nicht eindeutig auf die Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen setzen, sondern Mittel für ein Projekt wie "Waldpädagogik unter Genderaspekten" bereitgestellt werden. Denn immerhin werden

den Ersatzschulen im gleichen Atemzug die Zuschüsse gestrichen und in den Landesjugendplan nicht die erforderlichen Mittel eingestellt. Dort wären die Mittel wesentlich sinnvoller investiert als in "Waldpädagogik unter Genderaspekten".

Meine Damen und Herren, nach wie vor werden im Landeshaushalt fatal falsche Prioritäten gesetzt. Das werden wir als FDP auf keinen Fall billigen.

Sie haben vorhin betont, dass Sie kräftig gespart hätten. Glauben Sie denn, dass die jungen Menschen, die dort oben auf der Tribüne sitzen, nicht begriffen haben, was bei uns in Nordrhein-Westfalen passiert? Meinen Sie wirklich, die hätten nicht verstanden, dass es notwendig ist, Mittel einzusparen und dafür klare Prioritäten zu setzen? - Meine Damen und Herren, an der Stelle mache ich Ihnen nach wie vor den Vorwurf, hierfür kein zumindest mittelfristiges Sanierungskonzept vorgelegt zu haben. Die Kollegin Löhrmann hat in ihrem Redebeitrag auf ein langfristiges transparentes Konzept abgestellt. Das müsste in der Tat her. Ansätze hierfür sind bei Ihnen aber in keiner Weise erkennbar.

Die meisten der von den Einsparungen betroffenen Träger haben - wenn auch früher als wir Abgeordneten - den Entwurf des Landeshaushalts gut zehn Tage vor dem Parlament erhalten. Dem war der deutliche Hinweis zu entnehmen, bereits jetzt schon zum 31. Dezember Kündigungen auszusprechen. So hat niemand eine wirklich verlässliche Planungssicherheit. Ein solches Handeln ist unverantwortlich.

Deshalb wiederhole ich meinen Vorwurf aus der letzten Woche: Das ist unsozial. Für die Notwendigkeit, einsparen zu müssen, wird sich eine Akzeptanz gewinnen lassen. Aber unsozial ist die Art und Weise, in der Sie die Menschen vor den Kopf stoßen, weil Sie ihnen keine Chance einräumen, alternative Finanzierungs- und Ausgestaltungsformen zu finden. An der Stelle kann ich den Unmut der Jugendlichen, der freien Träger, der Familienberatungsstellen und anderer Institutionen sehr gut verstehen, die mit Recht von Ihnen enttäuscht sind. Das ist nämlich Ausdruck einer unsozialen Politik.

Ich möchte noch einmal auf den Kollegen Moron, der immer noch nicht im Saal ist, zu sprechen kommen. Er hat vorhin gesagt, dass es Dinge gibt, die man nicht tut. In der Tat!

(Widerspruch von Frank Baranowski [SPD])

- Herr Baranowski, lassen wir einmal das Pfeifen im Walde beiseite, das an der Stelle eindeutig zu

hören war. Das war gar nicht so mutig, wie es klingen sollte.

Wenn Herr Moron sagt, dass es Dinge gibt, die man nicht tut, so kann ich ihm nur zustimmen. Es geht darum - das hat er natürlich nicht auf sich bezogen -, dass etwas bestellt wird, was andere bezahlen sollen. In meinen Augen kommt einem absoluten Armutszeugnis gleich, dass die Vertreter von SPD und Grünen wie auch die Kollegen der Union im Landtag zwar einen entsprechenden Antrag eingebracht haben, Sie es aber im Deutschen Bundestag nicht übers Herz bringen konnten, sich für eine Verankerung des Konnexitätsprinzips auszusprechen. Auch hier im Lande haben wir es im Moment nur mit einem Rufen im Wald zu tun.

(Frank Baranowski [SPD]: Dummes Zeug!)

Wir brauchen nicht nur mittel-, sondern sogar kurzfristig eine andere Finanzierung für unsere Kommunen, als Sie sie bis dato vorgelegt haben. Eine Stundung ist für die Kommunen keine Lösung. Damit retten Sie sich vielleicht über einen verfassungswidrigen oder auch verfassungsgemäßen Haushalt für das Jahr 2005 hinweg;

(Frank Baranowski [SPD]: Sie irren gewaltig!)

für die Kommunen bedeutet dies aber keine Lösung, weil sie im Ergebnis die Mittel aufbringen müssen, ohne zu wissen, wie Sie über die Runden kommen sollen.

Herr Moron hat eben von den in Kürze anstehenden Wahlkämpfen gesprochen. Ist nicht - das muss ich fragen - die eine oder andere seiner Aktionen rein auf Wahlkampf abgestellt?

Meine Damen und Herren, der FDP fehlt im vorgelegten Haushaltsentwurf nach wie vor ein mittel- bzw. langfristig angelegtes transparentes Sanierungskonzept. Es fehlen deutliche Ansätze, wie wir zu einer nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik kommen können.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich noch einige positive Aspekte aufführen, ist doch an diesem Haushalt nicht alles durch und durch schlecht:

Ich möchte mich zunächst ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums sowie dem Wissenschaftlichen Dienst der Landtagsverwaltung, den Mitarbeitern des Landesrechnungshofes und bei sämtlichen Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen bedanken bedanken. Immerhin war es uns möglich, in der Personalausgabenbudgetierung gemeinsam

einen deutlichen Schritt nach vorne zu kommen. Wir haben es über alle Fraktionen hinweg gegen Widerstände durchsetzen können, dass die Landesregierung spätestens ab 2006 flächendeckend für die gesamte Landesverwaltung eine Personalausgabenbudgetierung einführen wird. Ich erwähne bei der Gelegenheit, dass wir alle diese Budgetierung gerne früher realisiert hätten.

Es freut insbesondere die FDP, die zum Thema Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik einen entsprechenden Antrag vorgelegt hat, dass wir im Haushaltsgesetz eine Berichterstattung festlegen, die an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet sein wird. Wir hätten es uns noch ein bisschen weiter gehend gewünscht, aber das war offensichtlich nicht durchsetzbar. Auch an dieser Stelle haben wir sehr deutlich gezeigt, dass wir zu Kompromissen bereit sind, wenn es darum geht, sinnvolle Entscheidungen zu treffen.

Meine Damen und Herren, die Freude über diese sehr kleinen, aber immerhin doch sehr ausschlaggebenden Aspekte täuscht dennoch nicht darüber hinweg, dass der Rest des Haushaltsgesetzes außer diesen beiden §§ 7 a und 7 b unsere Zustimmung nicht finden können.

Wir hätten uns von Ihnen eine mutigere Politik gewünscht. Wir hätten uns einen mutigeren Einstieg in eine strukturelle Veränderung und in einen deutlichen Subventionsabbau, der sich bei Ihnen bedauerlicherweise überhaupt nicht findet, gewünscht.

Um noch einmal auf die Steinkohle einzugehen: Sie halten nach wie vor - wenn auch mit kleinen Wacklern; Herrn Priggen sehe ich im Moment auch nicht - an der Steinkohlesubvention fest. Sie halten nach wie vor an Programmen wie "Waldpädagogik unter Genderaspekten" fest. Sie halten nach wie vor an ganz vielen Kleinigkeiten, an vielen lieb gewonnenen Programmchen und Programmen fest, die aus unserer Sicht in keiner Weise geeignet sind, tatsächlich die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren. Aus diesem Grunde werden wir den Haushalt ablehnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Müller.

Edith Müller (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte hier eine Meldung in der Hand, die zwar von gestern stammt, aber - wie ich finde - immer noch hoch aktuell ist. Hier

heißt es - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten - unter der Überschrift "Jeck des Tages":

"Jürgen Rüttgers ist ein echter Sitzungshopper! Kaum ein Saal, in dem man unseren CDU-Landeschef nicht antrifft, und jedes Mal hat der Jeck ein neues Kostüm. Vorbildlich!"

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Rüttgers, gestern waren Sie noch der Jeck des Tages. Heute sind Sie der Jeck der Woche. Im Karneval scheint Ihre Kreativität keine Grenzen zu kennen: Jeden Tag ein neues Kostüm - das finde ich genial.

Es wäre uns allerdings hoch willkommen, wenn Sie nur ein einziges Mal mit einer vergleichbaren Kreativität den Haushalt des Landes bearbeiten würden. Stattdessen hören wir jedes Jahr die gleichen Vorschläge, und wir sehen immer das selbe öde löchrige graue Mäntelchen, mit dem Sie nur schwerlich Ihre Ideenlosigkeit kaschieren können.

Wir, Herr Dr. Rüttgers, werden daran arbeiten, dass Sie auch in Zukunft Ihre Kreativität im Karneval ungehindert entfalten können. Da sind Sie wohl besser aufgehoben als hier im Landtag.

Meine Damen und Herren, zurück zum Ernst der Diskussion! Wir haben uns die Haushaltsberatungen nicht leicht gemacht; das ist in allen Reden angesprochen worden. Es handelt sich um einen schwierigen Haushalt. Teilweise haben wir von einer "Notoperation" gesprochen.

Abschließend möchte ich in diesem Zusammenhang aus der Entschließung, die wir Ihnen vorlegen, zitieren, damit dies deutlich wird:

"Die Haushalts- und Finanzpolitik des Landes steht ganz im Zeichen dieser schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation. Es gilt, eine Balance zu finden, bei der auf der einen Seite die erkennbaren positiven konjunkturellen Signale gestützt und auf der anderen Seite die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen fortgesetzt werden."

Ich finde, dass in diesem Abschnitt des Entschließungsantrages sehr deutlich wird, in welchem Spannungsfeld wir uns bewegt haben. Ich meine, dass der Doppelhaushalt im Ergebnis die richtige Antwort sowohl der Landesregierung als auch der Koalitionsfraktionen auf diese schwierige Lage ist.

Es ist in den Beratungen - und verschiedene Rednerinnen und Redner haben es angesprochen - aber auch deutlich geworden: Wir sind in der Tat mit unseren autonomen Handlungsmöglichkeiten sehr beschränkt. Manchmal sind wir so-

gar am Ende mit unseren eigenen Handlungsmöglichkeiten.

Deswegen scheint es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir dringend neue Reformschritte brauchen. Dankenswerterweise hat Frau Freimuth darauf hingewiesen, dass wir sowohl mit dem Instrument der Personalausgabenbudgetierung als auch mit dem Instrument der Nachhaltigkeitsüberprüfung unseres Landeshaushaltes neue und richtige Wege beschreiten.

Wir haben mit dem Bericht über die Versorgungsentwicklung im Lande Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal ein Papier, das die demographische Entwicklung unseres Landes ins Blickfeld nimmt. Die Aufforderung an die Landesregierung, wie wir es in § 7 b formulieren, geht dahin, uns Instrumente vorzuschlagen und an die Hand zu geben, mit denen wir z. B. die demographische Entwicklung in Gesetzgebungsverfahren überprüfen können, um dann möglicherweise - das ist jedenfalls meine Hoffnung - mit dem, was wir mittelfristige Finanzplanung nennen, etwas dichter an der Wirklichkeit zu sein.

Apropos Versorgungsbericht: Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass wir - das werden wir auch durch eine Entschließung unterstützen - bereits im nächsten Jahr ein Gesetzgebungsverfahren zur Einrichtung eines Kapitalstocks zur Absicherung der Pensionsleistungen für die Zukunft einleiten werden. Ich freue mich sehr darüber; denn Sie wissen, dass die Pensionsleistungen in Zukunft angesichts der enormen Steigerungsrate aus normalen Haushaltsmitteln fast nicht mehr zu decken sein werden. Deshalb ist es sinnvoll und notwendig, dort Vorsorge zu betreiben. Wir werden in diesem Gesetzgebungsverfahren mit Sicherheit die beste und richtigste Variante auswählen.

Das weist noch auf einen weiteren Punkt hin, den ich ansprechen möchte. Dieser betrifft das Stichwort Reform des öffentlichen Dienstes. Ich möchte sehr eindringlich an die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion appellieren, auf diesem Feld nicht so zu blockieren, wie sie es an anderer Stelle - beispielsweise im Vermittlungsausschuss beim Thema Subventionsabbau - getan haben.

Es ist von wesentlicher Voraussetzung für die flexiblere Bewirtschaftung von Personalausgaben in unserem Landeshaushalt, dass an dieser Stelle Reformen im Bereich des öffentlichen Dienstrechtes kommen. Sie kennen unsere Auffassung: Wir wollen ein einheitliches öffentliches Dienstrecht. Wir wollen leistungsbezogene Entgelte, und wir wollen hier in Nordrhein-Westfalen alles unter-

nehmen, was auch unterhalb einer Verfassungsänderung möglich ist. Ich wäre dankbar, wenn Sie unsere Bemühungen an dieser Stelle unterstützen würden.

Die Zweiteilung zwischen beamteten Lehrern und angestellten Lehrern macht keinen Sinn. Wir brauchen einen ganz normalen Lehrer- und Lehrerinnenarbeitsmarkt.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das sind Entwicklungspotenziale, die wir in der nächsten Zeit ausnützen müssen, um die Anforderungen z. B. im Bereich der Bildung besser, flexibler, effizienter und mit Sicherheit auch mit mehr Motivation der Beschäftigten voranzubringen.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, dass wir dringend, wirklich dringend die Reform des Föderalismus benötigen. Im Augenblick laufen die Diskussionen auf EU-Ebene. Wir haben dort immer vertreten: Wir brauchen einen Kompetenzkatalog, damit die Bürgerinnen und Bürger wissen, wer in Zukunft was macht. Was wird in Brüssel entschieden? Was wird in Düsseldorf entschieden? Was wird in Berlin entschieden?

Diese Klarheit, meine Damen und Herren, brauchen wir ganz dringend in Bezug auf die Bundesrepublik selber. Es muss transparenter und klarer werden, was wir hier in Düsseldorf zu entscheiden haben und was Bundesangelegenheiten sind. Wir müssen runterkommen von den massiven Verflechtungstatbeständen, die wir zu verzeichnen haben. Wir brauchen mehr Autonomie des Landes in Bezug auf die Gestaltung unserer eigenen Angelegenheiten.

Selbstverständlich, Frau Freimuth, fällt da das Stichwort Konnexität. Ich kann Sie beruhigen: Die Gesetzentwürfe liegen auf dem Tisch. Nächste Woche, soweit ich es überblicke, gibt es dazu eine Anhörung. Von daher brauchen Sie das nicht einzufordern. Das ist alles auf dem Weg.

(Angela Freimuth [FDP]: Aber die Kollegen der Grünen haben es abgelehnt!)

Autonomie, mehr Transparenz und Klarheit in Bezug auf die Kompetenzen sind dringend erforderlich, um auch positive Auswirkungen auf den Landeshaushalt in Zukunft verzeichnen zu können.

Mein allerletzter Punkt, bezogen auf den enormen Schuldenstand unseres Landes und auf die wachsende Neuverschuldung: Ich bin der festen Überzeugung, dass die bisherigen verfassungsrechtlichen Vorgaben, die wir an dieser Stelle haben, nicht ausreichen. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir gemeinsam - ich glaube, das geht

nur gemeinsam - zu so etwas wie einem nationalen Stabilitätspakt kämen.

Die Beschlussfassung des Finanzplanungsrates, die Begrenzung des Ausgabenwachstums auf 1 %, reicht nicht aus, um die Haushalte zu sanieren und wieder ausreichend zukunftsfähig zu machen. Wir brauchen dringend einen verlässlichen Rahmen, der - ich betone - allen Bundesländern und dem Bund gemeinsam auferlegt, wie wir von diesem Schuldenstand herunterkommen. Das ist eine Anforderung, die auf uns lastet. Wir werden sie angehen. Wir werden nicht locker lassen, um entsprechende Regelungen zu finden.

Mein letztes Wort - ich habe es in der Debatte letzte Woche schon einmal gesagt -: Ich habe sehr viele Diskussionen geführt mit Zuwendungsempfängern, mit Einrichtungen, die voller Hoffnung auf den Landeshaushalt schauen, mit Schülerinnen und Schülern, die fragen, wie es in der Bildung weitergehen wird, mit Studenten, die fragen, wie es in der Forschung, mit den Hochschulen weitergehen wird, mit Erziehungsberatungsstellen und, und, und.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Ich habe ein Bild von Nordrhein-Westfalen bekommen, das mich sehr ermutigt. Die Menschen, die in diesen Projekten arbeiten, die in diesen Einrichtungen tätig sind, die etwas von unserem Landeshaushalt, von unseren politischen Entscheidungen erwarten, wissen, dass die Zeit für Reformen gekommen ist, dass diese Stunde geschlagen hat.

Sie sind wirklich kreativ. Sie bemühen sich, sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen. Sie sind diejenigen gewesen, die uns in der Aufforderung unterstützt haben, die Richtlinien so zu flexibilisieren, dass man effizienter mit den zugewiesenen Mitteln umgehen kann.

Wenn wir diesen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen, dieses Reformpotenzial in den Dialog, in die Politik einbringen und gemeinsam Konzepte entwickeln - dazu haben wir die nächsten zwei Jahre ausreichend Zeit -, dann bin ich ziemlich sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger unsere Entscheidung heute für gut befinden und sich gleichzeitig an der Fortsetzung des Reformprozesses beteiligen. Und das, finde ich, ist die wahre Fundgrube des Landes. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin Müller. - Das Wort hat Herr Finanzminister Dieckmann für die Landesregierung.

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen kurz vor dem Abschluss eines sehr lange dauernden und für alle Beteiligten sehr fordernden Haushaltsverfahrens. Ich denke, es ist angezeigt, auf einige Kernaussagen zurückzublicken, die ich bei der Einbringung des Entwurfs des Doppelhaushaltes formuliert habe.

Ich habe damals gesagt: Ein Doppelhaushalt bewährt sich gerade in schwierigen Zeiten. Er ist ein klares Zeichen für den Konsolidierungskurs des Landes. Wir werden - so habe ich damals angekündigt - alle gesellschaftlichen Gruppen angemessen an dieser größten Konsolidierungsmaßnahme des Landes beteiligen. Dies ist geschehen.

Meine Damen und Herren, so schmerzlich die Kürzungen im Einzelnen sind: Wir konsolidieren von einem hohen Niveau. Das ist heute mehrfach am Beispiel der Zuwendungen für die Ersatzschulen gezeigt worden.

Wir werden diesen Haushalt nicht ohne eine bemerkenswerte Kreditaufnahme beschließen können. Auch dies ist deutlich geworden. Ohne Kreditaufnahme geht es in dieser schwierigen Lage nicht.

Wir haben trotz aller Schwierigkeiten die Handlungsfähigkeit der Landesregierung und der sie tragenden Koalition unter Beweis gestellt.

Ich habe damals meine Bemerkungen mit den Sätzen beendet: „Auch hier gilt: Das Bessere ist der Feind des Guten. Änderungen sind willkommen, dürfen die Ausgaben aber nicht erhöhen.“

Dieses Angebot haben die Koalitionsfraktionen angenommen. Es ist in einer sehr fruchtbaren Diskussion gelungen, weitere zukunftsweisende Schritte zu verabreden.

Was die Opposition angeht, so ist dieses Angebot weitgehend unbeachtet geblieben. Wenn ich Revue passieren lasse, was die letzten Wochen an konkreten Vorschlägen gekommen ist, so muss ich sagen: im Wesentlichen Fehlanzeige! Stattdessen hat sich die CDU darauf beschränkt, sozusagen in letzter Minute das Thema Verfassungswidrigkeit auf die Tagesordnung zu bringen. Herr Stahl, der jetzt leider nicht mehr da ist ---

(Helmut Stahl [CDU] spricht mit Abgeordneten der SPD-Fraktion.)

- Ich bitte um Nachsicht. Herr Stahl hat sich heute unter Darlegung bemerkenswerter volkswirtschaftlicher Einsichten bemüht - meistens scharf an der Sache vorbei -, diesen Vorwurf zu entkräften.

Meine Damen und Herren, deshalb sage ich hier für die Landesregierung noch einmal ganz klar: Wir gehen davon aus, dass eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes vorliegt. Dies sagen wir in Auswertung aller fachlichen Äußerungen, wie sie Prof. Siekmann in seinem Gutachten einfordert. Hier gibt es keinen Widerspruch.

Wir haben es mit der Gefahr zu tun, dass wir das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes, das uns im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz eigentlich aufgegeben wird, im Jahre 2004 erneut verfehlen; denn das für 2004 erwartete moderate Wirtschaftswachstum liegt nicht so deutlich oberhalb der Beschäftigungsschwelle, dass wir auf dem Arbeitsmarkt mit der nötigen Besserung rechnen können.

Das ist für alle, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben, eine einsichtige Grundlage. Nicht jedes Wirtschaftswachstum löst bereits neue Beschäftigung aus. Man geht heute erfahrungsgemäß davon aus, dass erst ein Wirtschaftswachstum von 2 % spürbare Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt bewirkt. Ein solches Wachstum können wir unseren Berechnungen trotz der Lichtblicke, die Herr Kollege Schartau gestern beschrieben hat, nicht zugrunde legen.

Meine Damen und Herren, außerdem bitte ich insbesondere die CDU, zur Kenntnis zu nehmen, dass nur einer der vier Punkte des von Herrn Stahl so bemerkenswert beschriebenen magischen Vierecks gefährdet zu sein braucht, um die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes auszulösen. Das hat niemand Geringeres als der niedersächsische Staatsgerichtshof so formuliert, nämlich in seiner Entscheidung vom 10. Juli 1997, und zwar in einer Situation, als die durchschnittliche Erwerbslosenquote im Bundesgebiet 5,5 % und in Niedersachsen 6,8 % betrug.

Das war seinerzeit ein Unterschied von 1,3 %. Unsere Erwartungen gehen davon aus, dass es derzeit einen Unterschied von 1,2 % gibt. Dann ist es erst recht zulässig, von einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes auszugehen.

Zum Zweiten ist auch sicher, dass die von uns beabsichtigte Kreditaufnahme dazu bestimmt und geeignet ist, die Störungslage abzuwenden. Dafür reicht es aus - so sieht es die Verfassungsrechtsprechung vor -, dass dieses Mittel geeignet ist,

den weiteren Abbau von Staatsausgaben zu verhindern.

Ohne die zusätzliche Kreditaufnahme - Frau Kollegin Walsken ist darauf eingegangen - hätten wir die konsumtiven Ausgaben um 1,5 Milliarden € reduzieren müssen. Das bedeutet, dass dann die Gesamtausgaben gegenüber 2003 um 2,2 % zurückgehen würden. Eine solche Haushaltspolitik wäre prozyklisch und ist in keiner Weise zu vertreten - weder wachstumspolitisch noch beschäftigungspolitisch.

Auch dies haben wir insbesondere in der Zweiten Ergänzung ausführlich auf mehreren Seiten dargelegt. Ich erlaube mir dazu den Hinweis, dass die Voraussetzungen für die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes in den Gesetzgebungsmaterialien in einer Ausführlichkeit dargelegt sind, wie sie in kaum einem Bundesland erreicht wird.

Zum Dritten ist schon sehr zutreffend davon die Rede gewesen, was wir im Interesse der konjunkturpolitischen Verbesserungen auf der Ebene der Kommunen tun. Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen, was insbesondere Frau Walsken gesagt hat: Diese Hilfe, wie sie im Haushaltsplan 2004 und im Haushaltsplan 2005 vorgeschlagen wird, ist nicht nur zulässig - nein, sie ist auch Teil des Auftrags, den uns das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz im § 16 mitgibt. Von daher bin ich sicher, dass auch hier keine rechtlichen Bedenken begründet sind.

Zum Vierten will ich sehr deutlich etwas zur Kreditierung und zur Rückführung im Jahre 2005 sagen. Dies ist keine verdeckte Rücklage - schon deswegen nicht, weil sich erstens der Sachverhalt bei der so genannten Stundung insoweit anders darstellt, als die Mittel tatsächlich aus dem Haushalt abfließen.

Zweitens kommt es durch die Abrechnungen im Jahre 2005 nicht zu Mehreinnahmen. Das ist anders als bei der Auflösung einer Rücklage. Die Abrechnung der gestundeten Beträge führt vielmehr lediglich zu geringeren Ausgaben im Rahmen des Steuerverbundes.

Drittens ist es im Zuge einer antizyklischen Finanzpolitik notwendig, auch die Kommunen in die stabilitätsorientierte Linie einzubeziehen. Ich habe das bereits vorhin dargelegt.

Viertens sage ich ganz klar: Die Folgewirkung der Stundung, die im Jahre 2004 ja ohne Zweifel richtig und zulässig ist, kann im Jahre 2005 nicht allein deshalb unzulässig sein, weil die Abrechnung

der Stundung in dieser Situation für das Land vorteilhaft ist.

Meine Damen und Herren, wir haben dann - auch wieder in letzter Minute - ein Gegenvorschlagskonzept der CDU-Fraktion bekommen. Dazu ist bereits Zutreffendes gesagt worden; mehrere Rednerinnen und Redner haben sich mit den Einzelheiten beschäftigt. Ich will nur noch wenig hinzufügen, weil es sich im Grunde genommen auch kaum lohnt, diesen Gegenvorschlag im Einzelnen zu behandeln.

Dieses Konzept ist in sich erkennbar widersprüchlich. Es kommt außerdem in jeder Hinsicht zu spät. Bei allem Respekt vor den Anstrengungen durch die zügige Haushaltsberatung: Das, was hier auf den Tisch gekommen ist, hätte man bereits zu einem sehr frühen Stadium vorlegen können.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Ich wiederhole die Fragen, die schon heute Morgen an Herrn Dr. Rüttgers gestellt worden sind: Wie hält er es mit dem Personal? Ich will das auch für das Protokoll des Landtags festgehalten wissen. Unter den 310.000 Beschäftigten des Landes befinden sich etwa 150.000 Lehrer, 35.000 Justizbedienstete und 46.000 Beschäftigte bei der Polizei. Diese Bereiche will die CDU aussparen. Damit verbleiben 80.000 Menschen.

Dann hat die CDU zwei wichtige Bereiche zum Stellenabbau freigegeben, nämlich die Hochschulen - das werden wir so kommunizieren, Herr Stahl - und die Finanzverwaltung. Da sagt Ihnen der Finanzminister: Hände weg von der Finanzverwaltung; sie tut gute Arbeit und stellt sicher, dass wir auch die Einnahmen bekommen, die diesem Land und dem Staat zustehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von Helmut Diegel [CDU])

Wenn man diese Bereiche abzieht, bleiben summa summarum 20.000 Beschäftigte übrig, Herr Diegel. Damit ist die tatsächliche Grundlage des Rechenwerks von Herrn Dr. Rüttgers schon erschüttert. Ich kann nur hoffen, Herr Diegel, dass Sie an dieser Rechnung nicht beteiligt waren. Ich habe sonst immer den Eindruck, dass Sie die Grundrechenarten beherrschen.

Dann haben Sie uns ein Finanzierungstableau zur Verfügung gestellt. Das macht Eindruck, ist aber nur scheinbar stimmig. Denn es basiert - davon hat der Ministerpräsident schon gesprochen - ganz wesentlich darauf, dass es eine Teilveräußerung des BLB gibt. Dabei haben Sie ja nicht nur, wie der Ministerpräsident dargelegt hat, einige

Schwächen in der Wahrnehmung der Bilanz offenbart, sondern Sie haben, wenn Sie sich auf Schleswig-Holstein beziehen, vor allem einen weiteren Schönheitsfehler bzw. gravierenden Nachteil übersehen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte ein entsprechendes Modell in Schleswig-Holstein in einer Eilentscheidung zu beurteilen und hat in diesem Zusammenhang festgestellt, dass Einnahmen aus einer solchen Veräußerung im Haushalt als Kredit zu behandeln sind. Zur Erinnerung: Nach dem Liegenschaftsmodell des Landes Schleswig-Holstein war vorgesehen, die Landesliegenschaften an die Investitionsbank zu veräußern und zurück zu mieten. Die Investitionsbank sollte den Kauf dann durch Kredit finanzieren.

Wir müssten in Nordrhein-Westfalen als Kaufpreis für den Anteil von 24,9 % mindestens 1,6 Milliarden € erzielen, um nur die Einnahmen auszugleichen, die für den Haushalt 2004/2005 erbracht werden. Wenn man unterstellt, dass diese 1,6 Milliarden € von den öffentlich-rechtlichen Käufern - nur die kommen in Betracht - kreditfinanziert würden, würden die Mittel einer Anstalt des öffentlichen Rechts zufließen, deren Träger andere juristische Personen sind. Das würde ein Cash-out der derzeit an ein Sondervermögen des Landes gezahlten Mieten bedeuten.

Wir hätten insofern eine vergleichbare Situation und müssten die 1,6 Milliarden € als Einnahmen aus Krediten behandeln. Wir hätten nichts gewonnen. Nur der historischen Vollständigkeit halber: Das Land Schleswig-Holstein hat sich damals der Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts gebeugt, und der Ansatz der Einnahmen, die sich aus der Durchführung der Immobilienübertragung ergeben sollten, wurde im Haushalt gestrichen.

Ich hatte bereits im Haushalts- und Finanzausschuss Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass dem Land mit einer öffentlich-rechtlichen Anstalt BLB eine ganz eigenständige juristische Person gegenübersteht. Das führt zu einer Vielzahl steuerlicher, zivilrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Fragen. All das hat die CDU nicht beleuchtet.

Meine Damen und Herren von der CDU, zu den bemerkenswerten Details im Zusammenhang mit dem Zukunftsprogramm gehört auch, dass Sie im Zukunftsprogramm die LEG für veräußerungswürdig und -bedürftig halten. Das ist insofern bemerkenswert, als die CDU im Haushalts- und Finanzausschuss einen entsprechenden Antrag der FDP nach meiner Erinnerung abgelehnt hat. Die-

sen Sinneswandel müssten Sie uns bei passender Gelegenheit noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vorhin habe ich schon einmal Ihre Vernachlässigung der Wissenschaftspolitik angesprochen. Man kann nicht die vom Land getragenen Institute einfach den Hochschulen zuweisen und damit die Ausgaben für die Institute sparen, sondern man muss den Hochschulen dafür etwas geben. Auch hier haben Sie mit Zitronen gehandelt.

Sie haben auch sonst - das will ich Einzelnen jetzt nicht darlegen - ein klein wenig die Wirklichkeit vernachlässigt. Das gilt ebenso wieder für Herrn Dr. Rüttgers, wenn er einen Rückgang der Investitionen beklagt. Ich will das der Vollständigkeit halber auch hier gesagt haben: Wir hatten im Haushaltsplan 2003 Investitionen in Höhe von 4,89 Milliarden €, im Jahre 2004 in Höhe von 4,9 Milliarden € und im Jahre 2005 Investitionen in Höhe von 5,031 Milliarden € - so viel nur zu dem Verhältnis von Zahlen, das der Oppositionsführer hier an den Tag gelegt hat.

Lassen Sie mich abschließend, was die Rolle von Herrn Dr. Rüttgers angeht, doch noch einmal auf die Steuerpolitik eingehen. Herr Dr. Rüttgers gehört seit Freitag zu einem Kreis von Menschen, die von der Zeitung „Die Welt“, die ja keine sozialdemokratische Publikation ist, zum Kreis der „unguided missiles“ - der ungesteuerten Raketen - gerechnet wird.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die "Welt" schreibt am 23. Januar:

„Querdenker hat die Union viele. Horst Seehofer ist so ein Fall. Wenn der CSU-Vize in der Gesundheitspolitik lospoltert, denken viele in der Union an eine ‚unguided missile‘, eine ungesteuerte Rakete, von der man nicht weiß, ob sie in eigenen oder gegnerischen Reihen einschlägt. Jürgen Rüttgers darf sich jetzt zu dieser Waffengattung zählen.“

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Lesen Sie weiter, weiter!)

Damit ist die Rolle des CDU-Landesvorsitzenden in der Steuerpolitik sehr gut beschreiben.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Landesregierung hält es auch hier mit einer sehr pragmatischen, unaufgeregten Herangehensweise. Der Ministerpräsident hat schon unmissverständlich klargelegt: Wir haben zusätzlich zu den Entlastungen, die beschlossen und umge-

setzt sind, nichts zuzusetzen, es sei denn, wir würden weitere Aufgaben aufgeben, wir würden weitere Ausgaben schmerzlich kürzen. Ich will ganz deutlich sagen: Ich bleibe bei dem, was ich in einem Zeitungsinterview gesagt habe: Einfache Steuergesetzgebung ist erstrebenswert. Aber Einfachheit ist kein Selbstzweck. Je einfacher ein Gesetz, desto weniger erfüllt es seine Gerechtigkeitsfunktion. - Das ist seit den Tagen der alten Römer ein Kernsatz. „Summum ius summa iniuria“ haben die Römer vor über 2.500 Jahren formuliert.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der CDU - Edgar Moron [SPD]: Ob die Protokollanten das auch stenografieren können?)

Das sollte Dr. iuris utriusque Rüttgers eigentlich auch beherzigen. Für diejenigen, die das lieber auf Deutsch mögen, biete ich Ihnen Goethes Faust an. Goethes Faust lässt zu dem Thema Mephisto zu Wort kommen, indem er sagt: "Aus Recht ward Unrecht, aus Wohltat Plage." - Das beschreibt das schöne Spannungsverhältnis zwischen zu viel Regelung im Interesse einer präzisen Gerechtigkeit und weniger Regelung mit der Gefahr, dass man ungerecht ist.

Meine Damen und Herren, die Welt ist kompliziert. Wir sollten nicht versuchen, sie mit populistischen Forderungen einfacher zu machen, als sie ist. Wir haben eine Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger, für die Menschen, die uns in unsere Ämter entsandt haben. Dazu gehört auch, mit dem uns zur Verfügung stehenden Geld verantwortungsvoll umzugehen. Die Landesregierung hat hierzu einen Vorschlag gemacht, den der Landtag in sehr vielen und anstrengenden Beratungen diskutiert hat.

Ich denke, wir haben ein Ergebnis, das beidem gerecht wird - dem unabweisbaren Ziel, die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren ebenso wie dem Ziel, die Kraft zum Arbeiten, die Kraft zum Atmen in diesem Land nicht abzuschneiden. Von daher bin ich voller Zuversicht, wenn ich sage: Die Landesregierung bittet Sie, dem Haushaltsplan 2004/2005 in der Fassung der Ausschussberatung zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Finanzminister Dieckmann. - Das Wort hat der Abgeordnete Uhlenberg, CDU-Fraktion.

Eckhard Uhlenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte

mich zunächst herzlich bei den Koalitionsabgeordneten bedanken, die pünktlich zu dem Zeitpunkt, zu dem ich das Rednerpult ergriffen habe, wieder hereingekommen sind.

(Beifall)

Ich hatte schon geahnt, dass sie diesen Redebeitrag noch gerne hören möchten. Mit der Gewissheit war ich vor fünf Minuten noch nicht ausgestattet. Inzwischen strömen auch die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion. Wenn gleich abgestimmt wird, meine Damen und Herren, sind alle da.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Zeitschinderei!)

Aber, meine Damen und Herren, das ist der letzte Doppelhaushalt, den diese rot-grüne Regierung in den Landtag eingebracht hat, der nun in kaum veränderter Form von den Koalitionsparteien verabschiedet wird. Mit 100 Milliarden € sind die Schulden doppelt so hoch wie die Höhe des Haushaltsplanes. Herr Moron hat von einem Haushaltsplan der Konsolidierung gesprochen. Bei 9 Milliarden € neue Schulden in zwei Jahren, meine Damen und Herren, ist das eine bemerkenswerte Aussage.

(Beifall bei der CDU)

"Wir sind auf dem richtigen Weg", haben uns die Koalitionsabgeordneten schon bei der zweiten Lesung zugerufen und es gebetsmühlenhaft vorgebracht. Diese Aussage, meine Damen und Herren, höre ich seit Anfang der 80er-Jahre, wenn es um die Haushaltspläne geht. Auch die Reden der Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion von Dieter Haak über Herrn Denzer bis zu Herrn Moron sind, was die Grundmelodie angeht, austauschbar.

(Britta Altenkamp [SPD]: So lange sind Sie schon hier?)

Die Kombination mit dem Slogan "Wir in Nordrhein-Westfalen" war sicherlich wahltaktisch geschickt; die Politik ist dann aber sehr zweischneidig und trügerisch gewesen. Es wurde und wird verstanden als Ausweis der Größe und des Einrichtens in Nordrhein-Westfalen: Es wird ja immer wieder gut gehen. - Seit 20 Jahren, meine Damen und Herren, hören wir dies.

Wenn kritische Töne eingebracht wurden, wenn es kritische Nachfragen gab, wurde und wird jemand dargestellt, als wenn er nicht richtig dazugehört, so wie das ein früherer SPD-Abgeordneter einmal über einen kritischen Beitrag des "Westdeutschen Rundfunks" gesagt hat: "Die lieben unser Land nicht." Auch das ist heute ein Stück Me-

lodie, wenn kritische Töne laut werden. Dann wird gesagt: Erstens haben sie keine Alternative und zweitens lieben sie unser Land nicht.

Meine Damen und Herren, "Wir in Nordrhein-Westfalen" hat keinen Aufbruch erbracht, sondern hier haben sich viele zulasten dieses Landes eingerichtet. Und auch das können wir heute feststellen: Zehn Jahre, nachdem die Grünen in dieser Landesregierung sind und diesen letzten Haushaltsplan der rot-grünen Landesregierung eingebracht haben,

(Beifall bei der CDU)

ist nichts besser geworden in Nordrhein-Westfalen. Der Mut zu kleinen Einheiten, was eigentlich einmal zur Programmatik der Grünen gehörte, wird nicht praktiziert, sondern allein im Hause Höhn wird vorgeführt, dass das Land möglichst viel selber machen will. Nicht Subsidiarität wird in Nordrhein-Westfalen praktiziert, sondern möglichst viel Staat. Das gehört eigentlich nicht zur Grundprogrammatik der Grünen, wie wir gerade bei der Landesforstverwaltung festgestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der Politik der Landesregierung der letzten Jahre - das muss beim letzten Haushaltsplan dieser Regierung noch einmal gesagt werden - ist: Nordrhein-Westfalen wird bei gleich bleibendem Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich bis zum Jahr 2012 von Rang 14 auf Rang 17 zurückfallen. Auch dem Jahreswirtschaftsbericht, der in den letzten Tagen von Herrn Schartau vorgelegt worden ist, war zu entnehmen, dass das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen auch im Jahre 2004 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegen wird.

Dies ist in all den Jahren, meine Damen und Herren, mit den hohen Schulden begründet worden. Die mussten gemacht werden, um dieses Land voranzubringen. Wenn Sie sich einmal die Ausgabe der "Wirtschaftswoche" etwas näher ansehen, in der vor einigen Wochen die Bundesländer miteinander verglichen wurden, müssen Sie schon die Frage stellen: Wo sind die Gelder geblieben? Sie haben das Land Nordrhein-Westfalen nicht vorangebracht.

Bei den Schulden liegen wir an siebter, bei der inneren Sicherheit an zwölfter, bei der Frage der Steuerlast an 13. Stelle, und jetzt kommt noch die Wassersteuer hinzu. Bei den Lehrstellen liegen wir an achter und bei der wirtschaftlichen Dynamik an elfter Stelle. Meine Damen und Herren, das ist

die Situation. In keinem der entscheidenden Politikbereiche liegt Nordrhein-Westfalen im ersten Drittel. Wir kennen diese Debatte aus der Schuldiskussion. Im wirtschaftlichen Bereich ist es aber genauso.

Es gibt inzwischen genügend Untersuchungen darüber - wie sie auch gerade von McKinsey gemacht worden sind -, wo die Problematik in Nordrhein-Westfalen liegt. Nur diese Regierung, meine Damen und Herren, das macht dieser Haushaltsplan wieder deutlich, ist nicht in der Lage, zu einer Wende in Nordrhein-Westfalen zu kommen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, braucht einen Neuanfang, um die Herausforderungen des weltweiten Wettbewerbs, des technischen Fortschritts, der demographischen Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die soziale Sicherung zu bestehen. Dazu braucht das Land eine andere Politik. Sie muss auf Freiheit und Verantwortung setzen, statt den Staatssektor auszudehnen. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dieckmann, wenn Sie eben gesagt haben, dass alle gesellschaftlichen Gruppen durch diesen Haushaltsplan gleich behandelt werden, ist das einfach nicht wahr.

(Brigitte Speth [SPD]: Deshalb sind Sie auch gegen die selbstständige Schule!)

Ich möchte das noch einmal am Beispiel des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes deutlich machen. Bei meiner örtlichen Schule in freier Trägerschaft bedeutet es eine zusätzliche Belastung von 110.000 € im Jahr. Die zwei großen Schulen - eine Realschule und ein Gymnasium - wissen nicht, wie sie dies aufbringen sollen.

Sie muten ihnen zusätzliche Belastungen zu. Aber in den Bereichen, in denen es die Koalition für opportun hält, sind die Ansätze, die noch im Haushaltsplanentwurf standen, wieder eingesammelt worden.

Es gibt einen Brief der Fraktion der Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen an die sehr geehrten Freunde in Nordrhein-Westfalen, in dem noch einmal dezidiert nachgewiesen wird, dass gerade in dem Bereich der Gesundheitspolitik und der Sozialpolitik die Kürzungen zurückgenommen werden und dass im Bereich der Bekämpfung der Suchtgefahren der Gesamtansatz im Jahre 2004 um 2,1 Millionen € auf 12,5 Millionen € und im Jahre 2005 von 4,1 Millionen € auf 12,5 Millionen € erhöht wird.

Meine Damen und Herren, in all den Bereichen, in denen die grüne Fraktion - ich will das jetzt nicht sachlich bewerten - politische Prioritäten gesetzt hat, bis zu den Biostationen im Zuständigkeitsbereich von Frau Höhn, gibt es im Grunde keine richtigen Kürzungen, sondern lediglich kleine Absenkungen. Dort, wo sie im Haushaltsplanentwurf noch standen, sind sie in den letzten Wochen durch Anträge auf die gleiche Höhe gesetzt worden.

Ich komme noch einmal auf das Thema Ersatzschulfinanzierung zu sprechen: Wenn 30.000 junge Menschen vor dem Landtag gegen die Schulpolitik und gegen die Kürzungen demonstrieren, meine Damen und Herren, dann machen die das nicht, um der CDU-Landtagsfraktion einen Gefallen zu tun,

(Unruhe)

sondern sie haben Sorge um den Erhalt ihrer Schule.

Man kann das ja sagen: Die Bischöfe hatten zunächst Probleme, gemeinsam mit der CDU-Landtagsfraktion dieses Thema aufzugreifen, weil sie Liebesentzug durch die Koalitionsfraktionen fürchteten und Sorge hatten, ihre alten Ansätze zu verlieren. Aufgrund dieses Haushaltsplans gibt es in Nordrhein-Westfalen die große Sorge, dass die soziale und kulturelle Infrastruktur in diesem Bundesland zusammenbricht.

Wenn sich Herr Dieckmann vorgenommen hat, nach der Verabschiedung dieses Haushaltsplanes durch das Land zu gehen und zu erklären, die CDU würde in den Bereichen Hochschulen und Steuerverwaltung Stellen streichen, so kann ich Ihnen nur sagen: Das ist völlig falsch. Lesen Sie sich einmal den Antrag der CDU-Landtagsfraktion durch, in dem sowohl für die Hochschulen als auch für die Steuerverwaltung klare Aussagen gemacht werden, dass es nicht zu einer Stellenkürzung kommt.

Ich rate Ihnen für den Rest der Amtszeit - es ist ja der übliche Reflex, Anträge der Opposition abzulehnen -, sich diesen Antrag der CDU-Landtagsfraktion anzusehen. Wir kennen das ja aus früheren Jahren, dass zunächst alle Anträge der CDU abgelehnt werden. Das steht ja auch in Ihrem Koalitionsvertrag. Deswegen ist es ja so albern, wenn Sie von uns fordern, Anträge zu stellen. Sie haben ja in Ihrem Koalitionsvertrag schriftlich niedergelegt, dass alle Anträge der Opposition abgelehnt werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich rate Ihnen, sich diesen Antrag anzusehen, wenn Sie Anregungen für den Rest Ihrer Amtszeit bekommen wollen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich heute wieder an Ihrer eigenen Rhetorik berauscht. Wir kennen diese Auftritte bereits aus Ihrer Zeit als Finanzminister. Bereits damals haben Sie sich an Ihrer Rhetorik berauscht. Auch heute als Ministerpräsident haben Sie sich an Ihrer Rhetorik berauscht.

(Unruhe)

In jedem dritten Satz sagen Sie "Ich bin weit davon entfernt". Sie sind immer weit entfernt. Aber ich sage Ihnen: Bei dieser Politik, Herr Ministerpräsident, sind Sie auch weit entfernt von den Menschen in Nordrhein-Westfalen. Wenn heute die "Rheinische Post" in einer Überschrift schreibt "Die NRW-SPD ist entsetzt über die Berliner Politik. Die Bundes-SPD ist alarmiert über den Zustand der SPD in Nordrhein-Westfalen", dann sind das keine demagogischen Ansätze der CDU-Landtagsfraktion, sondern das beschreibt die politische Debatte in Nordrhein-Westfalen, die sich, Herr Ministerpräsident, nach Verabschiedung dieses Haushaltsplanes so weiter entwickeln wird.

Die CDU wird bei den Umfragen weiter zulegen, die FDP wird sich stabilisieren, die Grünen werden sich stabilisieren, und die sozialdemokratische Partei wird bei den Umfragen weiter verlieren. Dieser Haushaltsplan ist die Grundlage dafür. Das ist für das nächste Jahr absehbar, weil Sie mit Ihrer Politik und mit diesem Haushaltsplan die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr mitnehmen. Das, meine Damen und Herren, ist der entscheidende Grund, weshalb meine Fraktion den Doppelhaushaltsplan 2004/2005 ablehnt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Uhlenberg. - Das Wort hat Frau Thomann-Stahl von der FDP-Fraktion.

Marianne Thomann-Stahl (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der FDP-Fraktion bitte ich darum, über den Entschließungsantrag der FDP-Fraktion „Pluralität im nordrhein-westfälischen Bildungssystem erhalten - Ersatzschulfinanzierung auch zukünftig gewährleisten“ in der Drucksache 13/4955 - Neudruck - namentlich abzustimmen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von den GRÜNEN: Habt Ihr keine anderen Sorgen?)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Thomann-Stahl. - Herr Kollege Stahl von der CDU-Fraktion hat sich noch zu Wort gemeldet.

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir hatten mit der Drucksache 13/4928 einen Entschließungsantrag zum 20. Weltjugendtag 2005 eingebracht. Das ist ein großartiges Ereignis. Wir hätten gerne mehr Unterstützung und Förderung durch das Land gehabt, haben aber miteinander gesprochen und sind uns einig geworden. Infolgedessen, Herr Präsident, ziehen wir diesen Antrag zurück.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Stahl. - Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, in der wir gleich auf die Veränderungen zurückkommen werden. Ich bitte Sie, während der Abstimmungen auf Ihrem Platz zu bleiben. Es wird ein kleiner Abstimmungsmarathon werden.

Wir stimmen zunächst ab über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005, und zwar entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt uns, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 13/5002 anzunehmen. Wer ist für diese Empfehlung? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 13/5002 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen und das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005** verabschiedet.

Wir stimmen zweitens ab über das Haushaltsgesetz 2004/2005. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 13/5000, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung einschließlich der vom Ausschuss zur dritten Lesung beschlossenen Änderungen anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 13/5000 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen und das **Haushaltsgesetz 2004/2005 in dritter Lesung verabschiedet**.

Wir stimmen nunmehr über die Entschließungsanträge ab. Es lagen 14 Entschließungsanträge vor. Herr Kollege Stahl hat gerade darauf hingewie-

sen, dass die CDU-Fraktion den Entschließungsantrag Drucksache 13/4928 zurückzieht.

Dann ist von Frau Thomann-Stahl beantragt worden, über den Entschließungsantrag Drucksache 13/4955 - Neudruck - in namentlicher Abstimmung abzustimmen. Ich schlage vor, jetzt über die anderen Entschließungsanträge abzustimmen und die namentliche Abstimmung am Schluss vorzunehmen.

Wir stimmen ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/4952** mit der Überschrift "Versorgungsfonds muss zur Abfederung der beträchtlichen Versorgungslasten ergänzt werden". Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 13/4952 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Wir stimmen ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4954** mit dem Titel "Chancen zur Haushaltskonsolidierung und Zukunftsorientierung erneut verpasst!". Wer ist für diesen FDP-Antrag? Die antragstellende FDP-Fraktion - Wer ist dagegen? Die Koalitionsfraktionen - Wer enthält sich der Stimme? Die CDU-Fraktion und Herr Karsli. Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 13/4954 **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4959** mit der Überschrift "Zukunftsprogramm Nordrhein-Westfalen". Wer ist für diesen Antrag der CDU-Fraktion? - Die antragstellende Fraktion. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen und Herr Karsli. Wer enthält sich? - Die FDP-Fraktion. Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 13/4959 der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe auf den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/4965** mit der Überschrift "Landaufnahmegesetz im Sinne der Integrationsförderung weiterentwickeln". Wer ist für diesen Antrag der Koalitionsfraktionen? - Die Antragsteller. Wer ist dagegen? - CDU und FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 13/4965 **angenommen**.

Wir stimmen dann ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/4966** mit dem Titel "Die Integration von Schülerinnen und Schülern wirksamer fördern". Wer ist für diesen Ent-

schließungsantrag? - SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie Herr Karsli. Wer ist dagegen? - CDU und FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Entschließungsantrag **angenommen**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/4967** unter der Überschrift "Qualität der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen sichern und weiterentwickeln". Wer ist für diesen Antrag? - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - CDU und FDP sowie Herr Karsli. Stimmenthaltungen? - Keine. Der Entschließungsantrag Drucksache 13/4967 ist damit **angenommen** worden.

Wir stimmen ab über den **Entschließungsantrag** der Koalitionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/4968**, und zwar **2. Neudruck**, mit dem Titel "NRW unterstützt Frauenhilfeeinrichtungen auch in schwierigen Zeiten!". Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie Herr Karsli. Wer ist dagegen? - CDU und FDP. Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 13/4968 - 2. Neudruck - **angenommen**.

Wir stimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/4969** unter dem Titel "Umstrukturierung der Familienberatungsstellen" ab. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimme von Kollege Karsli **angenommen**.

Wir stimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/4970** mit dem Titel "Perspektiven in der Jugendförderung in schwierigen Zeiten" ab. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimme des Kollegen Karsli **angenommen**.

Wir stimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/4972** unter der Überschrift "Haushaltspolitische Ausnahmesituation macht Flexibilisierungen und Vereinfachung im Zuwendungsrecht erforderlich - Strukturen dauerhaft sichern" ab. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimme des Kollegen Karsli **angenommen**.

Wir stimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/4973** zum Stichwort "Ziele des Doppelhaushalts 2004/2005" ab. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimme des Kollegen Karsli **angenommen**.

Wir stimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4976** mit dem Titel "Verlässlichkeit in der Jugendförderung" ab. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimme des Kollegen Karsli **abgelehnt**.

Wir kommen zur **namentlichen Abstimmung** über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4955 - Neudruck** - mit der Überschrift "Pluralität im nordrhein-westfälischen Bildungswesen erhalten - Ersatzschulfinanzierung auch zukünftig gewährleisten". Nach § 53 unserer Geschäftsordnung ist eine namentliche Abstimmung beantragt worden. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten. Erklärt sich ein Mitglied des Landtags nicht, so gilt dies als Nichtbeteiligung an der Abstimmung. - Frau Abgeordnete Schmid beginnt mit dem Namensaufruf.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Gibt es Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht abgestimmt haben? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir den Namensaufruf beenden. -

(Die Auszählung erfolgt.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben: Mit Ja, - also für den Entschließungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 13/4955 - Neudruck** - stimmten 101 Abgeordnete, mit Nein 114 Abgeordnete. Enthaltungen gab es keine. Der Antrag der FDP-Fraktion ist also mit der genannten Stimmenmehrheit **abgelehnt**. (Abstimmungsliste siehe Anlage)

Zum Schluss rufe ich die **Finanzplanung** des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2003 bis 2007 sowie den **Finanzbericht 2004/2005** auf. Entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache

13/5001 bitte ich um **Kenntnisnahme** des Parlaments, die ich hiermit feststelle.

Damit sind wir am Ende der Haushaltsberatungen für die Haushaltsjahre 2004/2005.

Gestatten Sie abschließend bitte noch eine persönliche Anmerkung: Ich begrüße herzlich unseren Kollegen Axel Dirx, der nach schwerer Krankheit heute zum ersten Mal wieder anwesend ist.

(Beifall)

Wir danken ihm, dass er heute gekommen ist, und wir wünschen ihm weiterhin gute Genesung. Axel, Glück auf!

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich rufe auf:

2 Gesetz über die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag Nordrhein-Westfalen (Wahlkreisgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4002

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 13/4929

zweite Lesung

Ich erteile als erster Rednerin zu diesem Sachverhalt der Kollegin Danner für die SPD-Fraktion das Wort.

Dorothee Danner (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wie werden wir die Beschlussfassung des Wahlkreisgesetzes überschreiben: „Das Ende einer unendlichen Geschichte“, „Was lange währt, wird endlich gut“ oder „Wir haben die Kuh jetzt endlich vom Eis“?

Die Beratungen haben lange gedauert. Sie erinnern sich alle daran: Kurz vor Weihnachten im Jahre 2002 ist den Fraktionen und den Parteien der Gesetzentwurf des Innenministers zugegangen. Die Parteien hatten dann genügend Zeit, bis zur Karnevalspause, bis Rosenmontag 2003, ihre Stellungnahmen dazu abzugeben.

Viele von uns sind ja große Optimisten; auch ich gehöre dazu. Wir alle haben geglaubt, die Stellungnahmen würden bis Rosenmontag eingehen. Das war natürlich nicht der Fall. Ich habe noch am